

Stenographisches Protokoll.

16. Sitzung der II. Session der VI. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

Donnerstag, den 19. April 1956.

Inhalt.

1. Eröffnung durch Präsident Sassmann (Seite 323).
2. Abwesenheitsanzeige (Seite 323).
3. Mitteilung des Einlaufes (Seite 323).
4. Verhandlung:
 - Angelobung des Abg. Hechenblaickner (Seite 324).
 - Ersatzwahl in die Geschäftsausschüsse des Landtages von Niederösterreich (Seite 324).
 - Antrag des Finanzausschusses, betreffend den Gesetzentwurf über die Aufteilung der Ausgleichszulagen nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, auf die Fürsorgeverbände. Berichterstatter Abg. Scherrer (Seite 324); Redner: Abg. Lauscher (Seite 325); Abstimmung (Seite 327).
 - Antrag des Wirtschaftsausschusses über den Antrag der Abg. Marwan-Schlosser, Cipin, Dienbauer, Laferl, Schwarzott, Endl und Genossen, betreffend die Einbeziehung Wiener Neustadts in das Luftverkehrssystem durch Ausbau seines Flughafens. Berichterstatter: Abg. Dienbauer (Seite 327); Redner: Abg. Pospischil (Seite 327), Abg. Marwan-Schlosser (Seite 329), Abg. Czerny (Seite 334); Abstimmung (Seite 335).
 - Antrag des Gesundheitsausschusses, betreffend den Dringlichkeitsantrag der Abg. Staffa, Brachmann, Wenger, Czerny, Wiesmayr, Körner, Kuntner, Sigmund, Pettenauer, Gerhartl, Stoll, Tatzber, Anderl, Nimetz und Genossen, betreffend die uneingeschränkte Aufrechterhaltung des Betriebes am allgemeinen öffentlichen Landes-Krankenhaus in Speising. Berichterstatter: Abg. Marwan-Schlosser (Seite 335); Redner: Abg. Dubovsky (Seite 335 und Seite 351), Abg. Staffa (Seite 339), Abg. Dr. Haberzettl (Seite 345), Abg. Fehringer (Seite 349), Abg. Hilgarth (Seite 352), Landesrat Brachmann (Seite 356), Abg. Hainisch (Seite 361), Abg. Dr. Steingötter (Seite 361), Landesrat Müllner (Seite 363), Landesrat Brachmann (Seite 368); Abstimmung (Seite 369).

PRÄSIDENT SASSMANN (*um 14 Uhr 2 Minuten*): Ich eröffne die Sitzung. Die Protokolle der letzten Sitzung und der Trauersitzung vom 12. März 1956 sind geschäftsordnungsmäßig aufgelegt; sie sind unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung hat sich Herr Abg. Wenger entschuldigt.

Hohes Haus! Zum Ableben des Herrn Altbundespräsidenten Wilhelm Miklas, der vom Jahre 1909 bis zum Jahre 1918 Mitglied des Landtages von Niederösterreich war, habe ich dessen Gemahlin, Frau Leopoldine Miklas, im

Namen des Landtages von Niederösterreich und persönlich das herzlichste Beileid ausgesprochen. Ich bringe dies zur Kenntnis.

Von verschiedener Seite wurde an mich die Anregung herangebracht, die Debatteredner nicht von ihren Plätzen, sondern von einer Rednertribüne aus sprechen zu lassen. Die Präsidentenkonferenz vom 11. April 1956 hat sich mit dieser Frage befaßt und beschlossen, insbesondere im Interesse der die Reden aufnehmenden Stenographen, versuchsweise die Debatteredner in Hinblick von der Rednertribüne des Berichterstatters aus zum Hause sprechen zu lassen. Der Berichterstatter könnte nach dieser Änderung seinen Bericht von der Regierungsbank, rechts neben dem Vorsitzenden erstatten.

Ich bringe diesen Beschluß der Präsidentenkonferenz dem Hohen Hause zur Kenntnis und bitte um dessen Zustimmung. Ist eine gegenteilige Meinung? (*Nach einer Pause.*) Dann bitte ich gleich bei der heutigen Sitzung die Berichterstatter rechts von mir Platz zu nehmen, und die Redner mögen vom Pult vor mir sprechen.

Ich ersuche um Verlesung des Einlaufes.

SCHRIFTFÜHRER (*liest*):

Vorlage der Landesregierung, betreffend außerordentlicher Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1956; zusätzliche Investitionen.

Ersuchen des Bezirksgerichtes Klosterneuburg, betreffend die Aufhebung der Immunität des Landtagsabgeordneten Johann Pettenauer wegen Strafverfolgung wegen Verdachtes der Ehrenbeleidigung gemäß § 487 StG.

Anfrage der Abg. Pettenauer, Wenger, Anderl, Tatzber, Hrebacka, Buchinger und Genossen, betreffend die Erlassung einer Verordnung über den technischen Dienstnehmerschutz für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten.

Anfrage der Abg. Gerhartl, Staffa, Czerny, Tatzber, Dr. Steingötter und Genossen, betreffend die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft.

Antrag der Abg. Pettenauer, Staffa, Dr. Steingötter, Hrebacka, Wenger, Wiesmayr und Genossen, betreffend die Ergreifung von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Rollfähre Traismauer.

Antrag der Abg. Fehringer, Schöberl, Dr. Haberzettl, Stangler, Neubauer, Scherrer und Genossen, betreffend die Erlassung eines Ausführungsgesetzes zu den Grundsatzbestimmungen des Gesetzes vom 9. September 1955 über die Allgemeine Sozialversicherung (Allgemeines Sozialversicherungsgesetz — ASVG.), BGBl. Nr. 189/1955.

PRÄSIDENT SASSMANN (nach Zuweisung des Einlaufes an die zuständigen Ausschüsse): Hohes Haus! Der Herr Abg. Staffa hat mir einen Antrag gemäß § 27 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Landtages übergeben des Inhaltes (liest): „Der Hohe Landtag wolle beschließen: Über die Beantwortung der von den Abg. Wondrak, Staffa, Wenger, Kuntner und Dr. Steingötter am 9. Februar 1956 im Landtag eingebrachten Anfrage, betreffend die Mißachtung eines verfassungsmäßig gewährleisteten Rechtes, wird die Debatte eröffnet.“

Nach der Geschäftsordnung wird über diesen Antrag ohne Debatte abgestimmt. (Nach Abstimmung): Ich konstatiere die Ablehnung. (Landeshauptmannstellvertreter Popp: Das ist die Demokratie, nicht einmal reden kann man! Maulkorb!)

Wir gelangen zur Beratung der Tagesordnung.

Der Herr Landeshauptmann als Landeswahlleiter hat auf das durch den Tod des Mitgliedes der sozialistischen Fraktion im Landtage von Niederösterreich, Herrn Landtagsabgeordneten Konrad Nimetz, freigewordene Mandat im Wahlkreis 2, Viertel unter dem Wienerwald, Herrn Franz Hechenblaickner berufen. Ich bitte das Hohe Haus um Kenntnisnahme.

Wir gelangen zur Angelobung des Herrn Abg. Hechenblaickner. Ich ersuche den Herrn Abg. Hechenblaickner, nach Verlesung der Angelobungsformel die Angelobung mit den Worten: „Ich gelobe“ zu leisten. Den Herrn Schriftführer ersuche ich um Verlesung der Angelobungsformel. (Geschieht.)

ABG. HECHENBLAICKNER: Ich gelobe.

PRÄSIDENT SASSMANN: Wir gelangen zu Punkt 3 der Tagesordnung, Ersatzwahl in die Geschäftsausschüsse des Landtages von Niederösterreich.

Die sozialistische Fraktion hat an Stelle des Abg. Konrad Nimetz folgende Abgeordnete zur Ersatzwahl namhaft gemacht:

In den Bauausschuß als Mitglied Franz Hechenblaickner, in den Kommunalausschuß als Ersatzmann Hermann Buchinger, in den Wirtschaftsausschuß als Ersatzmann Franz Hechenblaickner.

Wir nehmen nun die Ersatzwahl in die Geschäftsausschüsse des Landtages von Niederösterreich vor. Ich bitte, die Stimmzettel, welche auf

den Plätzen der Herren Abgeordneten aufliegen, auszufüllen und abzugeben. Die Herren Schriftführer ersuche ich um Vornahme des Skrutiniums, und unterbreche zu diesem Zwecke die Sitzung auf kurze Zeit.

(Die Sitzung wird um 14 Uhr 11 Min. unterbrochen und um 14 Uhr 13 Min. wieder aufgenommen.)

Ich nehme die Sitzung wieder auf. Abgegeben wurden 54 Stimmzettel; davon waren sämtliche gültig. Es wurden in den Bauausschuß als Mitglied Franz Hechenblaickner, in den Kommunalausschuß als Ersatzmann Hermann Buchinger und in den Wirtschaftsausschuß als Ersatzmann Franz Hechenblaickner gewählt.

Mit Zustimmung des Hauses setze ich noch die Wahl eines Ordners im Landtag von Niederösterreich auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung. Ist dagegen eine Einwendung? (Nach einer Pause.) Ich bitte die Stimmzettel, welche auf den Plätzen der Herren Abgeordneten aufliegen, auszufüllen und abzugeben. (Geschieht.)

Die Herren Schriftführer ersuche ich um die Vornahme des Skrutiniums und unterbreche die Sitzung auf kurze Zeit.

(Die Sitzung wird um 14 Uhr 15 Min. unterbrochen und um 14 Uhr 16 Min. wieder aufgenommen.)

Ich nehme die Sitzung wieder auf. Abgegeben wurden 54 Stimmen, alle gültig. Mit allen gültigen 54 Stimmen wurde an Stelle des Abg. Konrad Nimetz der Abg. Josef Wiesmayr als Ordner in den Landtag gewählt.

Ich ersuche den Abg. Scherrer, die Verhandlung zur Zahl 226 einzuleiten.

Berichterstatter ABG. SCHERRER: Hoher Landtag! Ich habe namens des Finanzausschusses über die Vorlage der Landesregierung, betreffend den Gesetzentwurf über die Aufteilung der Ausgleichszulagen nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, auf die Fürsorgeverbände zu berichten.

Berichterstatter ABG. SCHERRER: Hoher Landtag! Nach § 292 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 189/1955, haben die Sozialversicherungsträger den aus der Pensionsversicherung Rentenberechtigten Ausgleichszulagen zu gewähren, falls das Gesamteinkommen der Rentner nicht die Höhe bestimmter Richtsätze erreicht. Nach § 299 desselben Gesetzes sind diese Ausgleichszulagen — von gewissen Ausnahmen abgesehen — den Versicherungsträgern vom Lande zu ersetzen, doch „hat das Land die von ihm ersetzten Beträge an Ausgleichszulagen auf die Fürsorgeverbände des Landes im Verhältnis der Finanzkraft der einzelnen Fürsorgeverbände aufzuteilen. Die Finanzkraft jedes Fürsorgeverbandes

ist nach der sich aus § 23 Abs. 5 letzter Satz des Familienlastenausgleichsgesetzes, BGBl. Nr. 18/1955, ergebenden Finanzkraft der verbandsangehörigen Gemeinden zu bestimmen.“ Diese Finanzkraft ist sonach zu erfassen durch Heranziehen

1. von 50 v. H. der Ertragsanteile der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben,

2. der Grundsteuer von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben unter Zugrundelegung der Meßbeträge des der Beitragsleistung unmittelbar vorangegangenen Kalenderjahres und des Hebesatzes von 200 v. H.,

3. der Grundsteuer von den Grundstücken unter Zugrundelegung der Meßbeträge des der Beitragsleistung unmittelbar vorangegangenen Kalenderjahres und des Hebesatzes von 200 v. H., bei den Erstarrungsbeträgen des doppelten Erstarrungsbetrages,

4. der Gewerbesteuer vom Gewerbeertrag und Gewerbekapital unter Zugrundelegung der Meßbeträge des der Beitragsleistung unmittelbar vorangegangenen Kalenderjahres und des Hebesatzes von 250 v. H., abzüglich des für das der Beitragsleistung unmittelbar vorangegangene Kalenderjahr veranschlagten ordentlichen Betriebsabganges der öffentlichen Krankenanstalten der Gemeinden.

Nach Informationen, die beim Bundeskanzleramt und beim Bundesministerium für Finanzen eingeholt wurden, ist die Aufteilung der Ausgleichszulagenbeträge auf die Fürsorgeverbände durch ein Landesgesetz, für dessen Erlassung die genannten Behörden eine geeignete Grundlage in den Bestimmungen des § 3 des Finanz-Verfassungsgesetzes sehen, vorzunehmen. Mag diese Auffassung auch nicht ganz unbestritten sein, so führt sie — unter den in Frage kommenden Alternativen — noch zu der zweckmäßigsten Lösung, weshalb denn auch dieser Weg beschritten werden soll.

Der vorliegende Gesetzentwurf paßt sich im § 1 Abs. 1 fast wörtlich dem oben wiedergegebenen Wortlaut des § 299 Abs. 4 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes an. Was die in Abs. 2 des § 1 behandelte Hereinbringung der auf die Fürsorgeverbände aufgeteilten Beträge anlangt, ist die Möglichkeit der Einbehaltung von den Abgabenertragsanteilen, von der bei der teilweisen Umlegung des Landesbeitrages nach dem Familienlastenausgleichsgesetz Gebrauch gemacht wurde (LGBI. Nr. 18/1955) und deren Ausnützung eine wesentliche Verwaltungsvereinfachung nach sich ziehen würde, nicht gegeben, da im vorliegenden Falle Schuldner der Ersatzleistungen nicht die Gemeinde, sondern die Fürsorgeverbände sind, diesen aber Abgabenertragsanteile nicht zustehen. Die Deckung des Bedarfes der Fürsorgeverbände, so auch des aus den Ausgleichszulagenersatzes sich ergebenden Bedarfes, soll vielmehr nach einem

vom Landtag kürzlich beschlossenen Gesetze durch Bezirksumlagen erfolgen. Für die Ersatzbeträge an Ausgleichszulagen wurde sonach im § 1 Abs. 2 des vorliegenden Entwurfes vorgesehen, daß sie den Fürsorgeverbänden von der Landesregierung vorgeschrieben werden und von ihnen hierauf an das Landeszahlamt zu überweisen sind. Da nach § 299 Abs. 5 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes das Land gegenüber den Versicherungsträgern verpflichtet ist, die Ausgleichszulagen nach Ablauf der zweiten Woche nach Vorlage der Abrechnung zu bezahlen, bei Säumigkeit jedoch für die Rückstände Verzugszinsen in der Höhe von 2 Prozent über der jeweiligen Rate der Österreichischen Nationalbank für den Wechselkompte zu entrichten, erschien es, soll das Land nach Tunlichkeit vor Schaden bewahrt werden, notwendig und gerechtfertigt, gleiche Bedingungen auch in dem Verhältnisse zwischen dem Lande und den Fürsorgeverbänden gelten zu lassen.

Der Finanzausschuß hat die vorliegende Vorlage beraten und stellt folgenden Antrag (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der zuliegende Gesetzentwurf (*siehe Landesgesetz vom 19. April 1956*) über die Aufteilung der Ausgleichszulagen nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, auf die Fürsorgeverbände wird genehmigt.

2. Die Landesregierung wird beauftragt, wegen Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses das Erforderliche zu veranlassen.“

Ich bitte den Herrn Präsidenten die Debatte zu eröffnen und über den Antrag des Finanzausschusses abstimmen zu lassen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abg. Lausch er.

ABG. LAUSCHER: Hoher Landtag! Zweck und Sinn dieses Gesetzes ist, den Rentnern zu helfen. Wenn man aber die Praktiken dieses Gesetzes betrachtet, muß man sagen, daß das nicht der Fall ist; im Gegenteil, hiedurch wird die soziale Gerechtigkeit mit Füßen getreten. Das Gesetz nennt sich Gesetz über die Aufteilung der Ausgleichszulagen auf die Fürsorgeverbände, das heißt auf die Gemeinden. Eigentlich sollte es heißen: Gesetz über die Aufteilung der Ausgleichszulagen auf die Gemeinden bei Belastung der Angehörigen, womöglich mit Verzichtserklärungen der Rentner selbst. Es ist Tatsache, daß man versucht, die Beträge für die Ausgleichszulagen dadurch hereinzubekommen, daß man die Angehörigen der Rentner bis zum dritten Verwandtschaftsgrad belastet. In tausenden Fällen wurden schon Rentner zu den Fürsorgeämtern vorgeladen und ihnen die Frage vorgelegt, ob sie Angehörige

haben, die bereit sind, sie zu unterstützen. Sicherlich haben dies manche Rentnerinnen und Rentner verneint, wenn sie wissen, daß ihre Angehörigen arm sind. Und das sind nicht die schlechtesten Menschen, die das tun. Leider müssen aber dann diese Rentner, die es abgelehnt haben, von ihren Anverwandten eine Unterstützung zu bekommen, mit einer gekürzten Rente weiterleben und somit ein Hungerdasein fristen.

Die Belastungen, die den Gemeinden auferlegt werden, betragen rund 40 Millionen Schilling. Auf einzelne Gemeinden wirkt sich das beispielsweise folgendermaßen aus: Die Gemeinde Schwechat hat eine Belastung von 472.000 Schilling, Stockerau von 450.000 Schilling, Neunkirchen von 200.000 Schilling, Ternitz von 300.000 Schilling, Wiener Neustadt von 1.500.000 Schilling, St. Pölten von 1.400.000 Schilling, Krems von 960.000 Schilling. Es ist ganz klar, daß solche Belastungen auch Auswirkungen in den Gemeinden haben. Der Wohnungsbau wird eingeschränkt und die Durchführung sozialer Maßnahmen beeinträchtigt werden.

Daß wir für die Ausgleichszulagen sind, das ist eine Selbstverständlichkeit, weil ja die Mindestrente noch immer niedrig genug bleibt. Außerdem hat die Teuerung nicht stillgehalten; es kann niemand sagen, daß in letzter Zeit die Preise in irgendeiner Form zurückgegangen sind. Aber wir wehren uns gegen die Praktiken, die auf Grund dieses Gesetzes durchgeführt werden. Es werden die Gemeinden und es werden die Angehörigen der Rentner belastet. Bei diesen kommt es oft zu großem Unfrieden, wenn sie zu Zahlungen herangezogen werden. Abgesehen davon sind die Verzichtserklärungen nach unserer Meinung vollkommen unsozial. Es ist daher unmöglich, von einer Rentnerin oder einem Rentner eine solche Erklärung zu verlangen, denn das würde einem modernen Sozialstaat ins Gesicht schlagen. Und wenn es heute Theoretiker gibt, die vom Wohlfahrtsstaat oder vom kommenden Wohlfahrtsstaat sprechen, so ist das nichts anderes als eine Häkelei.

Wir werden daher im Landtag einen Antrag stellen, daß diese Verzichtserklärungen auf keinen Fall durchgeführt werden dürfen. Wir sagen ganz offen: Es muß damit Schluß gemacht werden, Menschen, die gesetzlich auf eine Rente Anspruch haben, in Form von Erpressungen darum zu bringen. Diese Verzichtserklärung ist ja nichts anderes als ein bestimmter Zwang, den man auf die Rentner ausübt.

Im Motivenbericht ist auf Seite 1 interessanterweise folgendes zu lesen (*liest*): „Nach Informationen, die beim Bundeskanzleramt und beim Bundesministerium für Finanzen eingeholt wurden, ist die Aufteilung der Ausgleichszulagenbeiträge auf die Fürsorgeverbände durch ein Landesgesetz, für dessen Erlassung die genannten Be-

hörden eine geeignete Grundlage in den Bestimmungen des § 3 des Finanz-Verfassungsgesetzes sehen, vorzunehmen. Mag diese Auffassung auch nicht ganz unbestritten sein, so führt sie unter den in Frage kommenden Alternativen noch zu der zweckmäßigsten Lösung, weshalb auch dieser Weg beschritten werden soll.

Mit anderen Worten: Man bezweifelt überhaupt, daß man so etwas durchführen kann. Wenn heute schon in hunderten Fällen Rentner Verzichtserklärungen abgegeben haben, so entbehrt das jeder gesetzlichen Grundlage. Man hat gar kein Recht gehabt, vor Beschluß des Landtages solche Verzichtserklärungen abzuverlangen. Wir sind daher der Meinung, daß alle bis jetzt abgegebenen Verzichtserklärungen ungesetzlich sind.

Wenn man die Frage stellt, wieso es so weit kommen konnte, daß man Ausgleichszulagen geben mußte, dann ist das darauf zurückzuführen, daß es in Österreich noch Löhne gibt, die so nieder sind, daß die Rentner nicht auf die Bemessungsgrundlage kommen, die eine Rente von 460 S gewährleistet. Außerdem wurde der fixe Staatszuschuß zu den Renten abgeschafft. In diesem Zusammenhang ist es interessant darauf hinzuweisen, daß die Bundesregierung am 22. Oktober 1952 wegen des Zuschusses des Bundes zu den Sozialrenten zurückgetreten ist. Damals hieß es, es müssen Neuwahlen vorgenommen werden, weil der Rentenklau umgeht und der Finanzminister Kamitz den Staatszuschuß um 5 Prozent kürzen will. Besonders die Sozialistische Partei hat daraus eine Riesenkampagne gemacht. Tatsache ist, daß Kamitz nach den Wahlen den Staatszuschuß nicht um 5 Prozent gekürzt hat, sondern daß überhaupt der fixe Staatszuschuß gestrichen wurde. Kamitz hat dadurch sechsmal soviel bekommen als er ursprünglich wollte. Allerdings haben die Sozialisten durch ihre Agitation mit dem Rentenklau 6 Mandate gewonnen. Was die Rentner selbst davon hatten, wissen wir, nämlich: die Altersrentner sind leer ausgegangen, und der Staat hat sich im vergangenen Jahr allein an Rentenzuschüssen 252 Millionen Schilling erspart.

Man spricht auch sehr viel von Familienpolitik, Familienzulage usw. Wir sind der Meinung, daß eine gesunde Familienpolitik auch darin bestehen muß, daß wir auch unsere alten Menschen leben lassen und daß man ihnen das Notwendigste dazu gibt. Eine gesunde Familienpolitik besteht vor allem darin, daß der Arbeiter und Angestellte, überhaupt der werktätige Mensch, ein Existenzminimum hat, damit er eine Familie erhalten kann. Niemand kann bestreiten, daß der Reallohn um ein Drittel niedriger ist als 1934, was zur Folge hat, daß der Familienvater die Familie nicht erhalten kann, sodaß auch die Frau arbeiten gehen muß, was früher nicht notwendig war. (*Widerspruch bei der ÖVP.*)

Weil gerade ein Widerspruch bei der ÖVP. gefallen ist, möchte ich folgendes sagen: Es gereicht Ihnen nicht zur Ehre, daß das Wohnungsanforderungsgesetz gefallen ist, und man nun mit den Wohnungen einen Wucher treibt. Über dieses Kapitel könnte man sehr ausführlich sprechen. Es ist doch so, daß man für eine Wohnung heute 15 bis 20.000 S zahlen muß. Das ist eine Schande für jede Partei, die vorgibt, ein gesundes soziales Empfinden zu haben und für Familienpolitik einzutreten.

Wir sind der Meinung, daß diese Ausgleichszulage vor allem vom Bund zu tragen ist. Die Möglichkeit dazu besteht, die finanzielle Basis ist vorhanden. Wir schließen uns auch der Forderung des Sozialrentnerverbandes an, daß die Mindestrente 680 S betragen soll. Wenn man nun die Frage stellt, woher die Mittel dafür genommen werden sollen, dann verweise ich auf den Budgetüberschuß von über 2 Milliarden Schilling und auf die vielen Millionen Schilling, die den Großkapitalisten durch Steuerbegünstigungen geschenkt werden. Um nur ein Beispiel anzuführen: Die Firma Semperit in Niederösterreich hat durch Steuerbegünstigungen das Mehrfache an Rücklagen von dem, was diese Ausgleichszulage insgesamt für die Rentner in Niederösterreich ausmacht. Man könnte ohne weiters die großen Gewinne des Großkapitals für die Ausgleichszulage heranziehen.

Ich möchte noch eine Bemerkung machen. Anlässlich der Aufstellung der Wehrmacht hieß es zuerst, daß sie eine Milliarde und zwei Millionen Schilling kosten wird, dann eine Milliarde und acht Millionen Schilling, jetzt kostet sie uns drei Milliarden Schilling. Wir haben also nach meiner Meinung heute die Möglichkeit, unseren Rentnern ein besseres Dasein zu bieten, ihnen eine höhere Rente zukommen zu lassen.

Wir sind gegen den vorliegenden Antrag, vor allem, wie ich schon begründet habe, gegen die Sippenhaftung, die darin besteht, daß man die Angehörigen mit der Ausgleichszulage belastet. Wir sind dafür, daß die Ausgleichszulage erhöht werden soll, aber der Staat soll sie tragen, und ich lege daher diesbezüglich folgenden Resolutionsantrag vor (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, von der Bundesregierung die erforderlichen Maßnahmen zu verlangen, damit aus dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG.) jene Bestimmungen gestrichen werden, nach denen die Gemeinden und die Angehörigen der Rentner zum Ersatz der Ausgleichszulage herangezogen werden können.“

Wir sind der Meinung, daß der Weg, der in der Praxis gegangen wird, unrichtig, unsozial und eines Staates, der ein modernes Sozialrecht hat,

unwürdig ist. Deswegen wird meine Fraktion gegen den vorliegenden Antrag stimmen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter ABG. SCHERRER: Ich verzichte.

PRÄSIDENT SASSMANN: Es liegt zur Abstimmung vor der Hauptantrag des Finanzausschusses und ein Resolutionsantrag. Ich lasse vorerst über den Hauptantrag abstimmen. (*Nach Abstimmung über den Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Finanzausschusses*): **A n g e n o m m e n .**

(*Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Lauscher*): **A b g e l e h n t .**

Ich ersuche den Herrn Abg. **D i e n b a u e r** die Verhandlung zur Zahl 245 einzuleiten.

Berichterstatter ABG. **D I E N B A U E R**: Hoher Landtag! Ich habe namens des Wirtschaftsausschusses über den Antrag der Abg. Marwan-Schlosser, Cipin, Dienbauer, Laferl, Schwarzott, Endl und Genossen, betreffend die Einbeziehung Wiener Neustadts in das Luftverkehrssystem durch Ausbau seines Flughafens, zu berichten.

Daß Wiener Neustadt eine durch den Krieg schwergeschädigte Stadt ist, dürfte unbestritten sein. Bei dem Gedanken, wie man dieser Stadt helfen könnte, drängt sich unter anderem die Frage auf, daß dies teilweise durch den Ausbau des Flughafens geschehen könnte. Das Steinfeld um Wiener Neustadt ist auch das geeignete Gebiet zum Ausbau dieses Flughafens. Auch alle übrigen Voraussetzungen hiezu sind bestens gegeben. Namens des Wirtschaftsausschusses stelle ich daher den Antrag (*liest*):

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, daß Wiener Neustadt einen gerechten Anteil am Flugwesen durch Ausbau des Flugplatzes und durch Einbeziehung in das Luftverkehrssystem erhält.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich eröffne die Debatte, zum Wort gelangt der Herr Abg. **P o s p i s c h i l**.

ABG. **P O S P I S C H I L**: Hoher Landtag! Namens meiner Fraktion spreche ich mich für die Annahme dieses Antrages aus, und zwar deshalb, weil kein Zweifel darüber bestehen kann, daß der Flughafen Wiener Neustadt nach erfolgtem Ausbau allen Erfordernissen, die man heute an einen modernen Flughafen stellt, entsprechen könnte. Seine günstige Lage, seine Bewahrung in der Ver-

gangenheit, sowie ein bestimmter wirtschaftlicher Nutzen daraus für die Stadt sind unbestritten. Wir sprechen uns auch vor allem deswegen für diesen Antrag aus, weil durch ihn die Bundesregierung daran erinnert wird, einer bisher versäumten Frist, nämlich gerade für Wiener Neustadt etwas zu tun, nachzukommen.

Mit Recht muß aber die Frage erhoben werden, warum der gerechte Anteil, von dem ja hier im Antrag die Rede ist, nicht auch auf anderen Gebieten und in der Vergangenheit von der Partei der Antragsteller von der Bundesregierung gefordert und für Wiener Neustadt auch erreicht wurde. 11 Jahre lang auf eine gerechte Behandlung vergeblich zu warten, ist ein viel zu bitteres Los, als daß es durch einen Antrag, noch dazu vier Wochen vor den Wahlen, gemildert erscheinen könnte. Dazu kommt, Hoher Landtag, daß die Motivierung durch die Antragsteller teilweise unrichtig und unsachlich ist. Es muß sich daher der Eindruck verstärken, daß es sich bei diesem Antrag so knapp vor den Wahlen in erster Linie um einen propagandistischen Effekt im Zuge des Wahlkampfes handelt. Unsachlich und den Tatsachen widersprechend ist die Motivierung des Antrages. Ich möchte nur einen Absatz zitieren, wo es heißt (*liest*): „In der Besatzungszeit verlor Wiener Neustadt seine Industrien und auch die einst blühende Vorkriegsindustrie liegt heute noch weitgehendst brach.“

In einem Satz also zwei Feststellungen, die eine Verdrehung der Tatsachen beinhalten. Die Absicht dieser Verdrehung ist offenbar. Es soll nämlich die Schuld an der wirtschaftlichen Notlage Wiener Neustadts nicht als Folge der Politik der Benachteiligung erkannt, sondern der Besatzung zugeschrieben werden.

Mit dieser Formulierung „Die Besatzung ist an allem schuld!“ haben die Minister der Koalitionsparteien in den vergangenen Jahren ihre Hände stets in Unschuld gewaschen. Aber was damals schon den Tatsachen widersprochen hat, wird heute, neuerlich ausgesprochen, deshalb nicht richtig, sondern bleibt falsch. Es ist doch schließlich bekannt, daß die Wiener Neustädter Flugzeugwerke — bis auf das Werk II — durch Vernichtung im Krieg und nicht in der Besatzungszeit aufgehört haben zu bestehen. Die im Werk II beschäftigten 100 Arbeiter wurden ebenso wie die in der Lichtenwörther Maschinenfabrik beschäftigten 100 Arbeiter noch in der Besatzungszeit vom Raxwerk übernommen.

Wenn es also hier im Motivenbericht unter anderem heißt, daß in der Besatzungszeit Wiener Neustadt seine Industrie verloren hätte, so stimmt das ebensowenig wie die nachfolgende Feststellung im Motivenbericht, wo von der „blühenden Vorkriegsindustrie“ die Rede ist, denn davon war schon vor 1938 keine Rede mehr. Bekanntlich

wurde die Wiener Neustädter Lokomotivfabrik Sigl & Co. schon 1935 stillgelegt, und die Daimler-Werke in Wiener Neustadt wurden schon in den zwanziger Jahren nach Steyr verlagert.

Wiener Neustadt war schon vor dem Krieg ein Notstandsgebiet, war schon nach dem ersten Weltkrieg ein Industriefriedhof und ist es auch nach dem zweiten Weltkrieg bis heute geblieben, nur mit dem Unterschied, daß die Ursache für das Vorhandensein dieses Notstandsgebietes vor dem Krieg allein in der Wirtschaftspolitik der Vorgängerin der heutigen ÖVP. zu suchen ist, während seit 1945 die SPÖ. als mitregierende Partei und als mitverantwortlich zu der Beseitigung dieses Notstandsgebietes nichts beigetragen hat.

Das sind die Tatsachen, die durch keinerlei Ausreden und durch keine Verdrehungen, auch dann nicht, wenn sie aus dem Munde irgendeines Koalitionsministers erfolgen, weggeredet werden können. Tatsache ist, daß Wiener Neustadt vergeblich auf einen gerechten Anteil zum Beispiel aus den Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds immer noch wartet, ebenso wie auf die Errichtung verstaatlichter Betriebe durch den Herrn Minister Waldbrunner von der SPÖ.

Kein Wunder, wenn in Wiener Neustadt auf Grund dieser Verhältnisse, auf Grund dieser stiefmütterlichen Behandlung die Arbeitslosigkeit besonders stark weiter ansteigt, wenn man feststellen muß, daß am 31. Jänner die Arbeitslosigkeit in Wiener Neustadt 3565 betrug und daß wir mit Ende März in Wiener Neustadt bereits 3955 Arbeitslose zu verzeichnen haben, also in diesem Zeitraum die Zahl der Arbeitslosen um 400 gestiegen ist.

Unlängst hat der Herr Minister Helmer in Wiener Neustadt eine seiner üblichen Sonntagsreden gehalten und laut Austria-Presse-Agentur unter anderem erklärt, daß der Wahlkreis Wiener Neustadt schlechter gestellt war als die letzte russische Provinz, und daß die Kommunisten daran schuld sind, daß der Wiederaufbau nicht in Fluß gekommen ist und daß die Kommunisten den Wiederaufbau sabotiert hätten. Daß er diese Schlechterstellung Wiener Neustadts als mitverantwortlicher Regierungspolitiker zugegeben hat, das betrachten wir als sehr bemerkenswert, zumal sie ja doch nur auf das Konto der eigenen Regierung geht. Sie aber in einem Atemzug den Kommunisten in die Schuhe zu schieben, die angeblich den Wiederaufbau sabotiert hätten, wie es Herr Minister Helmer in Wiener Neustadt gesagt hat, das ist anscheinend der Weisheit des Ministers letzter Schluß, einer Weisheit, die selbst den geübtesten Antikommunisten in Österreich in Verwirrung setzen muß, zumal er sich nicht mehr sicher ist, ob Helmer oder die Kommunisten in der Regierung sitzen. Mit solchen Verdrehungen

kann man den Wiener Neustädtern, die Not leiden, keineswegs helfen. Es wäre viel besser, der Herr Innenminister Helmer würde auf jene Feststellungen antworten, die mein Kollege Dubovsky vor einiger Zeit im Landtag im Hinblick auf Sanitzer gemacht hat, als solche Feststellungen zu treffen, die keineswegs dazu beitragen, in Wiener Neustadt eine bessere Situation zu schaffen.

Wiener Neustadt braucht Hilfe, rasche und wirksame Hilfe, und es ist daher unrichtig, wenn es in dem vorliegenden Motivenbericht unter anderem heißt, daß durch den Ausbau des Flughafens die Gewähr für die wirtschaftliche Gesundung des Gebietes gegeben sei. Wiener Neustadt braucht zu seiner wirtschaftlichen Gesundung mehr als diesen Flughafen. Wiener Neustadt braucht vor allem neue Betriebe, für die die notwendige Facharbeiterschaft in Wiener Neustadt vorhanden ist. Daß es aber dazu kommt, dazu braucht es vor allem die Hilfe einer Bundesregierung, deren Minister sich nicht auf die Besatzung ausreden und nicht faule Ausreden gebraucht, sondern endlich einmal Taten setzt. Erst dann und wirklich erst dann kann man von einem gerechten Anteil Wiener Neustadts überhaupt reden.

PRASIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt der Herr Abg. Marwan-Schlosser.

ABG. MARWAN-SCHLOSSER: Hohes Haus! Sehr verehrte Abgeordnete! Schon am 16. Februar, anlässlich der Behandlung des Rechnungshofberichtes, blieb es dem Abg. Pospischil vorbehalten, für Wiener Neustadt große Worte zu sprechen. Aber es sind eben nur Worte von geringer Bedeutung. Ich möchte mich heute nicht so sehr in eine Polemik einlassen, denn das Problem ist viel zu ernst, als daß man hier einen gegenseitigen Kampf mit Vorwürfen führen sollte. Ich will mich daher bemühen, rein sachlich die Probleme von Wiener Neustadt hier dazulegen.

Wenn wir damals am 16. Februar nicht gesprochen haben, so war es deswegen, weil wir bereits wußten, daß in den nächsten Tagen das Problem Wiener Neustadt anlässlich des heute eingebrachten Antrages eingehend im Landtag zur Sprache kommen wird. Es hat uns allerdings nicht Wunder genommen, daß der Abg. Pospischil in Wiener Neustadt eine Versammlung abhielt und auch schrieb: Die Wiener Neustädter Mandatäre sagten kein Wort, daß die Kommunisten ein Flugblatt als Postwurfsendung herausgegeben haben, in welchem sie sich als die einzigen Sprecher für Wiener Neustadt hingestellt haben. Es ist aber mit dem Reden allein nicht getan, sondern es muß gehandelt werden, und ein Teil dieses Handelns ist der heutige Antrag. Er wurde von den ÖVP.-Abgeordneten des Südbahngebietes ein-

gebracht, weil das Problem des Flughafens — wie ich später noch ausführen werde — nicht nur ein Problem der Stadt Wiener Neustadt ist, sondern unseres Erachtens des ganzen Südbahngebietes.

Es ist richtig, daß Wiener Neustadt ein Straßen- und Bahnknotenpunkt und damit auch von Natur aus eine Handels- und Industriestadt ist. Es ist ebenso richtig, daß in der goldenen Friedenszeit Wiener Neustadt eine schöne Industrie hatte, daß rund um Wiener Neustadt die Werke von Wöllersdorf, Enzesfeld, Hirtenberg und Großmittel lagen. (*Ruf links: Rüstungswerke!*) Allerdings wurde dieses Rüstungszentrum der Monarchie im Jahre 1918 zerstört und dadurch gerade Wiener Neustadt mit seinen Arbeitermassen zu einer notleidenden Industriestadt gemacht, das heißt — wie man sich ausgedrückt hat — zu einem Industriefriedhof. Dennoch waren die Lokomotivfabrik und die Daimler-Werke da, die aber später auch stillgelegt wurden. Und wenn man sagt, daß gerade die damalige christlich-soziale Regierung daran schuld gewesen ist, so darf ich wohl daran erinnern, daß zu jener Zeit in ganz Europa ein Tiefstand der Wirtschaft war, aus dem sich Österreich allein nicht heraushalten konnte. Die Umstellung der Industrie nach dem ersten Weltkrieg konnte in Österreich, das zu einem kleinen Staat zusammengeschrumpft war, selbstverständlich nicht innerhalb weniger Jahre durchgeführt werden. Ich weise es daher zurück, wenn behauptet wird, daß man Wiener Neustadt damals in Not und Elend gelassen hat. Es ist allerdings wahr, daß in Wiener Neustadt die größte Arbeitslosigkeit war, und es ist ebenso richtig, daß Wiener Neustadt damals Not gelitten hat. Allerdings blieb es auch damals wieder der allein verantwortlichen sozialdemokratischen Verwaltung vorbehalten, Wiener Neustadt in einen Schuldenstand hineinzutreiben, der gleichsam zum Konkurs geführt hat. Dennoch aber darf ich darauf hinweisen, daß Wiener Neustadt im Jahre 1934 die allzeit getreue Stadt geblieben ist und an den damaligen Unruhen nicht mitgetan hat. Die spätere Verwaltung hat sofort Hand angelegt und in Wiener Neustadt das österreichische Flugzeugwerk auszubauen begonnen. Als dann im Jahre 1938 in Österreich die deutschen Truppen einmarschiert sind, haben die Messerschmidt-Werke in Wiener Neustadt das kleine Flugzeugwerk zur WMF ausgebaut und die Firma Hentschel-Kassel hat das Rax-Werk geschaffen. Damals war ein gewisses Aufblühen in wirtschaftlicher Hinsicht in Wiener Neustadt festzustellen. Bedauerlicherweise kam es dann zum Krieg. Wiener Neustadt hatte während des Krieges ungeheuren Schaden zu leiden. Am 13. August 1943 erfolgte der erste Luftangriff auf Wiener Neustadt, und nach dem Kriege stand Wiener Neustadt — laut internationaler Feststellungen —

unter den am schwersten getroffenen, bombenbeschädigten Städten der Welt an neunter Stelle. 1100 Tote waren zu beklagen! Von 4200 Objekten wurden 1060 total zerstört, 990 sehr schwer, 395 mittelschwer, 396 leicht, 1337 geringfügig beschädigt und nur 18 Häuser blieben unbeschädigt. Von den mehr als 40.000 Einwohnern waren am Ostermontag, als die Besatzungstruppen einmarschierten, nur mehr 900 Einwohner, 350 Ausländer und 200 internierte Juden in Wiener Neustadt. 72 Prozent der Industriebetriebe waren total zerstört, 25 Prozent leicht- und mittelbeschädigt und nur 3 Prozent unbeschädigt. Was der Krieg nicht zerstört hat, wurde allerdings dann durch Fledderer, durch Demonstrationen und Abtransporte vernichtet. Wenn das nicht geschehen wäre, so könnten zum Beispiel gerade von den Flugzeugwerken so manche Halle noch stehen. Erst vor kurzem hat mir Ing. Ratky, der jetzt in der Nähe von Wiener Neustadt wieder ein kleines Flugzeugwerk aufzubauen im Begriff ist, gesagt, daß es ohne weiteres möglich gewesen wäre, einige Hallen zu retten, wenn man sich in jenen Tagen bei der Besatzungsmacht etwas mehr dafür eingesetzt hätte, daß diese Hallen stehen bleiben.

Es ist festgestellt, daß Wiener Neustadt unter den bombenbeschädigten Städten der Welt an neunter Stelle stand. Unverdrossen schritt die Bevölkerung von Wiener Neustadt an den Wiederaufbau der Stadt und hat in freiwilligen Arbeitsleistungen mit den Schuttaufräumungen begonnen; jeder Bürger von Wiener Neustadt hat 30 Stunden freiwillig gearbeitet, um wenigstens wieder die Straßen und Wege gangbar zu machen. Der damalige Staatssekretär Raab kam nach Wiener Neustadt und hat sofort mit einem Bundesbeitrag von einigen Millionen Schilling der schwergetroffenen Stadt geholfen, um den Beginn des Wiederaufbaues zu ermöglichen. Und nunmehr wird von den Kommunisten, aber auch von den Sozialisten behauptet, daß die Regierung nichts getan hätte. Am 12. März hat man in Wiener Neustadt eine Demonstration der Bauarbeiter in Szene gesetzt, um damit vor den Wahlen gegen das Handelsministerium auftreten zu können. Ich darf feststellen, was in Wiener Neustadt gerade durch das Handelsministerium geleistet wurde. Es wurden 3000 private und kommunale Wohnungen gebaut, es wurden das Kreisgericht, die Militärakademie, das Lehrerseminar, das Polizeiamtsgebäude, das Postgebäude, das Finanzamt und die Bezirkshauptmannschaft neu gebaut, beziehungsweise instandgesetzt; schließlich wurde auch der Bau von Durchzugsstraßen sowie die Fischaregulierung durchgeführt. Das alles sind die Leistungen des Handelsministeriums und der Landesregierung! (*Abg. Staffa: Da kann man nur sagen: Bravo Wehr!*) Ja, das haben die Sozialisten anlässlich der Gemeinderatswahlen bekundet,

indem sie eine Wahlbroschüre herausgegeben haben, die 30.000 Schilling gekostet hat. Mit diesem Betrag hätte man einem Wohnungsbauwerber helfen können, eine Eigentumswohnung zu bauen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Stangler: Beginnen wir eine Wehr-Debatte, das wäre ganz interessant. — Landeshauptmannstellvertreter Popp: Eine Swoboda-Debatte könnten wir auch durchführen! — Landeshauptmann Steinböck: Swoboda ist nicht bei uns!*) Meine sehr verehrten Herren der sozialistischen Fraktion, ich könnte Ihnen Ihre Wahlbroschüre, die 30.000 S gekostet hat, vorzeigen. Ich habe sie bei mir. In dieser Broschüre kommt ungefähr zum Ausdruck, daß es nur die Sozialisten waren, die in Wiener Neustadt aufgebaut haben. Tatsache ist aber, daß auch die ÖVP.-Fraktion von Wiener Neustadt unermüdlich mitgegangen ist und Tür und Tor zu den Ministerien geöffnet hat, aber die sozialistische Fraktion hat der ÖVP.-Minderheit in Wiener Neustadt überhaupt keine Anerkennung gezollt. Ich darf daher authentische Unterlagen darüber bekanntgeben, was das Handelsministerium für Wiener Neustadt geleistet hat: Bundesgebäudeverwaltung I 13,800.000 S, Neu- und Zubauten an bundeseigenen Gebäuden 8,751.000 S, Kanalisation 415.000 S, Straßenbau 8,100.000 S, Wohnhauswiederaufbau 192,540.000 S, militärische Bauten 31,300.000 S. Betrachten Sie doch diese für Wiener Neustadt gigantische Zahl von 255 Millionen Schilling! Wenn ich dem Betrag von 398 Millionen Schilling, der für den Wohnhauswiederaufbau in ganz Niederösterreich aufgewendet wurde, den Betrag von 192,540.000 S, den Wiener Neustadt für den Wohnhauswiederaufbau erhalten hat, gegenüberstelle, dann kann man wohl dem Handelsministerium wahrlich keinen Vorwurf machen! Nun hat Wiener Neustadt selbstverständlich noch die dringende Bitte, den Wiederaufbau solange zu forcieren, bis endlich eine Industrie nach Wiener Neustadt kommt, damit wieder Dauerarbeitsplätze geschaffen werden können. (*Landesrat Stika: Wo ist die Privatinitiative der Industrie?*) Die war in Wiener Neustadt vorhanden. Ich nenne nur die Firmen Walek, Kober, Bally usw. (*Zwischenruf bei der SPÖ: Mit ERP-Mitteln!*) Nur mit Privatmitteln, meine sehr verehrten Herren! Wollen Sie doch nicht immer alles verdrehen! Ich bin es ja vom Gemeinderat in Wiener Neustadt her gewöhnt, daß die sozialistische Fraktion einem das Wort im Munde umdreht. Man muß endlich anerkennen, daß auch die Privatunternehmer für die investierten ERP-Mittel die Verantwortung tragen. Es sind das ja keine Geschenke der Steuerzahler, wie sie den Staatsbetrieben gegeben werden, die Privatbetriebe müssen diese Gelder ja zurückzahlen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Wondrak: Das ist glatt erfunden!*) Lieber Herr Präsident, ich bin mir darüber im klaren, daß ihr viel er-

findet. Auch die freien Unternehmer erfinden sehr viel, aber ich denke da an wirtschaftliche Erfindungen und nicht an das Erfinden von Drehs. (*Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ.: Das ist Unsinn!*) Es ist eine Methode der Sozialisten, daß sie immer sagen: Das ist unsinnig. Ich bin das vom Gemeinderat in Wiener Neustadt her gewöhnt. Ich weiß, wie die sozialistische Fraktion ihre Mehrheit in Wiener Neustadt ausnützt, nämlich rücksichtslos!

Wenn ich vorhin Zahlen über den Wiederaufbau in Wiener Neustadt genannt habe, so bei Gott nicht deswegen, daß der Eindruck erweckt werden soll, es wurde nur für Wiener Neustadt etwas geleistet. Nichts destoweniger bitte ich nochmals, daß man gerade den Wohnhauswiederaufbau in Wiener Neustadt — unsere Funktionäre werden darum wieder den Minister Illig bitten — besonders unterstützt. Unsere Funktionäre werden es aber nicht auf die Art und Weise tun, wie es die Sozialisten glauben tun zu können, daß sie nämlich demonstrieren, wie es die Sozialisten am 12. März getan haben. Für solche Sachen ist nicht die Zeit, denn die Lage ist leider zu ernst.

Ich habe in Wiener Neustadt erklärt — öffentlich wurde es auch in der Presse wiederholt —, wir von der ÖVP. stellen fest, daß das Handelsministerium für Wiener Neustadt sehr viel geleistet hat, daß weiters die Privatinitiative den Mut hatte, während der Besatzungszeit neue Werke zu bauen, obwohl es bekannt ist, daß die Sozialisten weitere Verstaatlichungen im Schilde führen, obwohl sie es jetzt in ihrem Wahlprogramm ganz anders nennen. Es gehört daher für einen privaten Unternehmer Mut dazu, sich in Wiener Neustadt zu einer Zeit niederzulassen, in der die Besetzung in Wiener Neustadt regiert hat. Demgegenüber müssen wir auch feststellen, daß Herr Waldbrunner für Wiener Neustadt nichts getan hat. Ich habe diese Erklärung in der Hoffnung ausgesprochen, daß die Sozialisten darauf sagen werden, was Waldbrunner für Wiener Neustadt gemacht hat, denn es war mir bisher unmöglich — meine Parteifreunde haben es auch nicht gewußt —, etwas davon zu erfahren. In der Gemeinderatssitzung hat Herr Gemeinderat Wodica erklärt, was Waldbrunner alles für Wiener Neustadt getan hat. So hätte er zum Beispiel die Elektrifizierung durch Wiener Neustadt durchgeführt. Dazu kann ich nur die Frage stellen, wollte er Wiener Neustadt aussparen und vielleicht hinter dem Schneeberg elektrifizieren? Und dann hätte er noch den Bahnhof wieder hergestellt, sagte Wodica, das sei gleichsam ein Denkmal von einem Wiederaufbau! Dazu muß ich feststellen, daß bereits 1½ Jahre gebaut wird und jetzt ist die Wartehalle erst fertig! Das sind die Leistungen für Wiener Neustadt vom Herrn Waldbrunner.

Ich darf zum Wiederaufbauproblem in Wiener Neustadt noch folgendes erwähnen: Es sind in Wiener Neustadt noch 75 Totalschäden eingereicht mit einer Bausumme von 53 Millionen und 9 Teilschäden mit einer Bausumme von 2,3 Millionen. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Sie glauben, Sie sind heute in einer Wählerversammlung!*) Lieber Herr Landeshauptmannstellvertreter, auch euch muß man einmal die Wahrheit sagen! (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ich nehme mir auch in Wiener Neustadt kein Blatt vor den Mund, wenn ich mit den Sozialisten rede. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Was ist mit dem Flughafen?*) Es ist in Wiener Neustadt noch sehr viel zu bauen und auch der Flughafen soll gebaut werden. (*Zu den Sozialisten gewendet.*) Hie und da merkt ihr doch, worauf es ankommt, und es freut mich, daß wir so den Kontakt gewinnen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wir stellen fest, daß in Wiener Neustadt noch viel zu bauen ist, wir stellen aber weiters fest, daß manche ihre Schäden zur Behebung noch nicht gemeldet haben. Darunter auch einer, dessen Bauschaden mitten am Hauptplatz von Wiener Neustadt ist, zu dem Wehrl als Parteifreund sagen müßte: Schließe doch endlich hier die Lücke. Dort wurde noch nicht gebaut, und es wäre schön, wenn die sozialistische Fraktion ihre Strenge auch einmal dort an den Tag legen würde, damit diese Lücke am Hauptplatz von Wiener Neustadt geschlossen wird.

Darüber hinaus sind aber in Wiener Neustadt auch noch andere Bauten notwendig. Es wurden alle Kasernen zerstört, die Infanterie-, die Artillerie-, die Fliegerkaserne. Es ist daher nicht möglich, daß Wiener Neustadt von Seiten des Amtes für Landesverteidigung eine Wirtschaftshilfe in Form der Unterbringung von Truppen zuteil wird, weil eben diese Kasernen noch nicht fertig sind. Es sind weiters noch 3 Bundesschulgebäude zu bauen, das Mädchengymnasium, die Bundes-Gewerbeschule und ein Konvikt sowie zumindest 2 Haupt- und 2 Volksschulen.

Die Frage aber, die uns von Seite der Wirtschaft seit Jahren bewegt, ist, was geschieht mit Wiener Neustadt, wenn alle diese Bauten beendet sind? Deswegen rufen wir von der ÖVP. seit Jahren: Schafft in Wiener Neustadt endlich Arbeitsplätze, und zwar Dauerarbeitsplätze! Sie können überzeugt sein, daß sich die ÖVP.-Abgeordneten und die Funktionäre der ÖVP. in Wiener Neustadt für diese Frage unermüdlich einsetzen werden. Es gibt in Wiener Neustadt Betriebe mit 50 bis 100 Beschäftigten: das Betonwerk, Hamak, Nemetz, Handler, Schuch, Wiener Neustädter Gardinen- und Teppichfabrik, Gutenberg, Furtenbach, Hammerbrot, Stich und Löw. Wenn man demgegenüber Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten sucht, muß man feststellen, daß die NEWAG 180 Beschäftigte, die Industrie-

Baugesellschaft 102 Arbeiter, die Raxwerke 818 Arbeiter, die Nat. Radiatoren 313 Beschäftigte, dann Walek und Co., eine Spinnerei, 923 Beschäftigte, davon 610 Frauen, Kober und Co. 195 Arbeiter, davon 126 Frauen, haben. Es soll daher heute die Bitte der Wiener Neustädter hier offen im Landtag ausgesprochen werden, die Bundesregierung möge nicht nur den Flughafen nach Wiener Neustadt bringen, sondern auch andere Betriebe, die mehr Leute beschäftigen können, vor allem aber Männer. So sehr wir natürlich dankbar sind, daß zwei Textilbetriebe in Wiener Neustadt sind, sind sie doch in der Mehrzahl nur für Frauenarbeit bestimmt.

Es wurde erwähnt, daß Wiener Neustadt eine starke Arbeitslosigkeit aufweist. Das ist richtig. Es sind tatsächlich Ende März im gesamten Bezirk 4000 Arbeitslose gemeldet gewesen. In Wiener Neustadt selbst gibt es rund 2000 Beschäftigungslose.

Nun aber wieder zu den verehrlichen Sozialisten. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Ich habe geglaubt zum Flughafen!*) Das Problem der Reindustrialisierung von Wiener Neustadt ist sehr brennend und ernst. Es trat in ein ernstes Stadium, als der Staatsvertrag unterzeichnet worden ist, und wir haben den Sozialisten gesagt: Über jeden Parteihader hinweg tut es not, daß wir in gemeinsamer Arbeit die Reindustrialisierung und die Flughafenfrage behandeln. Ich habe in jeder Gemeinderatssitzung und auch in jedem Ausschuß, wo ich anwesend war, verlangt, daß man einen gemeinsamen Ausschuß mit dieser Frage beschäftigt. Herr Bürgermeister Wehrl hat zwar jedesmal ja dazu gesagt, aber bis heute ist noch keine einzige Sitzung durchgeführt worden. (*Zwischenrufe bei den Sozialisten.*) Läge den Sozialisten das Schicksal von Wiener Neustadt wirklich am Herzen, hätten sie wirklich den Willen, Wiener Neustadt zu helfen, so müßten sie in unermüdlicher Arbeit, so wie wir es vorgeschlagen haben, jede Woche mit einem Stadtrat und Gemeinderat von Wiener Neustadt bei den verschiedensten Stellen vorstellig werden, aber nicht nur bei Handelsminister Illig, sondern auch bei Herrn Waldbrunner. Und darum habe ich auch gebeten, das Problem des Flughafens mit dem Herrn Minister Waldbrunner zu besprechen, aber bis heute war es nicht möglich, obwohl Herr Bürgermeister Wehrl dabei war, als ich mit Kanzler Raab das Flughafenproblem besprochen habe und er gesagt hat: Ihr müßt auch mit Waldbrunner sprechen! Bis heute ist es nur gelungen, daß wir zweimal bis zu einem Ministerialrat vorgelassen wurden. (*Abg. Stangler: Zu Majestäten kommt man nicht so leicht hin! — Abg. Staffa: Haben Sie schon einmal mit Herrn Landesrat Müllner gesprochen, der ja für Deutsch-Wagram ist?*) Sie können sicher sein, sehr verehrter Herr Kollege Staffa, daß ich mit den Regierungsmitgliedern meiner Partei sehr

oft rede und daß ich jederzeit vorgelassen und immer gehört werde, über alle einzelnen Probleme. Dazu brauche ich Ihre Hilfe und Ihre Unterstützung nicht. (*Abg. Staffa: Aber mit welchem Erfolg?*)

Wir haben unter anderem auch vom Verein der Wirtschaftsförderung aus gesagt, das Problem der Reindustrialisierung Wiener Neustadts muß vor aller Weltöffentlichkeit dargetan werden, und wir haben gebeten, daß während der Ausstellungswoche des vergangenen Jahres eine Kundgebung in Wiener Neustadt unter dem Motto stattfinden soll: „Helft Wiener Neustadt!“ Es waren die Herren der sozialistischen Fraktion einverstanden, die Rednerliste war aufgestellt, der Tag der Kundgebung war festgelegt. Ich war bei Kanzler Raab und habe ihm gesagt, daß diese Kundgebung stattfinden wird. Unsere Meinung war damals, daß wir, nachdem in Salzburg die Befreiungsgeschädigten sich gemeldet hatten, unserer Regierung das Rückgrat stärken müssen, damit Niederösterreich und im besonderen Wiener Neustadt nunmehr seine berechtigten Anforderungen gegenüber dem Westen vertreten kann. Ich war auch bei Herrn Landeshauptmann Steinböck, und Herr Landeshauptmann Steinböck war bereit, bei dieser Kundgebung die Bitten der Wiener Neustädter zur Kenntnis zu nehmen. (*Hört! Hört!-Rufe bei den Sozialisten.*) Was wurde mir dann von den Sozialisten gesagt? Da ging Herr Bürgermeister Wehrl nach Wien und kam zurück mit der Mitteilung: Für Wiener Neustadt wird ohnehin schon genug gemacht, macht daher nichts weiter! Und daraufhin wurde diese Kundgebung nicht durchgeführt. (*Hört! Hört!-Rufe bei der ÖVP.*)

Für mich erhebt sich nur die Frage: Wie ist das zustande gekommen, wie kann eine sozialistische Mehrheit eine solche Kundgebung im richtigen Augenblick, zu dem richtigen Zeitpunkt, nämlich unmittelbar nach der Befreiung, wo es doch eine Art Verteilung für den Wiederaufbau zu geben gehabt hätte, nicht durchführen? Aber es geht ja auch anders. Man kann zum Beispiel Wiener Neustadt ruhig weiter verschulden und rücksichtslos die Verschuldung fortlaufen lassen. Und als ich gefragt habe, wie man sich bei dem neuen Budget mit ungefähr — glaube ich — 8,5 Millionen Schilling Abgang die Abzahlung der neuen Schuldenlast denke, da hat man keine Auskunft geben können. Nur ein Lächeln hatte man, als ich gefragt habe: Besteht vielleicht die Absicht, die Schulden durch eine Inflation abzuzahlen, die man anstrebt? (*Rufe bei der ÖVP.: Hört! Hört!*) Da war nur ein Lächeln auf Ihren Lippen, ohne daß eine Antwort gegeben worden wäre. (*Heiterkeit bei den Sozialisten.*) Ich schließe daraus, daß die Sozialisten ihren Kurs so führen, daß sie gegen den stabilen Schilling sind und daß sie gerne Verschuldungen durchführen. Die soziali-

stische Finanzpolitik kennen wir ja, wir haben sie auch hier im Landtag kennengelernt.

Ich muß hier im Hohen Hause feststellen, daß die Österreichische Volkspartei in Wiener Neustadt in der Frage der Reindustrialisierung und vor allem in der Flughafenfrage bisher allein kämpfen mußte. Ich bitte daher die hochverehrten Herren der sozialistischen Fraktion und die Frau Abg. Czerny, dafür zu sorgen, daß man nicht immer die Meinung vertreten soll: Auf dem Lande müßt ihr den Terror ändern, dann werden wir Sozialisten mit euch wieder reden. Ich habe den Sozialisten in Wiener Neustadt gesagt — und die Frau Abg. Czerny ist Zeuge —, wir von der Österreichischen Volkspartei, reden mit den Sozialisten oft monatelang (*Abg. Anna Czerny: Nicht! — Heiterkeit bei den Sozialisten.*) über jedes Problem. Aber die verehrlichen Sozialisten in Wiener Neustadt behandeln jedes Problem nur so, daß sie uns zur Sitzung kommen lassen und uns einfach die fertige Sache auf den Tisch servieren, und wir haben zuzustimmen oder nicht. Reden darüber brauchen wir nicht. Und dann können wir wieder gehen. Das ist Terror, und das stellen wir fest. (*Landesrat Müllner: Das müssen wir uns merken, da können wir etwas lernen!*) Beklagen Sie sich daher ja nicht darüber, daß von unserer Seite hier im Landtag Terror herrscht. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Sprechen Sie zur Angelegenheit des Flugplatzes!*) Ich bin beim Flugplatz, sehr richtig. Es freut mich, daß Sie eine solche Ungeduld haben, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Hätten Sie diese Ungeduld in dieser Frage schon früher an den Tag gelegt, dann wären wir vielleicht weiter, Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp.

Ich darf feststellen: Der Wiener Neustädter Flugplatz ist wirklich den Wiener Neustädtern von der Natur aus gegeben, er ist für uns das, was das Erdöl für das Gebiet von Zistersdorf und Umgebung ist, oder der Weinstock in den Gegenden, wo der Wein wächst. Bei uns ist das Steinfeld, und dort gehört der Flugplatz hin. Eine 12 mm starke Diluvial-Schottererschicht ist die Ursache, daß in Wiener Neustadt auch nach stärkstem Regen 20 Minuten später trockener Boden ist, sodaß die Flugmaschinen landen und starten konnten, ohne daß sie bisher einen Betonflughafen gebraucht hätten. In Wiener Neustadt ist auch eine ständige Hauptwindrichtung, ebenso gibt es auf dem Flugplatz kaum Schneewächten. Der Flugplatz ist fast die ganze Zeit nebelfrei, es ist eine fast unbegrenzte Raumreserve billigsten Bodens vorhanden. Der Verein für Wirtschaftsförderung hat an alle Mandatäre in Österreich eine entsprechende Denkschrift herausgegeben, um dieses Problem entsprechend darzulegen. Wir haben uns vom Verein für Wirtschaftsförderung ein Gutachten über den Flugplatz in Wiener Neustadt

und die anderen Möglichkeiten in Niederösterreich geben lassen. Es lautet (*liest*): „Aus diesem Grunde wäre der Raum Deutsch-Wagram für die weitere Entwicklung der Erdölaufschlußarbeiten freizuhalten. Bezüglich des Raumes Schwechat ergaben sich bisher keine Anhaltspunkte für Erdöl- oder Erdgashöflichkeit. Soweit es das Steinfeld zwischen Wiener Neustadt und Großmittel betrifft, liegt dieses außerhalb des erdölhöffigen Bereiches. In diesem Gebiete wäre lediglich auf die Belange von Grundwasser-Schutzverpflichtungen und Grundwasser-Schutzgebieten Rücksicht zu nehmen.“

Sie sehen, daß auch die Oberste Bergbehörde ein günstiges Urteil für Wiener Neustadt abgegeben hat. Das Problem liegt darin begründet, und darum bitte ich um Verständnis.

Vor Jahren wurde in einer Wiener Neustädter Zeitung das Problem der günstigsten Bewässerung des Steinfeldes behandelt. Das würde natürlich mehrere Milliarden kosten. Würde man anderswo guten Ackerboden verbetonieren, dann müßte man eines Tages in Wiener Neustadt künstlich bewässern, um vielleicht später einmal fruchtbares Ackerland zu haben. Es ist daher vielleicht auch seitens der Bodenbeschaffung Wiener Neustadt in dieser Richtung hervorzuheben.

Ein anderer Bericht lautet — ich erwähne das deshalb, weil man oft betont, daß Wiener Neustadt aus verschiedenen Gründen nicht vorteilhaft wäre —, und zwar ein Bericht aus der „DAN“, der besagt (*liest*): „Inzwischen bleibt aber auch auf diesem Gebiete die Entwicklung nicht stehen. Die ab 1960 in steigendem Maße zum Einsatz kommenden Strahl- und Turboprop-Maschinen für den Langstreckenverkehr benötigen erheblich längere Start- und Landebahnen, wie sie heute auch auf den modernsten Plätzen nicht ausreichend zur Verfügung stehen.“ Es ist daher auch von seiten der Flugentwicklung festzustellen, daß Wiener Neustadt der günstigste Boden ist, da in der Hauptflugrichtung ein bis zu 8 km freies Flugfeld besteht.

Der Raumplaner sagt, Wiener Neustadt ist eine Stadt, die sich bis Neunkirchen erstreckt, sodaß Zu- und Abfahrt, zu bw. von den Arbeitsplätzen gerade in diesem Gebiet kurz ist. Weiters ist Wiener Neustadt ein Verkehrsknotenpunkt und liegt, räumlich gesehen, mitten in der Ostkeule Österreichs. Außerdem wäre der Flughafen in Wiener Neustadt inmitten der Fremdenverkehrsgebiete Baden, Neue Welt, Puchberg, Rax, Semmering, Bucklige Welt gelegen, sodaß dieser Raum des Wiener Neustädter Beckens davon profitieren würde. Die Begründung, daß Wiener Neustadt weit von Wien liegt, ist nicht stichhältig. Die modernen Verkehrsmittel ermöglichen es, daß innerhalb kürzester Zeit der eintreffende Flugpassagier nach Wien kommen könnte. Wir denken

aber in erster Linie daran, daß Wiener Neustadt mehr ein Frachtenflughafen wird. Das soll die erste Etappe sein. Ein weiterer Ausbau zwischen internationalem Transit- und Personenflughafen wird durch die natürliche Gegebenheit Wiener Neustadts und durch die große zunehmende Luftfahrtentwicklung einen ganz natürlichen Weg nehmen.

Wenn daher heute dieser Aufforderungsantrag an die Bundesregierung gerichtet werden soll, so muß auch ein Wort über die Hoffnung in wirtschaftlicher Hinsicht, die wir daran knüpfen, gesprochen werden. Zürich hat einen Großflughafen, und dort werden beispielsweise folgende Umsätze getätigt: im Restaurant 15 Millionen, Zeitungsstand 1.5 Millionen, Uhrengeschäft 1.5 Millionen Franken. In Frankfurt ist es ähnlich. Die wirtschaftliche Auswirkung ist daher selbstverständlich. Wenn also in Wiener Neustadt der Flughafen in erster Linie ein Güterhafen mit einer Freihandelszone wird, können wir erwarten, daß dann auch die Bevölkerung dieser Stadt Beschäftigung finden wird. Im Flughafenkommando der Großflughäfen sind allein 400 Mann eingestellt. Ein großes Flugzeugwerk werden wir nie bauen können, wir brauchen aber eine Art Werft, die 500 bis 600 Mann beschäftigen wird. Es werden also durch Lösung dieses Problems in Zukunft rund 1000 Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Wiener Neustadts Arbeiter wollen arbeiten, sie wollen gesicherte Arbeitsplätze. Sie wissen, ihr Boden ist steinig. Dieser steinige Boden aber soll ihnen das tägliche Brot für die Zukunft geben. Damit die Wiener Neustädter Arbeiter und Kleingewerbetreibenden leben können und mit ihnen die gesamte Bevölkerung des Wiener Neustädter Beckens hoffnungsvoll in die Zukunft sehen kann, bitte ich das Hohe Haus, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen. Es sei der heutige Beschluß ein Meilenstein am Wege zur Verwirklichung. Wollen wir im gegenseitigen Verständnis unsere Arbeitskraft dem Wohle unseres gesamten österreichischen Vaterlandes widmen. *(Beifall bei der Volkspartei.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Frau Abg. Czerny.

ABG. CZERNY: Hohes Haus! Als Neustädterin muß ich Ihnen sagen, daß es mich freut, daß die Frage des Flughafens eine so große Debatte ausgelöst hat. Allerdings hat mein Vordränger, der Herr Abg. Marwan-Schlosser, die Situation dazu benützt, dem Landtag eine Wahlrede zu halten, die er x-beliebig wo hätte halten können. Ich glaube, das ganze Haus dürfte ja gewußt haben, daß er einigermaßen blumenreich sprechen kann, und das hat er auch in reichlichem Maße besorgt. Ich kann mir daher erlauben, mich auf die Tatsachen zu beschränken und einige An-

würfe und Anschuldigungen, die hier gefallen sind, auf ihr richtiges Maß zurückzuführen.

Es ist selbstverständlich, daß die Neustädter sich außerordentlich freuen und es begrüßen würden, wenn die Flughafenfrage in einem halbwegs günstigen Sinn, wenn schon nicht heuer oder nächstes Jahr, so doch in nächster Zukunft erledigt werden könnte. Aber im allgemeinen ist es so, daß die Neustädter nüchtern zu denken gelernt haben, weil sie durch Jahrzehnte ein hartes Schicksal über sich ergehen lassen mußten. Wenn hier zum Beispiel gesagt wird, es hätte nur daran gefehlt, daß sich niemand gefunden hat, an die russische Kommandantur heranzutreten, um Objekte von der Besetzung frei zu halten, dann muß ich eines sagen: Dem Herrn Abg. Marwan-Schlosser wäre es jederzeit frei gestanden, diesbezüglich bei der Kommandantur vorzusprechen, auch damals, als es lebensgefährlich war. Aber er zieht es vor, zu jenen Kreisen zu gehören, die ein Jahrzehnt später die Ehre eines Mannes in den Grund und Boden sudeln, eines Mannes, der oftmals sein Leben eingesetzt hat, um etwas für Wiener Neustadt zu erreichen. Das muß hier gesagt werden. *(Beifall bei der SPÖ.)* Abg. Marwan-Schlosser hat zum Beispiel angeführt, daß die Sozialisten der Gemeinde Wiener Neustadt anlässlich der Wahl eine Broschüre herausgegeben haben, die eine reine Wahlbroschüre war. Ich kann sie herzeigen, sie ist objektiv gestaltet. Es ist uns auch nicht bange davor gewesen, zu sagen, daß diese Broschüre den Betrag von 30.000 S gekostet hat. Ich erinnere gleichzeitig daran, daß diese Broschüre, die vorher der Herr Abgeordnete gezeigt hat, mit einem Zuschuß der Gemeinde in der Höhe von 10.000 S herausgegeben wurde. Auch das hätten Sie sagen müssen. Halten Sie mit Ihren Weisheiten nicht zurück, wenn Sie in der Lage sind, sie von sich zu geben!

Nun noch eine Frage, wenn wir schon bei Broschüren sind. Ich erinnere, daß die nö. Landesregierung vor der Landtagswahl eine Wahlbroschüre herausgegeben hat, deren Verteilung *(Heiterkeit bei der Volkspartei)* durch die Schulkinder vorgenommen wurde. Aber wenn jemand glaubt, daß es der Minderheit möglich gewesen wäre, bei der Mehrheit zu erfragen, was diese Broschüre gekostet hat, dann werden Sie sich täuschen. Vielleicht erfahren wir es heute noch.

Das ist das Wenige, was ich zu diesen Broschüren zu sagen hätte.

Nun darf ich wohl zu der eigentlichen Frage auch etwas sagen. Es ist richtig, daß Wiener Neustadt schon seit der Jahrhundertwende jenes Gebiet war, das mit Namen bekannter Flugpioniere, wie Bleriot, Etrich und manche andere, verbunden ist. Wenn Sie sich für das Flugwesen interessieren, werden Sie auch im Wiener Neustädter Museum manche Schriften, Originale und

Nachbildungen finden, die beweisen, daß in dieser Stadt viele Menschen lebten, die mit den Fragen des Flugwesens ständig in Verbindung waren. Allerdings darf man nicht vergessen, daß die Fliegerei den Wiener Neustädtern auch manche böse Stunde gebracht hat, und wir wollen nur hoffen, wenn es wieder zu einem Flughafen in Wiener Neustadt kommen sollte, dann soll es ein Flughafen sein, der wirklich nur dem Frieden dient. Es soll keine Mutter mehr um ihre Kinder weinen und niemand mehr in einen Bunker flüchten oder in einem Keller sein Leben verlieren müssen, wie es im vergangenen Krieg der Fall gewesen ist. Dafür haben wir wahrlich kein Interesse. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn hier von der bedrohlichen Lage in Wiener Neustadt auf dem industriellen Sektor gesprochen wurde, dann darf ich daran erinnern, daß der Zusammenbruch der Banken unter dem seinerzeitigen Finanzminister Kienböck den Grundstock zur Arbeitslosigkeit gelegt hat, die nur durch die Kriegsindustrie unterbrochen wurde. Auch das muß hier festgestellt werden. Alles das hat sich zu einer Zeit zugetragen, als man in Österreich und im übrigen Europa von einem sogenannten Alpendollar gesprochen hat. Nichtsdestoweniger hat die Wiener Neustädter Bevölkerung in einer mustergültigen Weise gezeigt, daß sie imstande ist, ihre Stadt wieder aufzubauen, und durch die Mithilfe der Gemeindevertretung wieder das zu werden, was sie heute ist. Es sind neben der Wiedererrichtung einiger privater Betriebe eine Reihe anderer Arbeiten geschaffen worden, die für manche Frauen und Männer Arbeitsplätze geschaffen haben. Sie alle wissen ganz genau, daß das ganze östliche Österreich durch die Besatzung, die 10 Jahre gewährt hat, schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde. Es war eine große Tat, daß die bestandenen Betriebe gerettet werden konnten, und es ist jedem ernstern Wirtschaftler klar, daß es nicht möglich ist, Schäden, die ein Jahrzehnt oder länger zurückliegen, in kürzester Zeit wieder auf gleich zu bringen. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)* So sind die Dinge in Wirklichkeit.

Abschließend darf ich sagen, daß wir dem Antrag zustimmen, wir begrüßen ihn, aber wir Sozialisten werden keine übermäßig großen Hoffnungen daran knüpfen. Wir werden unsere Erwartungen auf das beschränken, was uns dieser Antrag eventuell wirklich bringen kann. Eine dauernde Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Wiener Neustadt durch die Errichtung eines Flughafens wird gewiß nicht möglich sein. Das wäre eine bewußte Irreführung der Bevölkerung, zu der sich Sozialisten nicht hergeben. Wir werden die Dinge so darstellen, wie sie wirklich sind. Ein Flughafenrestaurant zum Beispiel, wo einige Angestellte Arbeit finden und wo ein Wirt etwas

verdient, das bedeutet bei weitem noch nicht: Verminderung der Arbeitslosigkeit. So muß man die Dinge sehen und nicht anders. Das hätte ich abschließend zu dem Antrag zu sagen gehabt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter ABG. DIENBAUER *(Schlußwort)*: Ich verzichte und bitte um Annahme des gestellten Antrages.

PRÄSIDENT SASSMANN *(nach Abstimmung)*: A n g e n o m m e n.

Wie bereits angekündigt, stelle ich die im Gesundheitsausschuß am 17. April 1956 verabschiedete Vorlage, Zahl 229, noch auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung. *(Nach einer Pause.)* Keine Einwendung. Der Antrag liegt auf den Plätzen der Herren Abgeordneten auf, und ich ersuche den Herrn Abg. Marwan-Schlosser, die Verhandlung zur Zahl 229 einzuleiten.

Berichterstatter ABG. MARWAN-SCHLOSSER: Hohes Haus! Ich habe namens des Gesundheitsausschusses über den in der 11. Sitzung des Landtages eingebrachten Dringlichkeitsantrag der Abg. Staffa, Brachmann, Wenger, Czerny, Wiesmayr, Körner, Kuntner, Sigmund, Pettenauer, Gerhartl, Stoll, Tatzber, Anderl, Nimetz und Genossen, betreffend die uneingeschränkte Aufrechterhaltung des Betriebes am allgemeinen öffentlichen Landes-Krankenhaus in Speising, welcher in der Sitzung dem Gesundheitsausschuß zugewiesen wurde, zu berichten.

Der Gesundheitsausschuß hat sich in vielen Sitzungen mit diesem Problem beschäftigt und es wurden eingehende Erhebungen und Besichtigungen der einzelnen Anstalten durchgeführt. Nach all diesen Klärungen hat der Gesundheitsausschuß diesen Dringlichkeitsantrag in seiner Sitzung am 17. April 1956 abgelehnt.

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte zu eröffnen und die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abg. D u b o v s k y.

ABG. DUBOVSKY: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Während sich der Landtag zusammengefunden hat, um über die Frage zu beraten, ob die Krankenanstalt Speising, vor allem aber die Tuberkuloseabteilung dieser Anstalt, weitergeführt oder aufgelöst werden soll, wird zur gleichen Zeit ein Vertrag unterzeichnet, der bereits die Übergabe dieser Krankenanstalt vorsieht. So wurde es zumindest heute vormit-

tags den Pressevertretern bei der Besichtigung des orthopädischen Spitals mitgeteilt. Es ist dies wieder ein Beweis dafür, wie die ÖVP-Mehrheit der Landesregierung den Landtag mißachtet. Was soll man von einer Partei erwarten, die nicht einmal bereit ist, die Meinung der Abgeordneten anzuhören und entgegenzunehmen, sondern vor der Beratung der Abgeordneten über diese Angelegenheit einen Vertrag unterzeichnet und den Landtag vor vollzogene Tatsachen stellt? Man kann von dieser Partei nicht erwarten, daß sie die Meinung der Bevölkerung respektieren wird, wenn sie nicht einmal bereit ist, die Meinung der Abgeordneten entgegenzunehmen. Das ist der Gipfelpunkt dessen, wie die Behandlung Speising vor sich gegangen ist.

Zur Debatte steht heute der Dringlichkeitsantrag, der am 26. Jänner, also vor fast drei Monaten, hier im Landtag im Zusammenhang mit der Verhängung der Aufnahmesperre eingebracht wurde. Damals haben die Abgeordneten der ÖVP., die heute davon sprechen, daß der Staat vermenschlicht werden muß, scheinbar aus dieser Vermenschlichungsabsicht heraus, die dringliche Behandlung dieses für die Tbc-Kranken so entscheidenden Antrages abgelehnt. Es war vollkommen klar, daß mit der Ablehnung der Dringlichkeit das Manöver der Verschleppung der Behandlung dieses Antrages einsetzen wird. Der Gesundheitsausschuß ist zusammengetreten, ist auseinandergegangen, ist wieder zusammengetreten, wieder auseinandergegangen, ist noch einmal zusammengetreten, und ist wieder auseinandergegangen. Jedesmal hat man neue Gründe gefunden, um den Ausschuß zu vertagen, um möglichst lange Intervalle zwischen den Sitzungen zu erreichen, in der Hoffnung, daß durch die Verhängung der Aufnahmesperre seit 1. Februar des heurigen Jahres sich sozusagen die Tuberkuloseabteilung von selbst schließen wird. Gerade für heute wurde der Landtag einberufen, nachdem heute der letzte Kranke Speising verlassen hat. Wir Abgeordneten, die die Interessen der Bevölkerung zu vertreten haben, werden vor vollzogene Tatsachen gestellt, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entgegengesetzt sind. Hätten Sie in der Frage Speising eine Abstimmung durchgeführt, ich glaube — und Sie zweifeln selbst nicht daran —, daß mehr als 90 Prozent der Bevölkerung für die Weiterführung von Speising gewesen wären, weil die Bevölkerung ein anderes menschliches Empfinden hat, wie Sie, und weil die Bevölkerung draußen weiß, was das Speisinger Krankenhaus für die Tbc-Kranken bedeutet, um das man Jahrzehnte hindurch gekämpft hat, um eine zentrale Stelle für die Tbc-Bekämpfung zu bekommen. Sie können es in der Festschrift anlässlich der Eröffnung dieses Krankenhauses nachlesen — vom Landes-Sanitätsdirektor selbst festgestellt, der heute für die Schließung eintritt —,

was die Schaffung dieser zentralen Stelle für eine hervorragende Leistung des Landes ist und welche große Bedeutung sie für die ganze niederösterreichische Bevölkerung hat. Wir alle wissen, daß diese Zentralstelle notwendig gewesen ist, weil die überwiegende Zahl der niederösterreichischen Spitäler über keine eigenen Tbc-Abteilungen verfügt. Nur drei Spitäler, und zwar in St. Pölten, Wiener Neustadt und Mistelbach besitzen eigene Tbc-Abteilungen. Wenn Sie mit den Patienten in Speising draußen gesprochen hätten, dann hätten Sie sich ein Bild von den seelischen Leiden dieser so schwer kranken Menschen machen können, als sie erfuhren, daß sie in anderen Spitälern, wo es keine selbständigen Tbc-Abteilungen gibt, untergebracht werden. Sie haben immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß sie wegen der Ansteckungsgefahr der Tuberkulose von den übrigen Patienten und teilweise auch vom Personal wie Aussätze gemieden werden. Das Speisinger Krankenhaus war neben seiner Funktion als zentrale Stelle für die Tbc-Bekämpfung eine geschlossene Anstalt für Tuberkuloseerkrankte, sodaß die Patienten dort wirklich frei von allen seelischen Leiden sein konnten. Die Folge war, daß die niederösterreichischen Tuberkulosekranken gerne diese Anstalt aufgesucht haben, weil auch die entsprechenden Heilerfolge dort zu verzeichnen gewesen sind.

Diese Anstalt wird nunmehr oder — man kann schon sagen — wurde ohne Beschluß des Landtages auf kaltem Wege geschlossen. Nachdem man vor zwei Jahren noch die Zahl der Betten von 150 auf 190 erhöht hat, weil der Bedarf dafür vorhanden war, ist man jetzt auf einmal darauf gekommen, daß wir diese 190 Betten in Niederösterreich gar nicht mehr brauchen. Obwohl nach den Feststellungen der Weltgesundheitsorganisation und des Vorsitzenden der Gesellschaft zur Bekämpfung der Tuberkulose Dr. Frisch für einen an offener Tbc erkrankten Patienten ein Bett zur Verfügung stehen muß, haben wir in Niederösterreich, wo es ohne die Randgemeinden über 1000 an offener Tbc erkrankte Menschen gibt — durch die Randgemeinden erhöht sich diese Zahl ganz beträchtlich, weil sie besondere Tbc-Zentren sind —, einschließlich der 190 Speisinger Betten nicht einmal 500 Betten für diese an offener Tbc erkrankten Menschen zur Verfügung, das heißt, nicht einmal für die halbe Zahl. Und trotzdem wurden im Zeichen der „Vermenschlichung des Staates“ von dieser ohnedies zu geringen Bettenanzahl noch 190 Betten gestrichen. Denn Sie können die Dinge drehen und wenden, wie Sie wollen, herauskommt die Verminderung der Bettenanzahl. Es bedeutet nichts, wenn man jetzt sagt, in Grimmenstein stehen 60, später 100 Betten zur Verfügung, denn das sind ja bereits vorhandene Betten. Fragen Sie doch einen Tuberkulosekranken, wie viele Monate er warten muß, bis

er in einer Heilstätte unterkommen kann. Sie werden hören, daß nach der Spitalsbehandlung drei, vier Monate verstreichen müssen, bis er überhaupt einen Platz in einer Heilstätte findet, und daß er, wenn er keine Spitalsbehandlung gehabt hat, oft ein Jahr und länger warten muß, um in einer Heilstätte unterkommen zu können. Und trotzdem verringert man die Zahl der Betten. Wir alle wissen, daß die Tatsache, daß Österreich die meisten Fälle an rückfälligen Tbc-Kranken unter allen europäischen Ländern hat, darauf zurückzuführen ist — die namhaftesten Ärzte, zu denen ich den Sanitätsdirektor nicht dazu zähle, denn sonst hätte er nicht zu einer solchen Entscheidung kommen können, bestätigen es —, daß der Spital- und Heilstättenaufenthalt in Österreich viel zu kurz ist. Im Durchschnitt beträgt er nur 100 Tage, während er in Westdeutschland 150, in der Schweiz 300 und in Holland 400 Tage beträgt. Wenn es schon bis jetzt nicht möglich war, sofort in einer Heilstätte unterzukommen, weil zu wenig Betten vorhanden sind, oder in einem Spital aufgenommen zu werden, weil die Zahl der Betten ungenügend ist, so kann man sich vorstellen, wie lange dann die Wartezeiten sein werden, wenn wir nur einigermaßen die Behandlungszeiten anderer europäischer Länder erreichen wollen. Daß daher die Bettenanzahl nicht verringert werden soll, sondern zusätzliche Betten geschaffen werden müßten, ist klar.

Es wirft sich für uns die Frage auf, was hat jetzt mit diesen 190 Menschen zu geschehen, die in der letzten Zeit im Durchschnitt in der Speisinger Anstalt Heilung oder Besserung ihrer Krankheit gefunden haben. Einige wenige der Patienten sind in Wiener Spitälern untergekommen, aber nur ganz wenige, weil auch in Wien ein Mangel an Tbc-Betten ist und man auch hier normalerweise 3 bis 4 Wochen warten muß, um als Tuberkulose-Kranker ein Spitalbett zu erhalten. Ganze 17 spitalsbedürftige Tuberkulose-Kranke befinden sich derzeit in Grimmenstein. Einige sind in den ohnehin zu wenig Plätze aufweisenden niederösterreichischen Bezirksspitälern untergekommen, wo nur drei Fachärzte für Lungenkrankheiten vorhanden sind. Wie sich dort dieser Zustand auswirkt, das zeigt sich jetzt schon. Daß die Patienten in Speising nicht unrecht gehabt haben, beweist mir ein Bericht, den ich gestern aus Tulln erhalten habe, wo man im Landeskrankenhaus einige an offener Tbc erkrankte Menschen eingeliefert hat und wo bei den übrigen Patienten und teilweise auch unter dem Personal geradezu eine Angstpsychose vor der Ansteckungsgefahr entstanden ist, sodaß man die Tbc-Kranken nicht einmal mehr auf den Gang hinausgehen läßt. Man kann sich wohl vorstellen, wie es sich für die Heilung dieser schwerst Tbc-Kranken auswirken wird, wenn sie

spüren, daß sie von den anderen Patienten gemieden werden, daß sie ihnen ausweichen und ihnen nicht einmal auf den Gängen draußen begegnen möchten. Wo sind aber die übrigen von den 190 Tuberkulosekranken des Speisinger Krankenhauses? Sie sind unter uns, weil sie heute keine Möglichkeit haben, in einem Spital unterzukommen, und jeder von ihnen bildet daher — gegen seinen Willen — einen Ansteckungsherd für bisher noch gesunde Menschen. Das ist das Ergebnis der auf kaltem Wege durchgeführten Schließung der Speisinger Anstalt.

Wir müssen feststellen, daß in Niederösterreich die Zahl der Todesfälle bei den Tuberkulosekranken zurückgegangen ist, so wie in den anderen Bundesländern und den übrigen Ländern, weil durch den Fortschritt der medizinischen Wissenschaft die Todesanfälligkeit eingeschränkt wurde. Aber trotzdem, und das sollen wir uns vor Augen halten, hat Niederösterreich von allen Bundesländern außer Wien noch immer die höchste Todesziffer bei den Tuberkulosekranken zu verzeichnen. Es muß daher überlegt werden, ob es nicht aus menschlichen Gründen zweckmäßig wäre, die Weiterführung des Speisinger Krankenhauses ins Auge zu fassen und von der Unterzeichnung des Vertrages mit dem Orthopädischen Spital abzusehen. Wir haben nichts gegen das Orthopädische Spital, wir anerkennen die Leistungen und die Notwendigkeiten dieses Spitals. Wir wissen, daß es zwingend notwendig ist, dieses Spital von den unzulänglichen Unterkunfts-möglichkeiten, in denen es sich jetzt befindet, zu befreien. Aber wir lösen doch nicht diese Frage dadurch, daß wir ein Spital für Tuberkulosekranke zur Schließung bringen. Wir sind auch dafür, daß dem Orthopädischen Spital eine Subvention des Landes gegeben wird, damit es seinen Aufgaben nachkommen kann. Aber es muß eine offene und nicht eine verborgene, verschleierte Subvention sein. Der diesbezügliche Antrag müßte ungefähr so lauten: „Angesichts der Bedeutung dieses Orthopädischen Spitals erachtet es der Landtag von Niederösterreich für notwendig, dem Orthopädischen Spital eine Subvention zu geben.“ Wir werden für die Gewährung einer Subvention eintreten, obwohl das Orthopädische Spital keine niederösterreichische Anstalt ist. Aber wir sind da nicht so kleinlich. Ich sage das nur, weil man gerade bei Speising immer wieder als Argument für die Auflösung angeführt hat, daß das Speisinger Spital praktisch außerhalb Niederösterreichs liegt und daß dort auch andere als niederösterreichische Patienten untergebracht sind. Übrigens hat man auf einer Pressekonferenz versucht, mit richtigen Ziffern — ich unterstreiche mit „richtigen Ziffern“ —, die aus dem Zusammenhang gerissen wurden, etwas ganz anderes darzustellen, als in Niederösterreich auf dem Gebiete der Tuberkulosebekämpfung wirklich geschehen ist.

Es ist auch merkwürdig, daß die niederösterreichische Landesregierung zu einer Pressebesichtigung des Orthopädischen Spitals, also einer Anstalt einladet, die keine Landesanstalt ist. Diese Pressebesichtigung war sehr aufschlußreich, weil sie die Notwendigkeit der Unterbringung dieses Spitals ganz anders aufgezeigt hat. Die Ärzte haben nämlich dort erklärt, eine ideale Lösung stelle Speising für das Orthopädische Spital nicht dar, denn es werde nicht leicht sein, die jetzt im Orthopädischen Spital befindlichen 264 Patienten in Speising unterzubringen. Das Orthopädische Spital ist so stark frequentiert, daß auf Monate hinaus Vormerkungen aufliegen. Wäre es da nicht zweckmäßiger gewesen, wenn man dem Orthopädischen Spital durch Gewährung von öffentlichen Subventionen dazu verholfen hätte, das Spital der Kaufmännischen Angestellten, das von den Amerikanern ganz ausgeräumt wurde — es ist uns bekannt, daß dort alles erneuert werden muß —, zu erwerben. Auch die Ärzte sind der Meinung, daß dieses Spital weitaus besser geeignet wäre, als Speising. Damit hätte man die für Niederösterreich so wichtige Speisinger Anstalt weiterhin aufrecht erhalten können.

Sie haben ursprünglich erklärt — das ist ein weiterer Beweis, wie schlecht die ganze Argumentation, die ganze Begründung für die Auflösung von Speising ist —, Speising wird geschlossen. Dann haben Sie gesagt, Speising wird nach Grimmenstein verlegt. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß man bei Grimmenstein von keiner „Verlegung“ sprechen kann, weil damit keine Vermehrung der Spitalbetten verbunden ist. Man macht jetzt aus einer Anstalt zwei, und zwar die Anstalten in Grimmenstein und in Mödling, während man Jahrzehnte für die Zentralisierung der Tbc-Bekämpfung und -Behandlung gekämpft hat. Jetzt dezentralisiert man wieder, nachdem man in Speising über 26 Millionen Steuergelder investiert hat, die durch den Mietvertrag mit dem Orthopädischen Spital, der heute abgeschlossen werden soll, kaum rückvergütet werden. In Mödling ist die Situation so, daß 40 Betten für Tbc-Kranke zur Verfügung gestellt werden sollen. Aber diese Betten werden nicht zusätzlich bereitgestellt, sondern sie werden von anderen Krankenabteilungen des Mödlinger Krankenhauses, das heute schon einen Überbelag aufzuweisen hat, weggenommen. (*Abg. Stangler: Das ist vollkommen falsch! — Präsident Endl: Der Pavillon ist bis jetzt leergestanden!*) Es wurde ausdrücklich gesagt, eine Instandsetzung des Pavillons ist nicht vorgesehen, zuerst werden die 40 Betten zur Verfügung gestellt und der Pavillon kommt später daran.

Als weiterer Grund für die Schließung von Speising wurde „Sparsamkeit“ angegeben. Wir sind auch für Sparsamkeit, aber es gibt eine Reihe

von anderen Gebieten in Niederösterreich, wo sehr große Ersparungen durchgeführt werden könnten. Bei der Mißachtung des Landtages und der Behandlung der Abgeordneten durch die Landesregierung könnte man sich — meiner Meinung nach — $\frac{4}{5}$ der Bezüge der Abgeordneten ersparen. Der Rest wäre hinreichend genug für das, was man von den Abgeordneten erwartet, nämlich daß sie nur zur Kenntnis zu nehmen haben, was die Landesregierung anordnet. Hier wären also große Einsparungsmöglichkeiten vorhanden. Aber Ersparungen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens — und das wird sich sehr rasch herausstellen — muß man morgen mit einem Vielfachen an Zinsen zurückzahlen.

Wir sind auch dafür, daß man große Summen für die Bekämpfung der Rindertuberkulose aufwendet. Wir sind auch der Meinung, daß die hierfür veranschlagten Beträge noch zu gering sind, und daß die Rindertuberkulose wirklich bekämpft werden muß, weil sie auch eine Ansteckungsgefahr für die Menschen bedeutet. Ist es aber nicht ebenso wichtig, Beträge für die Bekämpfung der Tuberkulose der Menschen auszugeben? Soll das Vieh vielleicht mehr Geltung haben als der Mensch? Anders kann man das nicht ausdrücken, wenn man von der Schließung der Speisinger Tuberkulose-Abteilung hört.

Wir glauben nicht fehl zu gehen, daß die Schließung von Speising das Glied eines Konzeptes ist, die Ausgaben auf dem Gebiete des Gesundheitswesens, wenn es auch nicht im Programmpunkt der ÖVP steht, möglichst einzuschränken. Wir haben vor nicht allzu langer Zeit hier im Landtag die Auflösung der Kinderheilstätte Krems erfahren. Und nach dieser Auflösung haben wir Haßausbrüche gegen die Krankenkassen hier im Landtag erlebt. Wir haben immer wieder das „Nein“ zu den Forderungen gehört, daß das Land seinen Verpflichtungen nachkommen und $\frac{3}{8}$ der Krankenhaus-Defizite übernehmen soll. Und jetzt ist das Krankenhaus Speising daran, ein weiteres Glied in dieser Kette der volksfeindlichen, gesundheitsfeindlichen Maßnahmen, die hier durchgeführt werden. Wir wissen, was die Defizitfrage für die Spitäler zu bedeuten hat, welche enormen Einschränkungen notwendig waren, und welche enormen Hindernisse beim Ausbau der Spitäler den modernen medizinischen Erfordernissen entsprechend, sich ergeben haben. Man geht nicht fehl, wenn man diese ganze Kette vor sich sieht, daß man der Bevölkerung nur sagen kann: So schaut die Vermenschlichung des Staates aus, da erlebt ihr am Beispiel von Speising, wie die Vermenschlichung des Staates durchgeführt werden soll.

Dies alles war aber nur möglich, weil sich die ÖVP. in vielen Dingen der Unterstützung der sozialistischen Fraktion bewußt war. So erfreu-

lich die Stellungnahme der Sozialisten in der letzten Zeit zur Frage der Speisinger Anstalt gewesen ist, wo sie die Dinge richtig aufgezeigt haben, so kann man doch nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß die Auflösung der Kinderheilstätte Krems einhellig von beiden Regierungsparteien gemeinsam gegen unseren Antrag, Krems weiterzuführen, gestimmt haben. Man hat auch damals, so wie bei der Speisinger Anstalt, alle möglichen Ausreden gefunden, warum man die Kinderheilstätte in Krems auflösen muß. Man hat zum Beispiel die klimatischen Verhältnisse in Krems ins Treffen geführt, obwohl jeder Arzt heute bestätigt, daß man in der modernen Tbc-Bekämpfung vom Einfluß der klimatischen Verhältnisse abgeht, daß diese klimatischen Verhältnisse nur mehr für einige Fälle von Knochen-Tbc und von Nieren-Tbc entscheidend sind und daß man gerade bei chronischen Tbc-Fällen — wenn auch der Medizinalrat Haberzettl sein Haupt schüttelt, aber da gibt es Prominente, die das erklären und bestätigen —, von der Frage des Einflusses des Höhenklimas abgeht und sagt, daß das Klima in den Tallagen für die Bekämpfung dieser Krankheiten weitaus günstiger ist. (*Dritter Präsident Endl übernimmt den Vorsitz.*) Man hat uns sogar gesagt, Krems soll nur vorübergehend geschlossen werden, und das erinnert uns jetzt so verdammt an Speising. 4 Millionen Schilling waren schon im Budget für die Errichtung einer neuen Kinderheilstätte vorgesehen. Krems ist geschlossen worden, die 4 Millionen sind aber aus dem Budget verschwunden, und eine neue Kinderheilstätte wurde nicht errichtet. Wenn das bei Krems so war, warum soll es bei Speising anders werden? Warum soll es nicht auch hier so sein, daß man jetzt zum Zeitpunkte der Schließung der Speisinger Anstalt von der Errichtung von Ausweichmöglichkeiten spricht, um dann später nach den Wahlen auf kaltem Wege, so wie man jetzt das Krankenhaus Speising stillgelegt hat, auch diese Ausweichmöglichkeiten zum Erliegen zu bringen.

Die sozialistischen Kollegen sind nicht ganz frei von der Schuld bei der Sperrung der Krankenanstalt Speising. Ich erinnere an die vergangene Budgetberatung. Als von mir aufgezeigt wurde, daß die Kürzung des Gesundheitsbudgets — das muß ich dem Finanzreferenten zu Gute halten, auch er hat kein Hehl daraus gemacht — und der geringe Budgetansatz für Speising direkt die Liquidierung, die Sperrung der Tbc-Abteilung dieser Anstalt bedeutet, so hätten Sie (*zu den Sozialisten gewendet*) den Geist der Menschlichkeit über den Geist der Koalition triumphieren lassen sollen. Der Geist der Koalition hat aber den Sieg davongetragen, und daraus leitet sich der ganze Vorgang der Sperrung der Speisinger Anstalt ab. Es wäre doch die Möglichkeit gewesen, wenn Sie schon auf außerparla-

mentarische Kämpfe verzichten, hier im Landtag selbst den Kampf darum zu führen, daß diese Anstalt bestehen und damit den Kranken erhalten bleibt und darüber hinaus die Gefahr für die Gesunden vermindert wird.

Wir sehen also — und solche ähnliche Dinge könnte man noch fortsetzen —, wie sich die sozialistische Fraktion vom gesunden menschlichen Empfinden leiten lassen sollte, vor allem im Interesse der kleinen Leute, der Arbeiter, denn die Tuberkulose ist die Proletarierkrankheit geblieben, die sie war. Man soll diese Verpflichtung, die wir gegenüber den Arbeitern haben, nicht durch den Geist der Koalition durchbrechen lassen, denn sonst wird es auch in Zukunft so weitergehen, daß die Kette des Kampfes der Volkspartei gegen die Einrichtungen der Volksgesundheit weiter fortgesetzt wird. Niederösterreich braucht dringender als jedes andere Bundesland — schauen Sie sich nur die Statistiken an — einschneidende, radikale Maßnahmen zur Hebung der Gesundheit, aber nicht mit den Worten „den Staat vermenschlichen“, wie sie vor den Wahlen gesagt wurden, sondern mit Taten. Daß man menschlich handelt, diesen Nachweis vor den Wahlen zu erbringen, das wäre die Aufgabe der ÖVP-Fraktion gewesen! Sie haben uns aber das Gegenteil bewiesen, Sie haben gezeigt, wo für Sie die Vermenschlichung des Staates beginnt: Dort, wo der Profit anfängt, dort aber wo man keinen Profit herauschinden kann, hört die Menschlichkeit auf.

Gegen diese Methoden, die undemokratisch sind, die einer Mißachtung des Landtages gleichkommen, und die der Volksgesundheit in Niederösterreich schwersten Schaden zufügen, muß man auftreten, gegen sie Stellung nehmen und auch dagegen stimmen.

DRITTER PRÄSIDENT ENDL: Zum Wort gelangt der Herr Abg. Staffa.

ABG. STAFFA: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Das Hohe Haus hat sich heute mit einem Antrag der sozialistischen Fraktion zu beschäftigen, der am 26. Jänner dieses Jahres gestellt wurde und zum Inhalt hatte, die Anstalt in Speising und hauptsächlich die dortige Tbc-Abteilung uneingeschränkt aufrechtzuerhalten und die dazu erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Herr Berichterstatter hat sich seine Aufgabe ziemlich leicht gemacht. Er hat hier dem Hohen Hause mitgeteilt, daß ein solcher Antrag vorliege, und seine Ablehnung empfohlen. Er hat es nicht der Mühe wert gefunden, auch nur ein einziges Wort der Begründung zu sagen, warum der Hohe Landtag einen solchen Antrag ablehnen soll. Und so ist es anscheinend nicht nur bei dem Herrn Berichterstatter, sondern so ist es offenbar bei dem größten

Teil der Abgeordneten der Mehrheitspartei. Diese haben ja keine eigene Meinung hier zum Ausdruck zu bringen, sie dürfen ja nicht hier ihre eigene Menschlichkeit zeigen, sondern sie haben hier den Befehl des Herrn Landesrates Müllner entgegenzunehmen und diesem Befehl zu gehorchen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Und weil es der Herr Landesrat Müllner so wünscht, mußten die Tbc-Kranken aus Speising weichen. Ob es mit der Menschlichkeit aller ÖVP.-Abgeordneten vereinbar ist oder nicht, stand dabei nicht zur Diskussion.

Der Herr Berichterstatter Abg. Marwan-Schlösser scheint ja überhaupt in Ihren Reihen eine vielseitige Aufgabe zu haben und übertragen bekommen zu haben. (*Abg. Hainisch: Ein tüchtiger Abgeordneter!*) Während er vor ganz kurzer Zeit, vor einer Stunde ungefähr, hier stand, um förmlich leidenschaftlich die Sozialisten anzuklagen, weil sie nach seiner Meinung zu wenig für den Wiederaufbau von Wiener Neustadt und der Wirtschaft dieser Stadt getan hätten, ist er jetzt beauftragt, dafür einzutreten, eine für die Volksgesundheit dieses Landes wichtige soziale Einrichtung zu zerschlagen. (*Landesrat Brachmann: So ist es!*) Sie sehen, daß in Ihren Reihen ziemliche Künstler auf diesem Gebiet vorhanden sind.

Aber ich möchte mich, ehe ich auf das Eigentliche eingehe, doch auch mit den Ausführungen meines geschätzten Vorredners, des Herrn Abg. Dubovsky, kurz beschäftigen. Der Herr Abg. Dubovsky hat hier wunderbare Worte für die Menschlichkeit gefunden und hier mit großem Pathos und mit Recht verlangt, daß gerade auf dem Gebiete der Sorge für die Volksgesundheit nicht der Profit, sondern die Menschlichkeit maßgebend sein soll. Aber, Herr Abg. Dubovsky, wäre es nicht auch gut, dafür zu sorgen, daß die Menschlichkeit an unseren Grenzen beim Eisernen Vorhang zum Ausdruck kommt, wo bereits eine ganze Anzahl von Menschen den dort gelegten Minen zum Opfer gefallen sind? Ob das mit der von Ihnen hier vorgetragenen Menschlichkeit vereinbar ist, und ob das ein Zeichen der Menschlichkeit ist, das zu beurteilen möchte ich dem Herrn Abg. Dubovsky überlassen, der ja diese Dinge genauso überzeugend vertritt, wie er hier die Menschlichkeit in Niederösterreich im Falle Speising vertreten hat.

Überdies hat der Herr Abg. Dubovsky auf die Kinderheilstätte in Krems hingewiesen und gesagt, daß zwar ein Betrag von 4 Millionen Schilling im Voranschlag für die Errichtung einer neuen Anstalt enthalten war, daß diese 4 Millionen Schilling nicht verwendet wurden und Krems trotzdem geschlossen wurde. Vielleicht darf ich doch den Herrn Abg. Dubovsky daran erinnern, daß diese im Voranschlag vorgesehenen 4 Millionen Schilling mit Zustimmung des Landtages

von Niederösterreich dazu verwendet wurden, die Villa Anna am Semmering und die Villa Radetzky in Mödling anzukaufen, um dort in diesen beiden Projekten Ersatzunterbringungsmöglichkeiten für das aufgelassene Kremser Institut zu schaffen. (*Abg. Dubovsky: Das stimmt nicht, weil das keine Heilstätten sind. Wohl gemerkt, das sind Kinderheime und keine Heilstätten!*) Diese beiden Objekte wurden angekauft, und zumindest eines von ihnen zu dem Zweck, um dort diejenigen Patienten unterzubringen, die in Krems keinen Platz finden.

Nun zur Beratung des Gesundheitsbudgets im vergangenen Dezember. Hier finden sich ja wieder einmal zwei sonst nicht verwandte Seelen. Auch der Herr Landesrat Müllner schlägt ja in die gleiche Kerbe, in die der Herr Abg. Dubovsky schlägt. Hier gibt es ja wieder einmal das schöne und beliebte Zusammenspiel. Auch der Landesrat Müllner behauptet, die Sozialisten seien doch, wenn schon nicht allein, so doch mindestens mit-schuldig an der Auflösung von Speising. Der Hohe Landtag — so hat er noch vor zwei Tagen im Gesundheitsausschuß erklärt — habe ihm ja die Mittel für Speising nicht zur Verfügung gestellt, und daher mußte mit der Schließung vorgegangen werden. Vielleicht darf ich daran erinnern, daß bei der Budgetberatung der zuständige Referent für das Gesundheitswesen, Herr Landesrat Brachmann, die notwendigen Beträge für Speising angefordert hat, daß sie auch von der sozialistischen Fraktion beantragt wurden, und daß es der Herr Abg. Scherrer von der Volkspartei war, der beantragt hat, den Ansatz für Speising nicht nur nicht zu erhöhen, sondern zu kürzen und daß diese Kürzung nur mit den Stimmen der Volkspartei-abgeordneten angenommen wurde. Die Sozialisten haben also einer solchen Kürzung niemals die Zustimmung gegeben. Wir haben wohl dem Gesamtbudget zugestimmt, weil wir verhindern wollten, daß die Angestellten des Landes Niederösterreich am 1. Jänner keine Gehälter erhalten können. Niemals aber haben wir den Herrn Landesrat Müllner ermächtigt, die Speisinger Anstalt oder sonst irgendeine andere Anstalt zu schließen. (*Abg. Pospischil: Aber dem Budget des Gesundheitswesens habt ihr zugestimmt!*) Wir haben dem Gesamtbudget zugestimmt, niemals aber einer Kürzung!

Nun darf ich vielleicht noch einiges darüber sagen, wie die Mehrheit dieses Hauses diesen unseren Antrag überhaupt behandelt hat. Als wir diesen unseren Antrag am 26. Jänner als Dringlichkeitsantrag eingebracht haben, wurde die Frage der Volksgesundheit von der ÖVP. für nicht so notwendig und dringlich erachtet und daher die Dringlichkeit abgelehnt, und der Antrag dem Gesundheitsausschuß zur geschäfts-

ordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen. Am 2. Februar fand eine Sitzung des Gesundheitsausschusses statt, bei der als erster Redner von der Österreichischen Volkspartei der Abg. Hilgarth einen Vertagungsantrag eingebracht hat. (*Abg. Hilgarth: Moment, ich bin ja gar nicht Mitglied dieses Ausschusses, ich konnte daher dort nicht reden!*) Dann ist es eine Namensverwechslung, entschuldigen Sie, Herr Abg. Hilgarth, aber ein Abgeordneter der Volkspartei hat einen Vertagungsantrag eingebracht. Und als dann die Sozialisten darauf aufmerksam gemacht haben, daß der Ausschuß gar nicht geschäftsordnungsmäßig einberufen wurde, das heißt, daß nicht alle Einzuladenden eingeladen wurden, hat der Obmann dieses Ausschusses diese Feststellung sofort dazu benützt, um die Sitzung zu schließen. Am nächsten Tag konnte man dann im „Kleinen Volksblatt“ lesen: Es waren und es sind die Sozialisten daran schuld, daß die Erledigung dieses Antrages um eine weitere Woche verzögert wird. Seit dem 2. Februar ist mehr als eine Woche vergangen, bis der Obmann den Ausschuß neuerlich einberufen hat. Der neuerliche Sitzungstermin wurde dann wieder verschoben, weil der Herr Sanitätsdirektor Dr. Stremnitzer, der zur Auskunftserteilung benötigt wurde, angeblich oder wirklich krank gewesen ist. Es ist überhaupt interessant, daß der Herr Sanitätsdirektor während der ganzen Zeit, als der Fall Speising zur Behandlung stand, nur ein einzigesmal, und da erst auf wiederholtes Verlangen, im Gesundheitsausschuß erschienen ist und sehr unvollständige Auskünfte erteilt hat. Er war weder vorgestern in der Sitzung des Gesundheitsausschusses, noch ist er heute in der Sitzung des Hohen Hauses, obwohl er als der beamtete Referent für diesen Fall zuständig ist. Dann wurde der Ausschuß ein drittesmal vertagt, weil man vorher eine Besichtigungsfahrt nach Grimmenstein unternehmen wollte. Die Mitglieder des Ausschusses haben sich nämlich darauf geeinigt, bevor sie zu einer Entscheidung kommen und ihre Stimmen in einer so schwerwiegenden Angelegenheit abgeben, nach Grimmenstein zu fahren, um diese Anstalt zu besichtigen. Der Gesundheitsausschuß ist zu diesem Zweck am 28. Februar nach Grimmenstein gefahren, und zwar nachmittags. Am gleichen 28. Februar, vormittags um 10 Uhr, wurde in der Landesregierung folgendes beschlossen (*liest*): „Über Vorschlag des Landessanitätsrates von Niederösterreich wird der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz für ihre Lungenheilstätte Grimmenstein das Öffentlichkeitsrecht und das Recht auf Führung einer Sonderabteilung für spitalsbedürftige Tbc-Kranke gemäß § 4 des Krankenanstaltengesetzes erteilt. Das Landesamt VII/3 wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit

dem Landesamt VII/4 und der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz das Weitere, insbesondere hinsichtlich des Titels, des Belages und der für die Spitalsabteilung zur Verfügung zu stellenden Baulichkeiten dieser Heilstätte, zu veranlassen.“ Vormittag hat die Landesregierung dies beschlossen, und nach dieser Entscheidung, am Nachmittag, ist der Gesundheitsausschuß nach Grimmenstein gefahren, um die dortige Anstalt zu besichtigen und vielleicht dann Ja sagen zu dürfen. So ist die Behandlung des Landtages von Seite der Mehrheit gedacht. Aber noch nicht genug damit. Weil ja gut Ding Weile braucht, und weil man Fragen, die für die Volksgesundheit sehr wichtig sind, genau überprüfen und untersuchen soll, ist man im Gesundheitsausschuß auch noch zu der Meinung gekommen, daß darüber hinaus auch noch der Finanzkontrollausschuß Speising, Grimmenstein, Mödling, ja unter Umständen auch Tulln, einer Einschau unterziehen sollte, um dem Gesundheitsausschuß einen Bericht des Finanzkontrollausschusses vorzulegen. Was glauben Sie, was man da erlebt hat! Am 6. März vormittags wurde in der Regierungssitzung mit den Stimmen der Mehrheit die Errichtung einer Tbc-Abteilung in Mödling beschlossen. Und am 6. März Nachmittag fuhr der Finanzkontrollausschuß zu einer Einschau nach Grimmenstein. Das gleiche Spiel wie eine Woche vorher wurde hier wieder getrieben. Vormittag der Beschluß, Nachmittag, nachdem die Entscheidung bereits gefallen war, durften die Mitglieder des Finanzkontrollausschusses dieses Hohen Hauses auch noch eine Besichtigung durchführen. Und heute darf der Hohe Landtag, das wurde schon einmal ausgeführt, auch noch zu dem Antrag vom 26. Jänner Stellung nehmen. Es befindet sich nun kein einziger Patient mehr in Speising, weder in der Tbc-Abteilung, noch in der gynäkologischen Abteilung. Auf kaltem Wege, wie ausgeführt, wurde diese Anstalt liquidiert, zum Schaden der kranken Bevölkerung Niederösterreichs (*Abg. Stangler: Wo ist der Schaden?*) und nur zur Befriedigung des Machtbedürfnisses eines einzigen Regierungsmitgliedes dieses Landes.

Nun darf ich vielleicht noch einiges zu der Absicht sagen, die Krankenanstalt in Speising dem Orden, der das Orthopädische Spital in Wien führt, zur Verfügung zu stellen. Auch wir Sozialisten stehen auf dem Standpunkt, wenn das Orthopädische Spital unzweckmäßig und unzulänglich untergebracht ist, dann ist es selbstverständlich, daß die zuständigen Stellen für eine anständige Unterbringungsmöglichkeit sorgen sollen. Ich frage nur, welche Verpflichtung das Land Niederösterreich hat, der privaten Krankenhausverwaltung einer in Wien befindlichen Institution (*Abg. Stangler: Das*

hätte auch die Gemeinde Wien machen können!) eine aus Landesmitteln errichtete Anstalt zur Verfügung zu stellen. Bis jetzt ist uns der Herr Landesrat Müllner die Antwort darauf schuldig geblieben, wie und in welcher Form er gedenkt, die in Speising investierten 26 Millionen Schilling von diesem geistlichen Orden hereinzubringen. Wenn man argumentiert, daß die TBC-Abteilung deswegen aufgelassen werden muß, weil sie sich nicht in Niederösterreich, sondern auf dem Gebiete eines anderen Bundeslandes befindet, dann muß ich mich fragen, was haben wir mit einer Institution, mit einem privaten geistlichen Orden zu tun, der seinen Sitz in Wien und nicht in Niederösterreich hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn ich mich mit dem Argument beschäftige, daß sich im Landeskrankenhaus Speising Wiener als Patienten befinden und die Anstalt auf Wiener Boden steht, dann darf ich wohl aufmerksam machen, daß sich weit mehr niederösterreichische Patienten in Wiener Krankenanstalten befinden als umgekehrt. Ich darf aber auch darauf aufmerksam machen, daß sich der Sitz der Landesregierung von Niederösterreich leider auf dem Gebiete eines anderen Bundeslandes befindet und daß der Sitz der Newag nicht in Niederösterreich, sondern in einem anderen Bundesland ist. *(Landesrat Müllner: Auch die Arbeiterkammer!)* Auch die Arbeiterkammer und die Wirtschaftskammer! Aber ich spreche jetzt, Herr Landesrat Müllner, nur von Landeseinrichtungen, und Sie können nicht bestreiten, daß die Newag eine Landesgesellschaft ist. Ich darf dazu noch aufmerksam machen, daß die Niogas ebenfalls ihren Sitz nicht in Niederösterreich, sondern in Wien, also in einem anderen Bundesland, hat. Wenn Sie also konsequent sind, dann gehen Sie mit allen diesen Einrichtungen von Wien weg, verlegen Sie den Sitz aller dieser Einrichtungen nach Niederösterreich und verbleiben Sie nicht in einem anderen Bundesland. *(Landesrat Müllner: Nur Geduld! — Heiterkeit bei der ÖVP. — Landeshauptmannstellvertreter Popp: Mit den Milliarden, die wir haben!)* Herr Landesrat, ich weiß nicht, welche Absichten Sie haben; es ist ja nicht ausgeschlossen, daß Sie daran denken, vielleicht den Sitz der Landesregierung nach Moskau zu verlegen, wenn Sie die 800 Millionen Schilling-Anleihe bekommen. *(Landesrat Müllner: Dort würden Sie hinpassen!)* Ich weiß es nicht, aber ich bin überzeugt, Herr Landesrat Müllner, daß ich in Moskau mehr gefährdet wäre, als Sie! *(Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Laferl: Der Waldbrunner auch? — Abg. Wondrak: Das ist ein Waldbrunner-Koller bei euch!)*

Ich möchte noch einiges zu der Frage sagen, warum die Anstalt in Speising jetzt auf einmal

geschlossen werden mußte. Eines der Argumente ist, das hat der Herr Abg. Dubovsky schon ausgeführt, daß sie angeblich von Jahr zu Jahr mit einem Defizit abschließt und daher geschlossen werden muß. Ich bitte die Herren, mir eine einzige Krankenanstalt in Österreich zu zeigen, die nicht mit einem Defizit abschließt. *(Abg. Stangler: Grimmenstein! — Ruf bei der ÖVP.: Mistelbach!)* Es gibt in ganz Österreich keine Krankenanstalt, die kein Defizit hat, und es ist auch selbstverständlich, daß die Volksgesundheit kein Geschäft sein kann, sondern ganz einfach eine soziale Notwendigkeit bedeutet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich habe vor mir eine Wahlzeitung der ÖVP. aus dem Jahre 1954, also nicht eine Zeitung, die aus dem Jahre 1948 stammt, wo man noch sagen konnte, damals waren Kriegswirren, sondern vom 4. August 1954, herausgegeben anlässlich der letzten Wahl zum niederösterreichischen Landtag. Und da kann ich unter der Überschrift „Tuberkulosebekämpfung in Niederösterreich“ folgendes lesen *(liest)*: „Die Heilstätten Grimmenstein und Strengberg waren größtenteils zerstört und hatten außerdem ihre ärztliche Einrichtung fast völlig eingebüßt. Ähnlich war die Lage in vielen anderen öffentlichen Krankenhäusern Niederösterreichs. Die Krankenanstalten und Heilstätten waren ständig überfüllt und die Einweisung eines Tuberkulose-Kranken äußerst schwierig. Das Land Niederösterreich hat daher das Landes-Krankenhaus Wien-Speising mit einer modernst eingerichteten Tuberkulose-Abteilung geschaffen.“

Im Jahre 1954, vor den Landtagswahlen, war es also noch ein Erfolg der ÖVP., im Jahre 1955 mußte die gleiche Anstalt, die damals Ihr Erfolg war, abgeschrieben werden.

Dann kommt der Herr Landesrat Müllner und spricht auf einer Tagung des Arbeiter- und Angestelltenbundes mit erhobenem Finger *(Heiterkeit bei der ÖVP. — Landesrat Müllner: Das habt ihr gesehen? — Landesrat Brachmann: Lustig ist das? Die Herren belustigen sich noch darüber!)* von der sachlichen Arbeit des Landtages und warnt die Sozialisten davor, die nächste Sitzung des Landtages am kommenden Donnerstag für Wahlpropaganda zu mißbrauchen. Was haben Sie im Jahre 1954 getan und was tun Sie jetzt, und was hat der Herr Marwan-Schlosser vor ungefähr eineinhalb Stunden getan? Das war alles andere als eine Rede für den Flughafen von Wiener Neustadt, das war eine Wahlrede für die kommende Nationalratswahl, die er ja als erster Kandidat ablegen mußte. *(Abg. Stangler: Blumenreich!)* Sagen wir lieber stillblütenreich! *(Ruf bei der ÖVP.: Was machen Sie jetzt?)* Ich versuche die Aufrechterhaltung der Speisinger Anstalt zu verteidigen. Jedenfalls

mache ich keinen so ungeschickten Eindruck wie der Abg. Stangler.

Sie argumentieren auch, daß die Auffassung deswegen notwendig sei, weil in Speising noch verschiedene Investitionen notwendig wären und die dazu erforderlichen Gelder nicht mehr aufzutreiben sind. Wir haben heute im Einlauf dieses Hohen Hauses ein Nachtragsbudget gehabt. Vorgestern haben wir zur Kenntnis genommen, daß der letzte Patient aus den beiden Abteilungen in Speising bereits die Anstalt verlassen hat. Aber in der heute eingebrachten Vorlage sind 1,5 Millionen Schilling für den Ausbau der Zentralheizung in der Speisinger Anstalt enthalten. Wenn Sie die Anstalt ohnehin nicht brauchen, warum dann noch investieren? Sie sehen also, daß Ihre Argumentation falsch war. Sie können die Anstalt Speising nicht vollständig schließen, Sie werden also dort die notwendigen Investitionen nach wie vor durchführen müssen, unbekümmert darum, ob Sie die Tbc-Kranken jetzt ihrem Schicksal überlassen oder ob Sie sie weiter aufgenommen oder gesund gepflegt hätten. *(Landesrat Müllner: Das ist keine Wahlrede?)* Das ist keine Wahlrede, das ist ein Kampf um die Gesundheit der Tbc-Kranken. Aber natürlich, wenn man so herzlos, wenn man so grausam ist und so wenig Gefühl hat wie ein Herr Landesrat Müllner, dann kann man die Verteidigung der Tbc-Kranken und die Sorge für sie nur als eine Wahlpropaganda betrachten. Es ist ja der Gipfelpunkt der Gefühllosigkeit, wenn Herr Landesrat Müllner im Gesundheitsausschuß auf eine Frage, wohin die Patienten von Speising hingekommen sind, zynisch lächelnd erklärt hat: Sie sind wahrscheinlich auf Grund der durchgeführten Demonstrationen so rasch gesund geworden. Es ist ein Hohn für die Tbc-Erkrankten, was Sie sich hier geleistet haben! Nehmen Sie das zur Kenntnis, Herr Landesrat Müllner. Ob es Ihnen paßt oder nicht, ob Sie mit dem Finger drohen oder nicht, wir werden dafür sorgen, daß das Volk Ihre zynische Einstellung zu den Tbc-Kranken reichlich genug und reichlich oft erfahren wird. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe des Landesrates Müllner und des Abg. Stangler.)*

Aber nicht nur, daß man im Jahre 1954 der Ansicht war, daß die Errichtung des Krankenhauses in Speising ein Erfolg ist, auch im Jahre 1948, als diese Anstalt errichtet wurde, hat es in der ÖVP. Männer gegeben, die der Meinung waren, daß diese Anstalt wirklich zweckentsprechend und notwendig ist. In der damals herausgegebenen Festschrift der Landesregierung von Niederösterreich lese ich unter der Überschrift „Durch Freundeshilfe“ einen Beitrag des Herrn Landeshauptmannes Steinböck. Er schreibt hier *(liest)*: „... Und so

wie es nach dem ersten Weltkrieg gewesen ist, so war es auch nach Beendigung des zweiten. Wieder fanden sich ehrliche Freunde, die sich beeilten, dem österreichischen Volk in Not und Leid beizustehen und in echter christlicher Hilfsbereitschaft sich vor allem unserer Kinder und Kranken annahmen. Ein bleibendes Zeugnis dieser vorbildlichen Hilfsbereitschaft wird das neue niederösterreichische Landes-Krankenhaus in Wien-Speising sein, dessen Errichtung wir zum großen Teil unseren Freunden aus Schweden verdanken.“ *(Ruf bei der ÖVP.: Das Göteborghaus. — Eine frische Lüge!)* Hier steht etwas von einem bleibenden Zeugnis des Landes-Krankenhauses in Wien-Speising. Es ist der gleiche Herr Landeshauptmann Steinböck, unter dessen Verantwortung dieses bleibende Zeugnis aufgelöst wurde; es ist der gleiche Herr Landeshauptmann Steinböck, der dafür sorgt, daß es ein bleibendes Zeugnis der Schande für Niederösterreich ist, daß eine Anstalt und eine Tbc-Abteilung, die zum Teil mit ausländischer Hilfe eingerichtet worden ist . . . *(Landesrat Müllner: Wieder eine Lüge! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Es ist ein bleibendes Zeugnis der niederösterreichischen Schande, daß eine Anstalt, die mit ausländischer Hilfe errichtet wurde, ganz einfach auf kaltem Wege liquidiert wurde. *(Beifall bei der SPÖ. — Widerspruch bei der ÖVP. — Allgemeine Unruhe.)*

(Präsident Sassmann übernimmt den Vorsitz.) Aber nicht nur der Herr Landeshauptmann, sondern auch der Herr Landessanitätsdirektor Dr. Stremnitzer war im Jahre 1948 einer anderen Ansicht, als heute. Auch von ihm wurde damals ein Beitrag für diese Festschrift geliefert, und er schrieb damals unter anderem *(liest)*:

„Schon vor dem zweiten Weltkrieg erwog die niederösterreichische Landesregierung den Bau einer größeren Krankenanstalt in der Nähe Wiens.“ — Und es war keine Rede davon, daß die nächste Umgebung von Wien etwa Grimmenstein sein soll! — *(Liest weiter)*: „Viele Patienten aus Niederösterreich fanden in den Wiener Spitälern keine Aufnahme, und wenn, dann mußten sie oft das Doppelte jener Verpflegungsgebühren bezahlen, die in den niederösterreichischen Spitälern üblich waren.“

Er schreibt unter anderem weiter *(liest)*: „Als der Ansturm der akuten Infektionskrankheiten im Jahre 1946 abebbte, rückte bald die Volkskrankheit Tuberkulose an erste Stelle und gab zu schweren Besorgnissen Anlaß. Die Lungenheilstätten Alland, Strengberg und Buchenbergheim waren durch den Krieg ausgefallen. Die einzige Tbc-Station im Lande Niederösterreich im allgemeinen öffentlichen Krankenhaus in Wiener Neustadt war völlig zerbombt. In den übrigen Spitälern im Lande standen nur insge-

samt 197 Tbc-Betten zur Verfügung. In Wien waren Tbc-Betten, obwohl die Heilstätte Baumgartnerhöhe sehr stark ausgebaut wurde, oft sogar nicht einmal für dringende Erkrankungsfälle aufzutreiben. Es kam wiederholt vor, daß Patienten aus Niederösterreich eine Reihe von Wiener Spitälern aufsuchten, ohne Aufnahme zu finden. Eine Reihenuntersuchung im Jahre 1947 in Stockerau ließ ungefähr ermitteln, wie groß die Zahl der Tbc-Kranken in Niederösterreich sein wird. Die Untersuchungen ließen darauf schließen, daß im Lande etwa 12.000 Fälle behandlungsbedürftig sind, von denen bisher nur ein Bruchteil bekannt war. Mit der Intensivierung des Betriebes der Tbc-Fürsorgestellen konnte mittlerweile der Gesundheitszustand eines großen Teiles der niederösterreichischen Bevölkerung überprüft und festgestellt werden, daß die Tbc außerordentlich stark verbreitet ist. Die Einrichtung eines Landesspitals wurde von Landesrat Schneidmadl nach Besichtigung der Objekte in der Speisingerstraße durch alle Regierungsmitglieder am 16. April 1947 in einer Regierungssitzung beantragt. Der Landtag von Niederösterreich, der am Nachmittag desselben Tages tagte, hat diesen Antrag einstimmig zum Beschluß erhoben. In gleicher Weise hat der nö. Landessanitätsrat auch positiv zu diesem Projekt Stellung genommen. So erfolgte für die Baulichkeiten der Speisingerstraße eine endgültige Zweckbestimmung.“ — Sie haben dafür gesorgt, daß Sie diese „endgültige Zweckbestimmung“ jetzt liquidiert haben!

Es heißt dann weiter (*liest*): „Seit Professor Forlanini im Jahre 1902 in Rom zum erstenmal das Prinzip der Ruhigstellung der erkrankten Lunge der medizinischen Welt verkündete, wurde vor allem in der Nachkriegszeit diese Therapie in steigendem Maße in allen ihren Formen immer mehr zur Anwendung gebracht. Sie umfaßt alle Operationen am Brustkorb — von der Lufteinblasung in die Pleurahöhle bis zur Entknochung des Brustkorbes — mit dem Ziele, die erkrankte Lunge ruhig zu stellen und dem Organismus Gelegenheit zur Ausheilung des Infektes zu geben. In Wien hat vor allem die Schule Professor Neumann weit über die Grenzen Österreichs hinaus durch Arbeiten auf diesem Gebiete einen guten Ruf erworben. Es war daher naheliegend, eine Station zu schaffen, wo diese aktive Therapie besonders betrieben werden kann. Diesem Zweck wurde der rechte Trakt des Hauses in der Speisingerstraße, der nach seiner Vollendung nach den Plänen der Baudirektion Raum für 250 Betten haben wird, gewidmet.“

Und so könnte ich Ihnen diese Vorlesung eine ganze Zeit hindurch fortsetzen und Ihnen

damit beweisen, daß sich das Gutachten und die Einstellung des Herrn Landessanitätsdirektors einige Male gewandelt hat. Der Mann dürfte überhaupt ein sehr wandlungsfähiger Herr sein.

Und nun möchte ich zum Abschluß kommen. Es wird hier die Argumentation vorgebracht, daß man die Speisinger Anstalt nicht aufgelassen, sondern nur verlegt habe. Der Herr Abg. Dubovsky hat Ihnen schon gesagt, daß das nicht stimmt, denn alle Ersatzprojekte, die hier aufgetaucht sind, bieten nicht die Bettenanzahl, die in Speising zur Verfügung stand. Sie werden auch nicht bestreiten können, daß alles, was in Mödling derzeit besteht, kein Ersatz für die Einrichtungen in Speising ist, und daß, wenn Sie in Mödling überhaupt einen entsprechenden Ersatz schaffen sollten oder möchten, das einen ungeheuren Betrag an Investitionen erfordern wird, den wir bereits in Speising einmal aufgewendet haben und uns wahrscheinlich ein zweites Mal hätten ersparen können, wenn wir bei Speising geblieben und nicht nach Mödling gegangen wären.

Nun zu Grimmenstein. Natürlich ist es möglich, in Grimmenstein einen Teil der Patienten, die in Speising waren, aufzunehmen. Sicherlich ist diese Anstalt in der Lage, einen Teil dieser Patienten in Spitalsbehandlung zu übernehmen und dort einer Heilung zuzuführen, aber ebenfalls nur einen Teil und nicht alle Patienten aus Speising. Wenn Sie von einer zentralen Bekämpfungsanstalt der Tbc sprechen, dann kann ich nur sagen, Sie haben die Zentrale zerschlagen. Ob ausgerechnet Grimmenstein der zentralst gelegene Punkt von Niederösterreich ist, das zu beurteilen muß man schon der niederösterreichischen Bevölkerung überlassen. Ich glaube nicht, daß Sie es mit allen Ihren Überzeugungskünsten imstande sein werden, den Wählern beizubringen, daß Grimmenstein die Zentrale von Niederösterreich sein könne. (*Ruf bei der ÖVP.: Braucht es auch nicht zu sein!*) Im übrigen aber möchte ich darauf hinweisen, daß im Gesundheitsausschuß behauptet wurde, daß man in Grimmenstein zur Not hundert Betten — zur Not! — für die Tbc-Kranken zur Verfügung stellen können. Darf ich darauf aufmerksam machen, daß das wieder in einem nicht landeseigenen Objekt ist, denn in dem landeseigenen Pavillon werden sie nicht alle hundert Betten unterbringen können. Der zweite dafür vorgesehene Pavillon ist nicht Landeseigentum. Der Landes pavillon ist zwar grundbücherliches Eigentum des Landes, befindet sich jedoch derzeit vertraglich im Besitz des Roten Kreuzes Niederösterreich, und das Rote Kreuz hat die Verpflichtung, eine bestimmte Anzahl von Betten auf Verlangen dem Lande zur Verfügung

zu stellen. Nicht weniger, aber auch nicht mehr stehen uns in Grimmenstein zur Verfügung.

Auf eine Anfrage im Gesundheitsausschuß, ob man glaubt, den derzeit in Grimmenstein geltenden täglichen Verpflegungssatz halten zu können, ist man uns die Antwort schuldig geblieben. Wir bezweifeln es, daß man mit dem derzeitigen Verpflegungssatz von 46 Schilling — wenn die Krankenanstalt dorthin verlegt wird — das Auslangen finden wird. Man wird um eine Vermehrung des Personals nicht herumkommen, und daher wird das Rote Kreuz Niederösterreich gezwungenermaßen die Verpflegungssätze erhöhen müssen, weil auch die Landesstelle Niederösterreich des Roten Kreuzes nicht imstande sein wird, die Tbc-Bekämpfung des Landes Niederösterreich aus ihren Mitteln zu subventionieren. Also auch Grimmenstein ist kein vollwertiger Ersatz für Speising, sondern ist und kann nur eine Notlösung und ein unvollkommener Ersatz sein.

Ich möchte daher, wenn es jetzt zur Abstimmung kommt, an die Mehrheit dieses Hauses noch den Appell richten: Die niederösterreichische Volksgesundheit muß uns höher stehen als irgend ein Parteidogma, als irgend ein Ungeist, der aus früheren Zeiten noch in unsere Zeit und in dieses Haus herüberraagt. Darum bitte ich Sie, es sich noch einmal zu überlegen. Lassen Sie sich bei der Abstimmung von jenem Geist leiten, unter dem bis vor kurzem Speising unter der bewährten Leitung des Primarius Dr. Weber und seines Mitarbeiterstabes geführt wurde, zum Wohle der Volksgesundheit der niederösterreichischen Bevölkerung, zum Wohle der Tuberkuloseerkrankten! Dann bin ich sicher, daß Sie mit uns zur Überzeugung kommen werden, daß Speising aufrecht erhalten bleiben muß und daß der Antrag des Berichterstatters abzulehnen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Dr. Haberzettl.

ABG. DR. HABERZETTL: Hohes Haus! In der sozialistischen Presse der letzten Monate und Wochen ist immer wieder hervorgehoben worden, daß Speising das Um und Auf der Tuberkulosebekämpfung ist, und wenn Speising aufgelassen oder verlegt wird, wird den Gesundheitsverhältnissen im Lande Niederösterreich und den Tuberkulosekranken schwerer Schaden zugefügt. Diese Argumente in der Presse sollten nun auch durch Protestversammlungen im Krankenhaus, durch einen Protestversuch in der Landtagssitzung, in der der sozialistische Dringlichkeitsantrag eingebracht wurde, durch Hungerstreiks in der Anstalt und durch Sympathiehungerstreiks in anderen Spitälern tatkräftigst unterstrichen werden. Zu

diesen Aktionen möchte ich nur folgendes sagen. Die Tuberkulosekranken sind sehr empfindlich, haben einen sehr labilen Gemütszustand und sind auf Emotionen sehr leicht erregbar. Es ist daher unverantwortlich gewesen, daß man diese bettlägerigen Kranken aus den Betten geholt hat, damit sie an einer Versammlung teilnehmen können, daß man weiters sie so informiert hat, daß sie glauben mußten, daß nur Speising zu ihrer Gesundung führen kann und daß man ihnen letzten Endes den Glauben an ihre Genesung genommen und dadurch heillosen Schaden angerichtet hat.

Ich vermisste bei meinen Vorrednern, daß sie sich überhaupt mit dem Tuberkuloseproblem in Niederösterreich beschäftigt haben. Aus den Ausführungen der beiden Vorredner ist nur eines hervorgegangen: Speising, Speising, und wenn kein Speising, dann gibt es in Niederösterreich auch keine Tuberkulosebekämpfung. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß wir in Niederösterreich eine vorbildliche Tuberkulosebekämpfung haben. Wir haben bei den einzelnen Bezirkshauptmannschaften Tuberkulosefürsorgestellen, wir haben mit den Krankenversicherungsanstalten vier große Behandlungs-Fürsorgestellen in Krems, Neunkirchen, Baden und St. Pölten, und diese Fürsorgestellen arbeiten ganz vorzüglich. Ich möchte ausdrücklich noch einmal betonen, daß aus Berichten der Weltgesundheitsorganisation hervorgeht, daß auf der ganzen Welt die Tuberkulose ganz energisch bekämpft wird und auch zurückgeht, so unter anderem auch in Österreich. Wir haben auch im Lande Niederösterreich vorbildliche Tuberkulosemaßnahmen, die sich auf vorbeugende Maßnahmen beschränken. Wir haben einen fahrbaren Röntgenapparat und ein Röntgenschirmgerät. Für diese Untersuchungen muß niemand etwas bezahlen. Mir ist bekannt, daß zirka 90.000 derartige Untersuchungen bereits vorgenommen wurden, daß im Jahre 1954 allein 40.000 Röntgenschirmbildaufnahmen gemacht wurden. Von diesen 40.000 Untersuchten mußten 6 Prozent einer Nachuntersuchung unterzogen werden, und dabei stellte sich heraus, daß 1 Prozent behandlungsbefähigt ist. Es wurden auch im Jahre 1955 10.899 Calmette-Impfungen vorgenommen, es finden ständige Untersuchungen statt, und wir haben aus dem Bericht der Landes-sanitätsdirektion ersehen können, daß von 1950 bis 1954 die akuten Fälle von 8000 auf 3000 zurückgegangen sind. Von diesen 3000 waren 1000 offene akute Fälle und 500 geschlossene. Für diese 1500 spitalsbedürftigen Patienten hat es zirka 1800 Spitalbetten in Niederösterreich gegeben. *(Ruf bei der SPÖ.: Wo?)* In den einzelnen Spitälern. Wir haben 514 Betten in den allgemeinen öffentlichen Krankenhäusern und zirka 1300 Betten in den Heilsträten. *(Zwischenrufe des Abg. Dubovsky.)* Mein lieber Kollege

Dubovsky, du bist in dieser Hinsicht sehr schlecht unterrichtet. Du mußt folgendes wissen: Ein Tuberkulosekranker kommt entweder vor einen Röntgenschirm, in eine Ambulanz oder in eine Tuberkulose-Fürsorgestelle. Dort wird er untersucht, und es wird festgestellt, ob er spitalsbedürftig oder heilstättenbedürftig ist oder ob er überhaupt in keine Anstalt eingewiesen werden muß. Wer spitalsbedürftig ist, wird in ein Spital eingewiesen. Dazu genügt ein einfacher Schein. Wenn jemand in eine Heilstätte zu kommen hat — es handelt sich ja meist um Angehörige einer Sozialversicherungsanstalt —, muß der betreffende Chefarzt dieser Anstalt herangezogen werden, dadurch verzögert sich natürlich die Einweisung.

Bei unseren Tuberkulosefürsorgestellen wurden 170.000 Menschen durchgeschleust; es waren 165.000 Röntgenuntersuchungen und über 5000 Aufnahmen zu verzeichnen. Da sich bei diesen Tuberkulosefürsorgestellen gleichzeitig auch Behandlungsmöglichkeiten bieten, wurden 326 Pneuanlagen und 900 Punktionen durchgeführt. Sie sehen, daß nicht allein in Speising, sondern auch in den Tuberkulosefürsorgestellen Krems, Neunkirchen, Baden und St. Pölten die Tuberkulosekranken behandelt werden können. Wenn es Patienten gibt, die weder in eine Heilstätte noch in ein Krankenhaus kommen, stehen in Niederösterreich auch 19 Lungenfachärzte zur Verfügung, die die Patienten behandeln können.

Was die Behandlung der Tuberkulose betrifft, so hat bereits der Abg. Staffa aus einer Festschrift irgend etwas Medizinisches verlesen. Seien Sie nicht ungehalten, wenn ich auf ein paar Minuten auf medizinisches Gebiet abschwenke. Ich werde Sie nicht zu sehr langweilen.

Die Behandlung der Tuberkulose erfolgt dem jeweiligen Fall entsprechend. Handelt es sich um einen Patienten mit Lungenzerfallserscheinungen, also Kavernen, dann muß er eben einer aktiven Behandlungstherapie, zum Beispiel der Kollapstherapie, zugeführt werden. Die Kollapstherapie gehört zu den Eingriffen, die die Lunge ruhigstellen soll. Diese Ruhigstellung erreicht man dadurch, daß man einen künstlichen Pneumothorax schafft. Man geht mit einer Nadel in den Pleuraum, füllt den Raum mit Luft an und dadurch werden die Lungen zurückgedrängt, kollabiert, die Kaverne entleert sich. Dadurch, daß die Lunge verkleinert ist, verkleben sich die Wände der Zerfallshöhle, und es kommt zur Ausheilung. Das geschieht, wenn keine Verwachsungen vorhanden sind. Sind Verwachsungen vorhanden, müssen die Stränge zwischen Lunge und Brustkorb gelöst werden. Hier wird, was zum Beispiel in Speising sehr oft gemacht wurde, ein Instrument — ähnlich einem Zystoskop — eingeführt, die Stränge werden aufgesucht und mit einem daneben eingeführten Thermokauter werden diese gelöst. Das

nennt man eine Thorakokaustik. Wenn nun die Pleura verwachsen sind, muß man sie lösen. Man erreicht dies durch Schaffung einer künstlichen Höhle und nennt diese Therapiemethode Pneumolyse. Wenn man den Kavernen von außen an den Leib rückt, muß eine Thorakoplastik gemacht werden. Daneben gibt es noch verschiedene Eingriffe, auf die ich nicht näher eingehen will.

Das ist das Um und Auf der Tuberkulosebekämpfung in Speising gewesen. Ich muß Sie leider enttäuschen, denn Speising hat in dieser Hinsicht eben nicht das Monopol gehabt, alle diese Eingriffe wurden schon vor 15 Jahren in Grimmenstein gemacht. Vielleicht hat der Primarius Dr. Janauschek keine solche Presse gehabt wie der Primarius in Speising. Grimmenstein liegt nach Ihrer Ansicht am Ende der Welt, daher ist vielleicht die Presse dort nicht so hingekommen wie nach Speising. Tatsache ist, daß in Grimmenstein alle diese Eingriffe gemacht werden und daß sie bereits im Jahre 1941 von dem damaligen Primarius Dr. Schneider, der die Pneumolyse in Heidelberg gesehen und gelernt hat, in Grimmenstein zum erstenmal durchgeführt wurden. Im Laufe der Jahre sind diese Operationen, die ich hier aufgezählt habe, zu ganz beträchtlichen Zahlen angestiegen. Erst als Speising geschaffen wurde und die Einweisungen eben nicht mehr nach Grimmenstein, sondern nach Speising erfolgten, ist in Grimmenstein die Zahl dieser Operationen zurückgegangen. Dessen ungeachtet sind aber, wie schon erwähnt, diese Operationen, die in Speising durchgeführt werden, schon Jahre vorher und so lange Speising bestanden hat, in Grimmenstein, in Strengberg, in Mistelbach, in Wiener Neustadt und in allen anderen Krankenhäusern gemacht worden. Wir haben die entsprechenden Berichte eingeholt und aus ihnen entnommen, daß sie auch dort durchgeführt wurden. Es ist daher nicht richtig, wenn man behauptet, Speising sei das Um und Auf der Tuberkulosebekämpfung.

Sie haben auch verschiedene andere Argumente angeführt. Ich habe Ihre Zeitungsartikel sehr genau verfolgt. Sie haben Ihre Argumente an den Haaren herbeigezogen, weil Sie nicht mehr gewußt haben, was Sie in dieser Frage schreiben sollen. Da gibt es zum Beispiel ein Argument, daß Lungenkranke auch andere Krankheiten haben können; es müßten bei ihnen klinische Untersuchungen vorgenommen werden, und man müßte daher die Leute in ein Spital nach Wien schicken. Dazu muß ich sagen, es wäre für unsere niederösterreichischen Spitäler ein Armutszeugnis, wenn sie diese Kranken nicht ebenso behandeln könnten, wie die Wiener Spitäler. Die Fachärzte in den Spitälern sind eben Internisten, und die Tuberkulose ist ja auch eine Krankheit der inneren Medizin. Es ist klar, daß ein Tuberkulosekranker alles, was es an Krankheiten gibt, bekommen kann; er wird aber manche Krankheiten haben,

die bei einem gesunden Menschen nicht so häufig auftreten, so zum Beispiel Erkrankungen der Atmungsorgane und der Kreislauforgane, die eng miteinander zusammenhängen. Es werden auch häufig Herzschäden, Myocardschäden Hypertonien, Anämie, weiters Nierenerkrankungen usw. auftreten. Alle diese Krankheiten wurden aber in Grimmenstein behandelt, man brauchte kein Arztekonsilium und die Patienten auch nicht an andere Spitäler abgeben.

Wenn der Herr Abg. Dubovsky meint, daß die klimatische Behandlung der Tbc heute schon unter das alte Eisen gehört, dann sage ich, daß wir Mediziner wissen, daß die klimatische Behandlung das Um und Auf der Heilstätten bis jetzt war und bleiben wird. Man hat daher den Patienten in Grimmenstein die klimatische Behandlung möglichst lange erhalten wollen. Sogar schwangere Frauen, die an Tbc erkrankt waren, wurden bis zum Termin der Entbindung in Grimmenstein behalten und erst dann nach Wiener Neustadt oder Neunkirchen abgegeben. Wenn dann der Säugling da war, ist die Mutter mit dem Kind nach Grimmenstein zurückgekommen, der Säugling wurde geimpft und die Mutter weiterbehandelt. Man stellte den Säugling unter Beobachtung, ob die Schutzimpfung gegen Tbc eine Wirkung hatte, und erst dann wurde er entlassen.

Sie behaupten, Grimmenstein ist ein Verhängnis, wenn zum Beispiel eine Resektion einsetzen muß oder wenn Komplikationen bei den Tbc-Kranken eintreten. Nun, Resektionen dürften auch in Speising nicht gemacht werden, weil ja der Primarius nicht für die ganze Chirurgie da war. Solche Fälle mußten einer Spezialbehandlung zugeführt werden. Auch von Grimmenstein hat man jeden Resektionsfall nach Wien überführt; dabei spielt die Entfernung keine Rolle. Es ist doch so, wenn jemand zur Resektion kommt, daß man das schon am Tage vorher weiß, das tritt ja nicht plötzlich ein. Dann wird der Kranke entweder nach Wien oder Wiener Neustadt überführt. Zu diesem Zweck haben wir einen eigenen Sanitätswagen. Auch der Winter spielt bei diesem Krankentransport keine Rolle, denn der Streudienst hat auf unseren Straßen tadellos funktioniert. Die Bundesstraße ist frei von Schnee und auch die Bergstraße ist von der Schneeverwehung kaum in Mitleidenschaft gezogen. Außerdem kann ich Ihnen sagen, daß die Anstalt in Grimmenstein über einen eigenen Schneepflug verfügt und daß auch der Straßendienst des Landes diese Straße immer freimacht.

Ein weiteres Argument war, daß die Patienten in Grimmenstein nicht besucht werden können. Ich kann Ihnen sagen, ich war zufällig an einem Sonntag draußen, und da waren ziemlich viele Besucher dort. Die Ärzte haben es aber gar nicht

so gern, wenn so viele Besuche kommen, weil die Patienten sehr empfindlich sind. Wenn die Leute auf Besuch kommen und die Patienten mit den häuslichen Sorgen beunruhigen, dann haben die Ärzte festgestellt, daß sich in den nächsten Tagen der Gesundheitszustand der Patienten bestimmt sehr stark verschlechtert hat. Im übrigen liegt Grimmenstein ja nicht aus der Welt, und bei den heutigen Verkehrsverhältnissen kann man auch aus dem Waldviertel ohne Schwierigkeiten dorthin kommen. Es liegt gar nicht so weit, denn ich weiß, es sind drei Abgeordnete dieses Gebietes sogar hier im niederösterreichischen Landtag vertreten. (*Ruf bei der SPÖ.: Aber diese sind nicht tuberkulosekrank!*) Diese Gegend kann infolgedessen von jedermann leicht aufgesucht werden.

Weiters haben Sie erklärt, wenn die Speisinger Anstalt nach Grimmenstein verlegt wird, wird die zentrale Tuberkulosebekämpfung zerschlagen. Nun das ist ja gar nicht richtig, denn die zentrale Tuberkulosebekämpfung bleibt — so viel mir bekannt ist — weiterhin in Speising. Ob aber jetzt ein Tuberkulosekranker in Grimmenstein oder in Speising oder in Mödling behandelt wird, wohin Primarius Dr. Weber übersiedelt, spielt natürlich keine Rolle.

Ich bin überzeugt, daß alle Herren der sozialistischen Partei, die Mitglieder des Gesundheitsausschusses sind, als sie in Grimmenstein waren, von Grimmenstein bestimmt begeistert waren. Wenn sie das jetzt nicht sind und wenn sie das Gegenteil behaupten, dann handeln sie über einen ganz bestimmten Auftrag. Wer nämlich Grimmenstein gesehen hat, die sechs Pavillons, die Kinderabteilung mit der Schule, deren Zeugnisse genau so wie die Zeugnisse einer öffentlichen Schule gelten, wer weiters unseren niederösterreichischen Pavillon gesehen hat, wie gut er instandgehalten ist, der muß sagen: Dieses Grimmenstein bietet wirklich einen Ersatz für Speising. Der niederösterreichische Pavillon wurde im Jahre 1926 erbaut. Gerade Ihr Minister Helmer hat damals als Mitglied der nö. Landesregierung einen Vertrag mit dem Roten Kreuz unterschrieben, in welchem einige Parzellen dem Lande Niederösterreich übergeben wurden. Dann wurde das Haus ausgebaut, es ist nach wie vor im Eigentum des Landes Niederösterreich, nur hat sich das Rote Kreuz verpflichten müssen, 60 bis 100 Betten für das Land Niederösterreich zur Verfügung zu stellen. Diese 100 Betten stehen auch zur Verfügung, nur kann ich Ihnen sagen, daß momentan diese 100 Betten nur zu einem Viertel ausgenützt sind. Es sind derzeit nur 25 Patienten auf der Spitalsabteilung in Grimmenstein, 75 Betten stehen leer, und es stehen auch 23 Heilstättenbetten leer. (*Hört! Hört!-Rufe bei der ÖVP.*) Wir haben heute einen Bericht gelesen über die freien Spitalsbetten in Niederösterreich, und da

sind zum Beispiel im Spital in Korneuburg auf der Internen Abteilung 20 Betten leer. Im Notfall kann man also auch dort Tbc-Kranke hinschicken. Heute liegen noch soundso viele Burgenländer in Grimmenstein. Da aber das Burgenland seine sämtlichen Patienten abzieht, so werden auch diese Betten frei werden. Und wenn schon in unserem Landespavillon die Betten zu wenig würden, kann man die Patienten in andere Pavillone geben, denn sie müssen ja nicht gerade im niederösterreichischen Pavillon liegen.

Grimmenstein mit seinen sechs Pavillons ist bestimmt sehr schön, und die ganze Anlage ist modernst ausgestattet: Operationssäle, modernste chirurgische Apparate und medizinische und therapeutische Behelfe. Es hat einen Primarius, der über eine chirurgische Ausbildung verfügt. Die übrigen Ärzte sind Fachärzte der internen Medizin. Es war daher selbstverständlich, daß auch zu der Zeit, in der wir die Anstalt besichtigt haben, und wo sie noch kein Öffentlichkeitsrecht gehabt hat und eigentlich nichts unternommen werden konnte, um ein Spital vorzutauschen, jeder die Empfindung gehabt hat: Das ist doch keine Heilstätte, das ist ja ein Spitalsbetrieb! Es ist das gute Recht einer jeden Anstalt, zu verlangen — ich sage das, weil man erklärt hat, daß der Gesundheitsausschuß erst am Nachmittag nach Grimmenstein gekommen ist, nachdem der Herr Landeshauptmann am Vormittag die Erteilung des Öffentlichkeitsrechtes unterschrieben hat —, daß man ihr, wenn sie die medizinischen und sanitären Vorbedingungen für ein Krankenhaus erfüllt, das Öffentlichkeitsrecht gibt. Ich bin überzeugt, daß gerade in Grimmenstein, wenn der niederösterreichische Pavillon öffentliches Krankenhaus ist und daneben die Heilstätte besteht, endlich einmal die Möglichkeit geschaffen wird, den Patienten nach der Spitalsbehandlung, die meistens drei Monate dauert, sogleich der Heilbehandlung zuzuführen.

Es ist erklärlich, warum schon fast alle Patienten aus Speising weg sind. Die Sperre war am 1. Februar, also vor 2 $\frac{1}{2}$ Monaten. Es waren im Laufe dieser Zeit wahrscheinlich viele Patienten dort, die schon zur Entlassung bestimmt gewesen sind, die also gleich vom Krankenhaus in die Heilstätte kommen. Ich beziehe mich da auf Primarius Dr. Merkl, der in der „Sozialen Sicherheit“ einen sehr guten Artikel geschrieben hat, den ich hundertprozentig unterschreiben kann. Er hat dort ausgeführt, daß die Ursachen der vielen Rückfälle und von hinschleppender Invalidität darauf zurückzuführen sind, daß die Patienten nach der Spitalsbehandlung lange Zeit auf die Einweisung in eine Heilstätte warten müssen, und da wird der Erfolg der Spitalsbehandlung zunichte gemacht.

Ich habe mich in Grimmenstein besonders um die medikamentöse Behandlung erkundigt und habe zu meinem Erstaunen gesehen, daß die Verwaltung der Anstalt bei einem Verpflegungssatz von 46 Schilling einmal 17 Schilling für die Verpflegung ausgibt. Es wird Ihnen ja allen aufgefallen sein, daß die Patienten dort blühend aussehen. Aber sie gibt auch für die Medikamente 8 bis 15 Schilling pro Patient im Tage aus. Die Ärzte arbeiten dort sehr viel mit PAS, mit Paramidosalizylsäure. Das ist ein sehr teures Präparat. Wenn man es oral, also durch den Mund nimmt, kostet es pro Tag 8 Schilling; wenn man, weil es wie alle Salizyl-Medikamente schlecht vertragen wird, Infusionen gibt, belaufen sich die Kosten auf 15 bis 16 Schilling täglich. Aber in Grimmenstein machen sie das. Sie handeln nicht allein vom Standpunkt einer Heilstätte, sondern vom Standpunkt eines regelrecht geführten Krankenhauses, weil sie wissen, daß durch die besagte Behandlung in Verbindung mit Streptomycin und Rimifon die Tuberkelbazillen weniger resistent werden. Denn wenn die Tuberkelbazillen einmal resistent werden, dann kann man machen, was man will, dann ist die chronische Tuberkulose da und es ist jede Heilung ausgeschlossen.

Primarius Dr. Merkl kommt zu dem Ergebnis, daß in der Tuberkulosebehandlung neue Wege gegangen werden müssen — das ist überall schon anerkannt worden —, und daß die Lebensdauer eines Tuberkulosen selber verlängert werden kann. Damit ist das erste Ziel erreicht. Das wirkliche Ziel der Tuberkulosebehandlung ist natürlich die Heilung. Heilung kann man eben nur dadurch erreichen, daß man Krankenhaus und Heilstätte zusammenlegt. Wenn heute die Wiener auf der Baumgartnerhöhe dieselben Versuche machen — ebenso ist es in Davos und dasselbe gilt auch von Rechnitz im Burgenland —, warum will man uns Niederösterreichern diesen Versuch verwehren? Wir werden diesen Weg gehen und mit Grimmenstein den ersten und ersten Versuch zur wirklichen Heilung der Tuberkulosekranken unternehmen. Speising ist ein Glied in der langen großen Kette der Tuberkulosebekämpfung. Das Land Niederösterreich gibt für die Tuberkulosefürsorge viele Mittel aus. Wenn die Kranken von der Krankenversicherung ausgesteuert und mittellos sind, greift ihnen das Land mit Mitteln aus der Tuberkulosefürsorge unter die Arme. Es braucht keiner zu hungern, es braucht keiner zu Grunde zu gehen. Infolge dieser Unterstützung durch die Tuberkulosefürsorgestellen und die Behandlung in den Heilanstalten — auch in Grimmenstein — wird es einmal zu einer Besserung in dieser Sache kommen. Ich glaube, daß die Tuberkulosekranken — sie haben sich reibungslos ohne jeden Widerstand bis auf den letzten nach Grimmenstein überführen lassen, es hat keine Zwischenfälle gegeben —,

wenn sie in Grimmenstein sein werden und dort Heilung finden, nicht streiken, sondern dem Lande Niederösterreich danken werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abg. Fehring er das Wort.

ABG. FEHRINGER: Hohes Haus! Es ist erfreulich, daß uns beinahe monatlich Nachrichten zukommen, die davon berichten, daß die Medizin weitere Erkenntnisse gemacht hat, sei es nun auf dem Gebiete der Medikamente, sei es auf dem Gebiete der verschiedenen Behandlungsmethoden. Alle diese Dinge bedürfen, wenn sie der Allgemeinheit zugutekommen sollen, des Geldes, und darauf beruht ja letzten Endes die schlechte finanzielle Lage in den verschiedenen Spitälern. Aus dieser Erkenntnis heraus muß eine verantwortungsbewußte Verwaltung mit ihren Mitteln so umgehen, daß das Bestmögliche erreicht wird. Es ist selbstverständlich die Aufgabe der Landesverwaltung, daß sie sich eben Gedanken darüber macht, ob ihre Mittel so angewendet worden sind, daß damit das Beste und Meiste erreicht werden kann, oder ob es nicht auch eine andere Möglichkeit gibt, besseres zu erreichen.

Wenn ich nun eine Aufstellung sämtlicher niederösterreichischen Krankenanstalten, aus der die Kopfquoten für die einzelnen Erfordernisse hervorgehen, betrachte, dann muß ich sagen, ist die Entscheidung, ob Speising weitergeführt werden soll oder ob man nicht eine andere Möglichkeit finden soll, sehr leicht geworden.

Wir haben in Niederösterreich 23 Krankenanstalten, davon zwei Landesanstalten. Vor mir liegt eine Statistik, die aus dem Rechnungsabschluß 1954 errechnet wurde. Der Bettenstand in Speising beträgt 400, der Personalstand 286. Das Verhältnis zwischen Personal und Bettenstand ist 1 : 1,39, das heißt, auf einen Bediensteten kommen nicht ganz 1,4 Betten. Der Durchschnitt bei allen Krankenanstalten im Lande Niederösterreich ist 1 : 2, also auf einen Bediensteten eines Krankenhauses kommen 2 Betten. Der Personalaufwand pro Kopf und Tag umgerechnet beträgt in Speising fast das 1,66-fache des Landesdurchschnittes.

Ich will Ihnen nun einzelne Posten aufzeigen, die in besonderer Art hervorspringen. So sind zum Beispiel in Speising die Reisekosten zweimal so hoch als der Durchschnitt in den übrigen Spitälern. Für Bekleidung und Ausrüstung muß das 2,4-fache ausgegeben werden, für Beleuchtung und Strom das 2,7-fache, für Beheizung das 2,5-fache, für das Kraftfahrwesen das 3,5-fache, für Wäsche und Reinigung das 2,9-fache, für Begräbniskosten das 3,5-fache. Ich hoffe, daß diese hohe Ziffer ihre Begründung nicht in der großen

Sterblichkeit der Kranken findet! Der Landesdurchschnitt im Sachaufwand wird mit 1,47 zu multiplizieren sein, um die Quote in Speising zu erreichen. Für Verköstigung wird im Vergleich zum Landesdurchschnitt in Speising das 1,3-fache, für ärztliche Erfordernisse das 1,1-fache und für ärztliche Apparate und Instrumente das 1,2-fache aufgewendet. Der Gesamtaufwand, also Personalaufwand und Sachaufwand, beträgt in Speising das 1,48-fache des Landesdurchschnittes.

Obwohl Speising von den gesamten aufgelaufenen Verpflegstagen des Landes nur 7,3 Prozent für sich beanspruchen kann, ist der Betriebsabgang vom gesamten Abgang sämtlicher niederösterreichischer Spitäler 29,6 Prozent. Also 7,3 Prozent der gesamten Verpflegstage, die in den niederösterreichischen Spitälern aufgelaufen sind, stehen 29,6 Prozent des gesamten Abganges gegenüber. Der Betriebsabgang in Speising beträgt daher im Vergleiche zum Landesdurchschnitt der übrigen Spitäler genau das 4-fache. Es ist selbstverständlich, daß man sich hier fragen muß, ob die Mittel noch zweckmäßig aufgewendet werden.

Das waren die Ziffern aus einem Rechnungsabschluß des Jahres 1954.

Wir alle kennen die Ziffern des Abganges im Voranschlag 1956 der Anstalt Speising im Vergleich zu den Abgängen der übrigen Spitäler und im besonderen zu jenen der Gemeindespitäler. Für Speising beträgt der Abgang mindestens die Hälfte der Abgänge aller Spitäler zusammen. Man muß sich nur einmal in die Lage eines Spitalerhalters versetzen. Auf der einen Seite können die Gemeinden ihren Spitalsbetrieb kaum aufrechterhalten und auf der anderen Seite wird über die Kopfquoten in hohem Maße hinausgegangen. Natürlich taucht dann der Gedanke auf, ob man nicht diese eine Anstalt durch andere aufsaugen soll, bzw. die Aufgaben dieser Anstalt anderen Spitälern zur Durchführung übertragen könnte, um mit den hiedurch freiwerdenden Mitteln den notleidenden spitalerhaltenden Gemeinden zu helfen.

Es muß auch gesagt werden, daß man sich in der Landesregierung nicht nur im Vorjahr, sondern schon früher darüber besprochen hat, ob die Anstalt Speising nicht zu verlegen sei. Dieses Problem war doch auch uns Abgeordneten nicht unbekannt, nicht neu. Wir mußten gerade bei den Budgetverhandlungen immer wieder sehen, daß im Gesundheitswesen wegen des Loches auf der einen Seite ein großer Mangel auf der anderen Seite herrscht. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß auch da einmal geholfen werden muß. Daß Grimmenstein an Stelle Speising — Krankenhaus verbunden mit Heilstätte — die Ideal-lösung ist, darüber gibt es keinen Zweifel. Das sagen einmütig die Fachleute, denen wir es ohne Mißtrauen glauben können. Wir haben Grim-

menstein besichtigt und waren überrascht über den vorzüglichen Zustand dieser Anstalt, vor allem über die Verwaltungseinrichtungen. Wir können daher unsere tuberkuloseerkrankten Patienten in Niederösterreich beruhigt dieser Anstalt und der ärztlichen Betreuung in dieser Anstalt anvertrauen.

Man muß einmal den Mut haben, zu sagen: Jawohl, Speising hat seine Aufgabe gehabt! Diese Aufgabe ist aber heute erfüllt. Wenn wir fortschrittlich sein wollen, müssen wir neuen Lösungen zustreben, die den neuen Verhältnissen auch Rechnung tragen. Die Tatsachen, daß die Erfassung und die Betreuung der Tuberkulosekranken in unserem Lande eine vorzügliche ist und daß der Landesregierung und auch dem Landtag nicht der Vorwurf gemacht werden kann, daß sie leichtsinnig oder leichtfertig an ein Problem herangegangen wären, sprechen für sich. Als Obmann des Gesundheitsausschusses verwehre ich mich auch gegen die Verdächtigung, daß eine Verschleppung dieser Materie im Gesundheitsausschuß erfolgt wäre. Ich darf darauf hinweisen, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp selbst am 9. Februar in der Sitzung des Gesundheitsausschusses gesagt hat, man soll vorerst überprüfen und besichtigen. Am 23. Februar hat Herr Landesrat Brachmann im Gesundheitsausschuß gesagt, die Abgeordneten sollen die Sache gewissenhaft überprüfen. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Zuerst überprüfen und dann beschließen und nicht umgekehrt. Nur nicht verdrehen!*) Eine gewissenhafte Überprüfung, Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp, braucht seine Zeit. Aber in umsomehr richtiger Erkenntnis der Sachlage können wir heute zu Ihrem Dringlichkeitsantrag Stellung nehmen.

Es ist überhaupt interessant, daß mit der Frage Speising verschiedene Vorfälle entfacht wurden, die mit einem kommenden Ereignis in Zusammenhang stehen. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: War im Jänner die Rede von Wahlen?*) Einen Augenblick! Wenn Sie gestatten, werde ich Ihnen beweisen, warum ich das aufzeige. Die SPÖ. geht in dieser Angelegenheit einen Weg, der außerordentlich gefährlich ist, und zwar für Sie selber. Im Jahre 1953 zauberten Sie das Gespenst des Rentenklauens an die Wände, und hier in diesem Hause haben wir nicht einmal gehört, wie Sie von dem Gespenst der Arbeitslosigkeit gesprochen haben. Es ist aber nicht gekommen. (*Abg. Staffa: Nach dem Sieg der SPÖ.!*) Diese Gespenster haben wir zerstreut und vertrieben. (*Abg. Laferl: Ihr habt gewonnen, und wir haben gesiegt!*) Und nun kommen Sie mit dem Gespenst der Volksseuche. Herzlos, grausam sind Ihre Worte in dieser Angelegenheit. Haben Sie sich schon einmal mit einem kranken Menschen beschäftigt? Haben Sie sich der Mühe unterzogen und beobachtet, wie dieser Mensch in seinem

Inneren oft zittert, gleich wieder etwas freimütiger und belebt ist und im nächsten Augenblick wieder deprimiert ist. Vielleicht haben Sie sich damit nicht beschäftigt, dann mag es für Ihr Verhalten zur Entschuldigung dienen. Ich glaube, es ist einmalig in der Geschichte der niederösterreichischen Spitäler, daß es vorgekommen ist, daß in einem Krankenhaus zu kranken Menschen wie in einer Versammlung gesprochen wird. In einem Spital hat zum Patienten niemand anderer zu reden als der behandelnde Arzt. (*Beifall bei der ÖVP. — Große Unruhe bei der SPÖ.*) Heute wollen Sie diesen kranken Menschen sagen, man sei grausam gegen sie, obwohl man nach ärztlichem Ermessen das Beste für sie tut!

Noch etwas hat meine Aufmerksamkeit erregt. Der Herr Abg. Staffa hat gesagt, daß in Grimmenstein ja nur ein Pavillon dem Lande Niederösterreich gehört und daß man in diesem einen Pavillon ja nicht 100 Betten unterbringen kann, daß man also die übrigen in einem anderen Pavillon unterbringen muß. Da verstehe ich Sie nicht. Wenn uns das Rote Kreuz 100 Betten und mehr zur Verfügung stellt, dann ist es doch nicht notwendig, daß alle diese Betten in dem Pavillon untergebracht werden müssen, der dem Lande Niederösterreich gehört. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Sind in Grimmenstein mehr Betten? — Abg. Staffa: Mehr als bei uns in Speising? — Landeshauptmannstellvertreter Popp: Nicht ein einziges Bett mehr! — Abg. Staffa: Der Finanzkontrollausschuß hat sich nicht einmal darüber zu berichten getraut! — Allgemeine Unruhe.*) Sie legen also Wert darauf und glauben, man kann einen kranken Menschen nur in einem landeseigenen Hause behandeln, gesund pflegen und hegen.

Sie vergessen, daß es nicht nur bei uns, sondern auf der ganzen Welt Menschen gibt, die es sich zur Lebensaufgabe gestellt haben, anderen Menschen zu helfen, ihr ganzes Leben dafür zu opfern, und das sind die Orden! (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Deswegen sperren wir Speising!*) In Ihrem Dringlichkeitsantrag können Sie lesen (*liest*): „Außerdem wird die Öffentlichkeit, vor allem die niederösterreichische, die Frage stellen dürfen, ob es angängig ist, ein erbautes öffentliches Krankenhaus einer anderen Institution, die zudem die Einrichtung eines privaten Krankenhauses hat, zu überlassen.“ Ich lese daraus — und jeder wird es empfinden, wenn es heißt „Institution, die zudem die Einrichtung eines privaten Krankenhauses hat“ —, daß man glaubt, es sei nur das Recht der Öffentlichkeit, des Staates, das Gesundheitswesen zu betreuen. Ich sage Ihnen dazu, vom ökonomischen Standpunkt aus kommt es der Öffentlichkeit weit billiger, wenn sich private Institutionen finden, die es sich als idealste Aufgabe gestellt haben, anderen zu helfen. Dadurch kann sich nämlich die

Öffentlichkeit Gelder ersparen. Es haben noch alle Patienten den Pflegerinnen dieser Institutionen das Zeugnis ausgestellt, daß sie sich am liebsten von ihnen pflegen lassen. Ich frage: Sind Sie heute dagegen, daß der Orden, der das Orthopädische Spital betreut, das Speisinger Krankenhaus in Pacht bekommen soll, um seiner freiwillig gestellten Aufgabe, die ein großes Opfer bedeutet, nachzukommen, oder wollen Sie, daß nur einzig und allein der Staat auch im Gesundheitswesen seine Domäne sieht und es ausüben kann? *(Beifall bei der ÖVP. — Landeshauptmannstellvertreter Popp: Das ist eine Jesuiterei sondergleichen!)* Sie haben das Wort geprägt von der Vermenschlichung des Staates. Durch Ihre Ausführungen beweisen Sie, daß Sie die Verstaatlichung des Menschen auch in dieser Frage wollen. *(Beifall bei der ÖVP. — Landeshauptmannstellvertreter Popp: Das ist Ihr schlechtes Gewissen, das hier spricht!)* Sie können versichert sein, die Zeit, in der die Menschen dem Irrtum des Sozialismus unterlegen sind, geht dem Ende entgegen, und Sie werden überrascht sein, wie das von Ihnen heraufbeschworene Gespenst der Volksseuche am 14. Mai vorbei sein wird. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Ich möchte nur wissen, wer das Gespenst ist!)* Wir haben bei der Beratung im Gesundheitsausschuß und mit den heutigen Ausführungen vor aller Öffentlichkeit aufgezeigt, daß Vorkehrungen getroffen sind, damit das Gesundheitswesen in Niederösterreich mit einer Neuordnung Besseres für die Bevölkerung leisten kann. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. Dubovsky.

ABG. DUBOVSKY: Hoher Landtag! Ich glaube, daß es notwendig ist, einige Dinge, die vom Kollegen Medizinalrat Dr. Haberzettl angeführt wurden, ins richtige Geleise zu bringen. Er hat sie nämlich so dargestellt, wie sie von niemandem hier verlangt wurden. Niemand hat behauptet, daß Speising das Um und Auf der Tuberkulosebekämpfung in Niederösterreich ist, sondern es wurde festgestellt, daß das Krankenhaus Speising einen wesentlichen Teil der Tuberkulosebekämpfung in Niederösterreich darstellt. Wir würden uns mit genau der gleichen Leidenschaftlichkeit gegen die Schließung von Grimmenstein wenden, weil wir wissen, daß auch diese Anstalt für Tuberkulosekranke notwendig ist. Wir wenden uns aber dagegen, wenn hier ein Gegensatz zwischen Speising und Grimmenstein konstruiert wird, weil eben beide Anstalten notwendig sind und weil beide auf dem Gebiet der Spitals- und Heilstättenbehandlung für Tuberkulosekranke noch zu wenig sind.

Der Herr Kollege Dr. Haberzettl hat richtig angeführt, daß durch Reihenuntersuchungen bei

den Fürsorgestellten draußen in den Bezirken die an Tuberkulose Erkrankten erfaßt und beobachtet werden. Das Erfassen allein genügt aber nicht, wenn wir nicht gleichzeitig die Voraussetzungen schaffen, die erfaßten Kranken auch in Spitälern unterzubringen oder in Heilstätten einzuweisen. Mit einer Statistik allein, daß wir so und so viele Tuberkulosekranke erfaßt haben, wird den Kranken nicht geholfen.

Ich muß mich auch ganz besonders dagegen wenden, daß man hier eine falsche Bettenzahl für Tbc-Kranke anführt. Die Zahl der den Tuberkulosekranken zur Verfügung stehenden Betten einschließlich jener in Speising erreicht nämlich nicht einmal 500. Wir besitzen aber weit über tausend an offener Tuberkulose erkrankte Patienten. Nun kommt das berühmte Zahlenkunststück, der Trick, den man auch bei der Pressekonferenz angewendet hat, nämlich daß man einfach alle Heilstättenbetten in Niederösterreich hernimmt, in denen sich ja nicht nur Kranke aus Niederösterreich befinden, sondern auch, und zwar zum überwiegenden Teil, solche aus anderen Bundesländern, weil gerade das niederösterreichische Klima für die Heilstättenbehandlung der Tbc-Kranken ausgezeichnet ist. Grimmenstein selbst liefert uns ja den Beweis, wieviel Betten für Niederösterreich zur Verfügung stehen. Wenn jetzt nach dem neuen Übereinkommen von 425 dort vorhandenen Betten uns hundert eingeräumt werden, so ist das nicht einmal ein Viertel der vorhandenen Bettenanzahl. In anderen Heilanstalten ist das noch viel schlechter, ist der Prozentsatz noch viel geringer, sodaß wir, wenn wir die Heilstättenbetten zu den Spitalsbetten hinzuzählen, ungefähr auf zwei Drittel bis drei Viertel der notwendigen Bettenanzahl kommen. Das gilt aber nur, wenn Speising weiterbestehen würde! Aber man schließt Speising, und auch Kollege Haberzettl hat nicht bestreiten können, daß Grimmenstein keine Vermehrung der Bettenzahl bringt, sondern daß die hundert Betten dort bereits vorhanden sind. Er selbst hatte angeführt, daß in der von ihm genannten Zeitschrift Primarius Dr. Merkl zugeben mußte: Das Intervall zwischen Spitals- und Heilstättenaufenthalt ist so groß, daß meist Rückfälle entstehen. Es ist also notwendig, daß mehr Heilstättenbetten zur Verfügung stehen, um die Kranken rasch unterzubringen zu können. In Grimmenstein hat man einfach von 425 Betten hundert für Niederösterreich bestimmt. Bisher waren aber schon Niederösterreicher dort, wir haben also nicht zusätzliche Betten geschaffen, sondern nur eine neue Aufteilung der vorhandenen Betten vorgenommen. Die Folge wird sein, daß in den übrigen Heilstätten weniger Niederösterreicher unterkommen können, weil diese Heilstätten von den anderen Bundesländern mehr bean-

spricht werden. Und als Endergebnis kommt heraus, daß wir zu wenig Betten haben, weil wir Speising und die dortige Bettenanzahl von 190 praktisch liquidiert haben.

Wir sind auch dafür, daß Grimmenstein zu einer modernen Anstalt ausgebaut wird, die Spital und Heilstätte zugleich ist. Dagegen wird sich niemand zur Wehr setzen. Aber dieser Ausbau wird längere Zeit dauern, so daß die notwendige Bettenanzahl fehlen wird und die Kranken noch länger warten müssen, bis sie in eine Heilstätte eingewiesen werden können.

Man muß also schon, und ich glaube vor allem auch als Mediziner, die Dinge richtig darstellen, weil man als Mediziner meiner Meinung nach über die Parteiinteressen hinaus — darin liegt ja der Eid der Mediziner — das Anliegen der Bevölkerung und die Gesundheit der Menschen zu vertreten hat. (*Abg. Stangler: Hat er ja!*) Nein! Mit seiner falschen Darstellung der 1800 Betten, von der er als Mediziner genau weiß, daß sie falsch ist, hat er nicht diesen Eid gehalten, sondern hat gegen diesen Eid gehandelt, den er geleistet hat.

Daß Grimmenstein kein Spital ist, geht schon daraus hervor, daß in Speising für 180 oder 190 Patienten acht Ärzte zur Verfügung gestanden sind, während in Grimmenstein für 425 Patienten sieben Ärzte zur Verfügung stehen, weil eben dort ein ganz anderer Betrieb geführt wird als in einem Krankenhaus. Das allein zeigt schon, daß es nicht so einfach ist zu sagen: Bis heute war es eine Heilstätte, ab morgen ist es ein Spital. Hiefür müssen erst die Voraussetzungen geschaffen werden. Man kann also die Dinge nicht so einfach darstellen, wie das mein Vorredner gemacht hat. Die Gesundheit ist nicht eine Semmel oder eine Maschine, die man kostendeckend kalkuliert, sondern was man heute im Gesundheitswesen investiert, das kommt morgen der Allgemeinheit zugute. Je rascher Menschen arbeitsfähig gemacht werden, umso rascher werden sie das in Form von Steuern zurückzahlen, was für ihre Gesundheit investiert wurde.

Und noch ein Wort zu dem letzten Vorredner. Man soll aufhören, die Dinge demagogisch darzustellen. (*Heiterkeit rechts.*) Ihr könnt ohne weiters den Beweis erbringen und es mit Zahlen widerlegen, aber nicht so, wie es der Herr Abgeordnete Habertzettl getan hat, der hier sozusagen die Meinung vertritt, man solle froh sein, wenn sich Privatmenschen finden, die der Gesundheit dienen wollen und ein Spital errichten. Niemand hat etwas gegen diese Menschen, wir sind auch bereit, sie in ihrem Vorhaben zu unterstützen, aber die heutige Gesundheitspflege ist aus dieser mittelalterlichen, zufälligen privaten Fürsorge herausgewachsen und zu einer

Verpflichtung des Staates geworden. Es kann nicht dem Zufall überlassen werden, ob sich Menschen hiezu bereit finden, sondern es ist eine Verpflichtung des Staates — auf Grund der Steuerleistung seiner Bewohner —, durch die Errichtung und Führung von Krankenanstalten für die Gesundheit seiner Bürger zu sorgen. Es ist sehr billig, einfach von der Verstaatlichung des Gesundheitswesens zu reden. Diesen billigen Trick soll man aber meiner Meinung nach vermeiden, weil die öffentlichen Gesundheitsanstalten bereits zu einer Zeit entstanden sind, wo von einer Verstaatlichung überhaupt noch keine Rede gewesen ist.

Ich muß auch gegen den Kollegen Staffa Stellung nehmen, der es sich hier sehr einfach gemacht hat. Mätzchen zu machen und herumzureden, dadurch kann man Tatsachen nicht aus der Welt schaffen. Alle, die hier im Landtag waren, ob als Abgeordnete oder als Zuhörer auf der Galerie, werden wissen, daß bei der Budgetberatung — und da kann man herumzudeuteln und herumzudrehen versuchen soviel man will — die sozialistische Fraktion für das Gesamtbudget und dessen Kürzungen und damit für die Kürzung des Budgets — denn im Gesamtbudget ist ja diese Kürzung enthalten gewesen — gestimmt hat. Abgestimmt hat ja der Landtag nicht über das ursprüngliche Budget, sondern über das im Ausschuß gekürzte Budget, und da haben die sozialistischen Abgeordneten genau so brav ihre Hand erhoben, wie die Abgeordneten der Volkspartei.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt der Herr Abg. HilgARTH.

ABG. HILGARTH: Hohes Haus! Ich bin zwar nicht Mediziner, also nicht Fachmann auf dem Gebiet des Gesundheitswesens (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Sondern Lehrer!*), sondern ich bin nach der Ansicht Ihrer Parteifreunde, und zwar nach der Meinung des Kollegen Grubhofer, der Schulmeister der ÖVP. So gestanden nach unserer Versammlung in Loosdorf im Viertelblatt der Sozialistischen Partei in Mistelbach. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Der Grubhofer ist ÖVP.-ler!*) Entschuldigung, des Kollegen Grabenhofer. (*Abg. Grabenhofer: Ist dagegen etwas einzuwenden?*) Nein, im Gegenteil Herr Abgeordneter, ich freue mich sogar darüber (*Zwischenrufe*), denn ich betrachte diesen Titel als einen Ehrentitel für mich. Ich schäme mich nicht meines Berufes, ich betrachte es auch nicht als eine Ironie, wenngleich man es als eine Ironie hinstellen könnte. Ich glaube, zunächst einmal diese Feststellung treffen zu müssen, damit man nicht meint, ich mische mich in interne Angelegenheiten eines anderen Berufsstandes hinein. (*Ruf: Innere Medizin!*) Könnte sein, aber ich bin der festen

Überzeugung, daß sich heute auch die Laienwelt ein gewisses Bild über die Behandlung der Tuberkulose gemacht hat. Wenn man von diesem Standpunkt aus die beiden Anstalten Speising und Grimmenstein vergleicht, dann wird jeder von uns zugeben müssen, daß die Vorbedingungen für die Behandlung der Tuberkulose in jeder Hinsicht in Grimmenstein besser sind als in Speising. Ich hätte es nur gerne gesehen, daß neben dem Fachmann aus unserer Partei, dem Herrn Medizinalrat Dr. Haberzettl, auch der Fachmann Ihrer Partei auf medizinischem Gebiete in irgend einer Sitzung oder auch im offenen Hause zu dieser Frage Stellung genommen hätte. Fast scheint es so, daß der Vorwurf, der an die ÖVP. seitens der Kommunisten gerichtet wurde, nämlich daß wir von der ÖVP. uns an Richtlinien des Landesrates Müllner halten müssen, nicht auf uns zutrifft. Ich bin überzeugt, daß in der SPÖ. die Ausgabe eines Befehles stattgefunden hat, weil gerade der medizinische Fachmann der sozialistischen Seite nicht eine gegenteilige Begründung der Ansicht der ÖVP. und ihrer Fachleute im offenen Hause zum Ausdruck gebracht hat.

Die Frage der Errichtung und Führung eines Spitals hängt im wesentlichen mit jenem Gesetz zusammen, das für die Errichtung und Führung der Spitäler heute noch in Geltung ist. Es ist dies das Krankenanstaltengesetz aus dem Jahre 1920, und zwar in der Fassung vom 3. Februar 1923. Es ist vielleicht gut, wenn man gerade bei der Frage der Verlegung einiger Abteilungen des Spitals Speising die Rechtslage der Spitäler im allgemeinen etwas streift.

Nach diesem Gesetz gibt es entweder allgemeine öffentliche Krankenanstalten oder es gibt Krankenanstalten, die für eine ganz bestimmte Art der Erkrankung vorgesehen sind, das sind die Sonderanstalten, unter die auch ein Spital zur Ausheilung der Lungentuberkulose fällt. Ich möchte daher zunächst die Feststellung treffen, daß das Spital in Speising nicht eine Sonderanstalt, sondern ein allgemein öffentliches Krankenhaus, in der eine Tuberkuloseabteilung war und in der auch eine gynäkologische Abteilung und eine Kinderabteilung geführt wurde. Es ist daher die Lungenabteilung in Speising ein Bestandteil des allgemein öffentlichen Krankenhauses Speising und stellt nach dem Krankenanstaltengesetz dieselbe Organisationsform dar, wie wir sie bei den Abteilungen in den Spitälern in St. Pölten, Wiener Neustadt und Mistelbach antreffen.

Um die Tatsache, daß sich dieses Speisinger Spital Niederösterreichs in einem fremden Bundesland befindet, hat sich eine sehr rege Debatte entwickelt, die sich nicht nur hier im Hause oder im Gesundheitsausschuß abgewickelt, sondern die ihren Niederschlag auch in der Presse gefunden hat. Ja selbst in Radiosendungen wurde darüber

polemisiert! Wir haben weiters des öfteren die Feststellung gemacht, daß das Speisinger Krankenhaus in der Lungenabteilung nur zu einem Teil von niederösterreichischen Patienten belegt war, zum anderen Teil von Patienten, die aus dem Bundesland Wien stammten. Heute hören wir, daß in Wien zu wenig Spitalbetten für Lungenkranke zur Verfügung stehen. Da muß ich hier der Verwaltung der Stadt Wien den Vorwurf machen, daß sie nicht auf Grund des Gesetzes, das ich soeben zitiert habe, bereits dafür gesorgt hat, daß die entsprechende Bettenanzahl, vielleicht auch in einer besonderen Heilanstalt, für ihre Bewohner zur Verfügung gestellt wird. In diesem Gesetz heißt es ausdrücklich, daß jedes Bundesland, jede Gemeinde oder Bezirksgruppe für sich dazu verpflichtet ist, im Bedarfsfalle für die Unterbringung der Kranken auf ihrem Territorium zu sorgen. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Fast 2000 niederösterreichische Patienten sind in Wien!*) Nun wissen wir genau, daß auch diese Patienten, die sich in Wien befinden und aus Niederösterreich stammen, jederzeit in ein niederösterreichisches Krankenhaus gehen können. (*Zwischenruf bei der SPÖ.: Wenn sie hingehen!*) Es ist seitens der Krankenhausverwaltungen nie ein Zwang ausgeübt worden, um einen Patienten in dieses oder jenes Spital zu bringen. Es hat aber jemand anderer einen Zwang ausgeübt, und zwar die Krankenkassen. Die Krankenkassen haben dafür gesorgt, daß der Patient nur in jenes Spital gehen darf, das seinem Wohnort am nächsten liegt und nicht dorthin, wo er will. (*Zwischenruf bei der SPÖ.: Das ist unrichtig!*) Diese Behauptung ist nicht unrichtig. Ich kenne Kollegen, denen nicht einmal der Rettungswagen bezahlt wurde, weil die Zufahrtskosten nach Stockerau höher waren als nach Mistelbach.

Nun glaube ich, daß wir uns bei der Behandlung dieser Frage darauf beschränken müssen, ob die Anzahl der vorhandenen Betten für die aus Niederösterreich stammenden Patienten genügt oder nicht. Die Frage, ob genügend Platz zur Verfügung ist, hat sich von 1947 bis 1956 sowohl bei den Heilanstalten als auch bei den Krankenanstalten gründlich geändert. Wenn heute hier Landessanitätsdirektor Hofrat Dr. Stremnitzer wegen Abgabe verschiedener Beurteilungen (*Landesrat Brachmann: Sehr verschiedener!*) — ja, sehr verschiedener zwischen den Jahren gelegener Beurteilungen (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Zwischen den Monaten!*) — angegriffen wird, dann finde ich das ganz sonderbar. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Mehrheit dieses Hauses diesem Beamten für seine Berichterstattung den Dank zum Ausdruck bringen muß. (*Beifall bei der ÖVP.*) Es wurde nämlich nicht nur die Objektivität des Herrn Landessanitätsdirektors angezweifelt — das könnte man aus politischen Gründen noch hinnehmen, denn es steht jeder

Partei frei, hier eine Beurteilung abzugeben —, sondern es wurde in den verschiedenen Bemerkungen der Vorredner auch seine spezielle Eignung als Arzt angezweifelt, und dagegen muß sich jeder wehren, der auf einem solchen Posten steht. Und wenn er sich nicht wehren kann, dann haben wir die Verpflichtung, daß wir diese Ehrenrettung hier in diesem Hause vornehmen. Es ist ja diese Verdächtigung nicht bei Landessanitätsdirektor Dr. Stremnitzer stehengeblieben! Auch als unser Fachmann Dr. Haberzettl gesprochen hat, wurden ironische Bemerkungen über seine medizinischen Fähigkeiten zum Ausdruck gebracht, und ich möchte deswegen auch Herrn Kollegen Dr. Haberzettl danken, daß er uns volle Klarheit über den medizinischen Stand der Angelegenheit gegeben hat. (*Landesrat Stika: Er bekommt einen „Einser“.* — *Zwischenruf bei der SPÖ.: Welche Note bekommt Professor Dr. Schönbauer?*) Bei mir nicht die beste.

Die SPÖ. hat bei der Frage der Verlegung einer Speisinger Abteilung nach Grimmenstein oder Mödling nicht nur die Propaganda in dieses Haus getragen, es hat auch die „Arbeiter-Zeitung“ hiezu herhalten müssen. Ja, diese ist so weit gegangen, daß sie sich ausländische Mächte zu Hilfe genommen hat, um für ihre Ansichten Propaganda zu machen. Es dürfte bekannt sein, daß in einer Nummer der „Arbeiter-Zeitung“ gestanden ist, daß der schwedische Gesandte im Verein mit einem Radioreporter das Krankenhaus Speising besichtigen wird. Zu welchem Zweck war das in der „Arbeiter-Zeitung“ angekündigt? Aber es war ein Pech dabei. Nach einigen Tagen mußte diese Ankündigung nämlich widerrufen werden, und zwar über Aufforderung der schwedischen Gesandtschaft, denn der schwedische Gesandte hätte das Krankenhaus gar nicht besuchen können, weil er zur angegebenen Zeit überhaupt nicht in Wien war. Ich glaube wohl, daß man diese Frage mit etwas mehr Sachlichkeit behandeln muß, als es bis jetzt geschehen ist. Wir werden daher auch den Vergleich aushalten, ob ein Krankenhaus in einem anderen Bundesland geführt werden soll oder nicht. Wenn hiebei auch die Niogas, NEWAG und sogar die nö. Landesregierung, weil sie ihren Sitz in Wien haben, eine Rolle gespielt haben, dann muß ich sagen, daß ein solcher Vergleich sehr stark hinkt, denn wir zahlen ja nicht darauf, wenn wir diese Stellen in Wien belassen. Beim Speisinger Krankenhaus hat aber die Sache wesentlich anders ausgesehen.

Wenn wir die Frage, wie sie heute vielfach aufgerollt wurde, vom Standpunkt der Menschlichkeit betrachten, dann bin auch ich der festen Überzeugung, daß der Standpunkt, nämlich die zur Verfügung gestellten Gelder für die Volksgesundheit in Niederösterreich praktisch anzuwenden und sie nicht irgendwo zu verschleudern, der menschlichste ist. Der Patient hat ja nichts

davon, wenn wir weiß Gott welche Beträge irgendwo hineinstecken, wo sie nicht notwendig sind. Er hat mehr davon, wenn man die Beträge an einer anderen Stelle einsetzt, wo man unter denselben Voraussetzungen, ja unter besseren Bedingungen mehr erreichen kann. (*Landesrat Stika: Da sind Sie erst jetzt daraufgekommen!*) Jawohl, leider! Wenn wir schon früher den Auftrag gehabt hätten, dann wären wir schon früher darauf gekommen.

Vergessen wir nicht, daß wir durch die Führung des Spitäles in Speising seit Jahren eine gewaltige Belastung des Landesbudgets hatten. Es war dies aber vollkommen richtig, weil in den Jahren seit 1945 für die Führung einer Heilstätte für Lungenkranke vorgesorgt werden mußte. In diesen Jahren waren nämlich die anderen Heilstätten in Niederösterreich schwer im Hintertreffen. Heute haben wir aber aufgeholt und wissen, daß heute in Niederösterreich Heilstätten für ungefähr 1300 bis 1400 Tbc-Patienten zur Verfügung stehen, außer jenen Betten in den Spitälern, die eine eigene Lungenabteilung führen. Die Anzahl solcher Abteilungen ist seit dem Jahre 1947 größer geworden. Sogar im Mistelbacher Spital ist ein eigener Tbc-Pavillon errichtet worden, um die Anzahl der Betten für Lungenkranke, die eine Spitalsbehandlung brauchen, zu erhöhen. Die Investitionen, die in Speising durchgeführt wurden, haben im Laufe der Zeit vom Jahre 1948 bis zum Jahre 1955 die beträchtliche Summe von 27,500.000 S verschlungen. Neben diesen Aufwendungen, die wir immer im außerordentlichen Budget vorgesehen haben, war aber auch ein Betriebsabgang festzustellen. Dieser Betriebsabgang ist von Jahr zu Jahr nicht kleiner, sondern größer geworden. Aus dem Jahre 1949 wissen wir, daß das Speisinger Krankenhaus mit einem Abgang von 1,100.000 S abgeschlossen hat. Dieser Abgang ist im Jahre 1951 auf 3,500.000 S und im Jahre 1954 auf 3,800.000 S und im Jahre 1955 auf 4,800.000 S gestiegen. Wir wissen noch nicht, was uns das Jahr 1956 auf diesem Gebiet bringen wird. Diese Ziffern, meine Herren, sind keine Beträge, die den Patienten zugute gekommen sind, sondern das sind die Beträge, für die das Land wegen der Minderleistungen der Krankenkassen aufkommen mußte. Es ist also der Vergleich, daß wir im Speisinger Krankenhaus für einen Patienten pro Tag 82 S aufwenden mußten, wogegen in Grimmenstein für einen Patienten mit 46 S pro Tag für alle Bedürfnisse das Auslangen gefunden wird, vollkommen zutreffend. Ich weiß, daß der Einwand gemacht wird, Grimmenstein wird als Heilstätte geführt und hat daher einen kleineren Personalstand. Das ist richtig, ich bin aber der festen Überzeugung, daß wir auch dann, wenn wir in Grimmenstein eine Spitalsabteilung führen, bei weitem nicht den Betrag erreichen werden, den wir im Speisinger

Krankenhaus aufwenden mußten. Aus dieser Gegenüberstellung können wir auch ersehen, ob wirtschaftlicher gearbeitet wird, wenn ein Betrieb von der öffentlichen Hand oder privatrechtlich geführt wird. Grimmenstein ist nämlich eine Anstalt, die vom Österreichischen Roten Kreuz betrieben wird.

Es war mir der Auftrag gegeben worden, die Kosten zu erheben, die entstehen, wenn wir Speising weiterführen oder wenn wir das Mödlinger Krankenhaus herrichten oder wenn wir die Betten von Speising nach Grimmenstein verlegen. Ich kann nur feststellen — ich habe es bereits im Gesundheitsausschuß getan . . . (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Nachträglich!*) Aber deswegen kann man nicht behaupten, Herr Landeshauptmannstellvertreter, daß die Ziffern nicht richtig wären. Sie sind richtig, hätte ich den Auftrag früher bekommen, dann hätte ich die Feststellung auch früher gemacht. Ich möchte also feststellen, daß wir zur vollständigen Instandsetzung der verschiedenen noch notwendigen Einrichtungen in Speising noch weitere 7,5 Millionen Schilling benötigt hätten. Die Errichtung der Lungenabteilung in Mödling kostet insgesamt etwas über 300.000 S, und es ist ein Irrtum des Herrn Abg. Dubovsky, wenn er meint, daß eine bereits bestehende Abteilung im Spital Mödling in eine Lungenabteilung umgewandelt wird. Im Gegenteil, ein freistehender, derzeit nicht benützter Pavillon wird für diesen Zweck adaptiert, und diese Adaptierungsarbeiten kosten jenen Betrag, den ich jetzt genannt habe. (*Zwischenruf des Abg. Wondrak.*) Die Techniker haben das festgestellt, und ich verlasse mich da nur auf die Fachleute. Es liegen die Erhebungen der technischen Abteilung vor. (*Abg. Wondrak: Nur für 30 Betten!*) Die billigste Abteilung aber, die wir sofort übernehmen können ohne daß sie einen Sachaufwand erfordert, ist Grimmenstein. Grimmenstein wird uns auch in der Zukunft nicht sehr belasten, und zwar deswegen nicht, weil sicherlich die Gewähr geboten ist, daß Grimmenstein auch in Zukunft seinen Betrieb so muster- gültig weiterführt, wie er bisher geführt wurde.

Nun komme ich auch auf die Frage zu sprechen, ob jetzt neue Betten für Tbc-Patienten dazugekommen sind oder nicht. Wenn man die Frage so stellt — und man kann jede Frage so aufziehen, daß die entsprechende Antwort darauf kommt —, ob nicht dadurch, daß man nun in Grimmenstein von 425 Betten 100 Betten als Ersatz für Speising in Anspruch nimmt, eine Verminderung der Bettenanzahl für Tbc-Kranke eingetreten ist, so stimmt das nicht, weil nämlich in Grimmenstein diese 100 Betten derzeit ungenützt stehen. Das ist der Kern der ganzen Angelegenheit. (*Abg. Dubovsky: Grimmenstein war das ganze vorige Jahr vollkommen ausgelastet!*) Wir haben heute den Bericht über die freien Betten in Niederösterreich

bekommen. Die Burgenländer haben in der Zwischenzeit Rechnitz gebaut, und sie haben jetzt alle ihre Patienten, die in Grimmenstein liegen, nach Rechnitz abgezogen und ziehen sie weiter ab. Wir müssen aber feststellen, daß gerade in den letzten Monaten die Einweisungen von den verschiedenen Anstalten nach Grimmenstein ungeheuer nachgelassen haben, sodaß dort auf Grund der heutigen Verhältnisse nie mehr der Vollbelag von 425 erreicht wird. Die Gründe hierfür kenne ich nicht, daher will ich sie nicht aussprechen; aber ich bin fest überzeugt, daß man auch die Einweisungen unter Umständen lenken kann.

Es ist daher unrichtig, daß die niederösterreichische Patientenschaft durch die Verlegung geschädigt wird. Es ist auch unrichtig, daß hier unmenschlich gehandelt wurde, weil alle Bedingungen zur Ausheilung einer Lungentuberkulose in Grimmenstein besser liegen, als sie in Speising jemals gewesen sind. Und wer den Eindruck des Bildes von Grimmenstein, wie er sich bei der Besichtigung dargeboten hat, noch vor sich hat, dem muß wohl schon dieser Eindruck allein genügen, um sich für Grimmenstein und nicht für Speising zu entscheiden. Ich bin heute noch fest der Ansicht, daß die Demonstranten, die damals auf der Galerie dieses Saales gestanden sind und die hier demonstrativ aufmarschiert und später in den Hungerstreik getreten sind, weil man ihnen eingeredet hat, in Speising allein können sie geheilt werden, für Grimmenstein und nicht für Speising demonstriert hätten, wenn sie gewußt hätten, wie Grimmenstein aussieht; sie wären in den Hungerstreik getreten, um zu erreichen, so rasch als möglich nach Grimmenstein verlegt zu werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das Argument, daß eine Anstalt für Tbc-Kranke im Mittelpunkt des Landes liegen müsse, ist nicht aufrecht zu halten. Warum hätte sich denn dann die Anstalt für die Bundesangestellten bemüht, ihre Heilstätte in Hochzirl in Tirol zu errichten? (*Ruf bei den Sozialisten: Ihre Heilstätte!*) Ja, ich sage es noch einmal. Aber das gilt auch für eine Krankenanstalt. (*Zwischenrufe bei den Sozialisten.*) Denn hier kann ich auf einen Ausspruch des berühmten Grazer Universitätsprofessors Winkler hinweisen, der die steirischen Landesanstalten in dieser Hinsicht führt und nur die Heilstätten zu betreuen hat. Er hat mir persönlich folgendes gesagt: Ich gratuliere dem Lande Niederösterreich, daß es diese Lösung mit Grimmenstein getroffen hat und endlich eine Heilanstalt mit der Krankenanstalt an einem weit entlegenen Punkt von der Großstadt oder einer Industriegegend errichtet. Ich konnte darauf nichts mehr antworten, weil letzten Endes der Mann als Fachmann für mich maßgebend gewesen ist.

Meine Herren! Sie haben gesagt, daß wir hier eine Entscheidung treffen, die nur nach einer

ausgegebenen Richtlinie vor sich geht. Täuschen Sie sich nicht: Bei der Bevölkerung ist eine andere Meinung vorhanden, und diese Meinung ist in vielen Briefen an uns zum Ausdruck gekommen. Und gerade die spitälerhaltenden Gemeinden sind es, die genau darauf achten, ob die Mittel aus Steuergeldern praktisch oder weniger praktisch verwendet werden. Ich bin in der Lage, Ihnen aus den verschiedensten Gegenden Niederösterreichs diese Briefe vorzulesen. Ich werde nicht den ganzen Inhalt verlesen, weil dazu die Zeit fehlt, aber die entscheidenden Stellen möchte ich hier vorbringen.

So schreibt zum Beispiel aus dem Viertel unterm Wienerwald die Stadt Baden (*liest*): „Ansuchen um Mittel für außerordentliche Aufwendungen, vielleicht möglich in Anbetracht der glücklichen Regelung des Spitalwesens in Niederösterreich.“ Oder Klosterneuburg (*liest*): „Die Stadtgemeinde Klosterneuburg teilt vor allem die Haltung des Bundeslandes Niederösterreich anlässlich der Auflösung des Landeskrankenhauses Speising, dies umso mehr, als dadurch eine Besserung der Behandlungsmöglichkeit der Patienten, bei gleichzeitiger Herabsetzung wirtschaftlich nicht vertretbarer Mehrkosten erreicht werden konnte.“ Oder Mistelbach. (*Abg. Pettenauer: Das hat doch der Weinmayer geschrieben und nicht die Stadtgemeinde! Der Parteisekretär!*) Ich kann Ihnen sagen, daß der Weinmayer in Mistelbach nicht zu Hause ist und daß ich auch nicht Angehöriger des Spitals in Mistelbach bin. Ich kann Ihnen auch aus anderen Vierteln noch etwas vorlesen. (*Weitere Zwischenrufe bei den Sozialisten.*) Ich weiß nicht, warum Sie plötzlich so nervös werden. Mistelbach (*liest*): „Der Verwaltungsausschuß des Bezirkskrankenhauses in Mistelbach nimmt mit Befriedigung die Maßnahmen der niederösterreichischen Landesregierung bezüglich der Krankenanstalten zur Kenntnis und begrüßt vor allem die Regelung im Landeskrankenhaus Speising, die einerseits keine Nachteile für die Kranken brachte, andererseits aber verhältnismäßig Kosten einspart, wodurch für alle anderen Krankenanstalten Niederösterreichs Mittel zur Verfügung gestellt werden können.“ (*Zwischenruf des Abg. Wondrak.*) Stockerau ist nicht dabei! (*Abg. Endl: Die kommen erst nachher!*) Oder die Gemeinde Hollabrunn. (*Anhaltende Zwischenrufe.*) (*liest*): „Durch die verständnisvolle Regelung in der Sache des Krankenhauses Speising und durch die Lösung verschiedener Fragen im Gesundheitswesen des Landes Niederösterreich könnte der Gemeinde geholfen werden.“ (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Bekommen dann die Gemeinden Geld vom Land? Werden die Ersparungen ihnen zugewendet?*) Herr Landeshauptmannstellvertreter, zuerst möchte ich Ihnen das vorlesen, was noch kommt. Sie werden mich nicht aus der Fassung bringen. Zum Beispiel das Spital

in Melk. (*Abg. Wiesmayr: Nie davon die Rede gewesen!*) Sie sind nicht der einzig Maßgebende, das ist wichtig. Ich nehme aus Pikanterie gerade eine Stelle heraus. Also das Spital in Melk (*liest*): „Die Spitäler Niederösterreichs bedürfen einer wirksamen Hilfe.“ Ich glaube, Herr Kollege Wiesmayr, Sie werden das unterstützen. (*Abg. Wiesmayr: Schauen Sie sich einmal den Abschluß an!*) Oh, den kenne ich! (*Abg. Wiesmayr: Nun also, was sagen Sie dazu?*) Bitte, ich will mich natürlich nicht in eine Polemik in diesem Ton einlassen. Es heißt dann weiter (*liest*): „Es wird in diesem Zusammenhang die Neuregelung des Gesundheitswesens im Lande Niederösterreich besonders begrüßt, da diese die Möglichkeit geben wird, die für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Mittel zweckmäßiger zu verwenden, ohne daß in der ärztlichen Betreuung und Versorgung der Bevölkerung von Niederösterreich eine Schädigung eintritt. Es ist umso notwendiger, als auch bedauerlicherweise das Krankenanstaltengesetz noch immer nicht erledigt wurde und die Sozialversicherungsträger nicht im erforderlichen Ausmaß ihrer Zahlungsverpflichtung nachkommen.“ Ein weiteres Beispiel ist Waidhofen an der Ybbs, dessen Spital fast an der Sperre gestanden wäre, wenn hier nicht helfend eingegriffen worden wäre. Waidhofen an der Ybbs schreibt (*liest*): „Die ständigen Bemühungen der niederösterreichischen Landesregierung, eine Regelung der Verhältnisse auf dem Gebiete der Krankenanstalterhaltung herbeizuführen, werden von der Stadtgemeinde Waidhofen an der Ybbs voll anerkannt. So wurde mit Befriedigung festgestellt, daß durch vernünftige Anordnungen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens der Fall des Krankenhauses Speising einer Erledigung zugeführt wurde, ohne einen niederösterreichischen Patienten zu schädigen.“ (*Abg. Staffa: Genau dasselbe in jedem Brief. Wer hat hier abgeschrieben?*) Aus Eggenburg, aus Horn, aus Waidhofen an der Thaya, aus Allentsteig und aus Zwettl kommen ähnliche Briefe. (*Ruf bei den Sozialisten: Wenn das nicht ferngeleitet ist!*) Ich möchte hier nur alle jene, welche in Niederösterreich ein Spital verwalten und der Sozialistischen Partei angehören — gerade im Zusammenhang mit dem jetzigen Dringlichkeitsantrag und mit klaren Überlegungen, bei denen auch Zahlen eine Rolle spielen, denn auch sie gehen auf das Menschliche hinaus — bitten, sie mögen sich auch die Stellungnahme der anderen Spitalserhalter zu eigen machen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt der Herr Landesrat Brachmann.

LANDESRAT BRACHMANN: Hohes Haus! „Man spricht vergebens viel, um nein zu sagen, der andere hört von allem nur das Nein.“ Die-

ses Dichterwort ist auf die heutige Debatte, die mit scheinbar sachlichen Argumenten geführt wurde, anzuwenden. Ja, man muß überhaupt feststellen, daß, seitdem es die Speisinger Frage gibt, von allen Seiten Argumente herangeholt wurden, die sich widersprachen, Argumente, die zu Beginn eine große Rolle spielten und jetzt wieder mit Schweigen übergangen werden. Der Herr Dr. Haberzettl hat die Frage als Mediziner beurteilt, der Herr Abg. Fehringler vom Standpunkt des Krankenhausverwalters, der Herr Abg. Hilgarth hat sich als Jurist betätigt und dabei auch gelegentlich seiner Antipathie gegen die Krankenkassen Ausdruck gegeben. Aber wenn Sie sich alles das vor Augen halten, was von Anbeginn an in der Speisinger Frage an Argumenten vorgebracht wurde, so bleibt zum Schluß doch nichts anderes übrig als die Absicht des Finanzreferenten des Landes Niederösterreich, angesichts der tristen Lage des Landes bei Wohlfahrtsanstalten zu sparen. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Sehr richtig! — Beifall bei der SPÖ.*) Das ist der eigentliche Grund der Angelegenheit Speising. Wenn wir uns vor Augen halten, was da alles gesagt wird! Der Herr Abg. Fehringler sagt z. B.: „Die spitalerhaltenden Gemeinden freuen sich schon darauf, daß nun die Mittel, die in Speising vergeudet wurden, den anderen Spitälern zugute kommen werden.“ Meine Herren, wir können Sie sehr bald beim Wort nehmen. Ich habe in meinem Antrag zum Nachtragsbudget für die übrigen Spitälern den Betrag von 5 Millionen Schilling eingesetzt (*Beifall bei der SPÖ.*), nachdem im Voranschlag für das Jahr 1956 nur eine Million vorgesehen war. 1 plus 5 Millionen, das wären die 6 Millionen, die man bei Speising ersparen will und die nun den anderen Krankenanstalten zugute kommen sollen. Herr Landesrat Müllner hat im Ausschuß auch einmal so argumentiert, daß man mit den ersparten Mitteln die anderen Krankenanstalten besser dotieren könne. Wir werden Sie bei den Beratungen im Ausschuß darüber befragen! Ich bin überzeugt, daß einer meiner Parteifreunde geneigt sein wird, diesen meinen Antrag aufzunehmen. Wir werden Sie fragen, ob Sie bereit sind, diesem Antrag zuzustimmen, um das, was sich die Spitalerhalter erwarten und was Sie ihnen offenkundig versprechen, dann auch wirklich einzuhalten.

Nun hat der Herr Abg. Hilgarth dem Herrn Sanitätsdirektor seinen besonderen Dank für die Urteile, die er bei verschiedenen Gelegenheiten in der Frage Speising abgegeben hat, ausgedrückt. Es ist nicht meine Art, jemand anzugreifen, der sich nicht verteidigen kann. Aber, meine Herren, der Herr Landessanitätsdirektor hat diese Urteile der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Diese Urteile wurden in der Öffentlich-

keit diskutiert, und deswegen glaube ich auch berechtigt zu sein, zu diesen verschiedenen Urteilen Stellung zu nehmen. In der berühmten Pressekonferenz, die beim Herrn Landeshauptmann Steinböck stattgefunden hat, hat der Landessanitätsdirektor erklärt, die Lungenabteilung in Speising ist halb leer. Beim Landessanitätsrat hat er erklärt, in Speising sind unter den Patienten nur 102 Niederösterreicher gewesen. Wir haben vorgestern im Ausschuß gehört, daß unter den Patienten des Speisinger Krankenhauses durchschnittlich 140 Niederösterreicher gewesen sind. Offenkundig stammt auch dieses Urteil von dort, denn ich könnte mir schwer vorstellen, daß sich jemand anderer diese Daten beschaffen könnte. Es wurde also zuerst gesagt, Speising ist halb leer, und dann, die Patienten, die sich dort befinden, seien in der Hauptsache Wiener. Dieses Argument wurde aber dann nicht mehr gebraucht, und als in der Diskussion dieser Vorhalt den Herren gemacht wurde, sind sie selber davon abgerückt und haben erklärt: Es ist nach dem Gesetz schon so, daß niemand von der Aufnahme in ein Krankenhaus abgewiesen werden kann, woher immer er auch sei. Als wir dann nachwiesen, daß in den Wiener Spitälern mindestens zehnmal soviel Niederösterreicher als Patienten sind, und die Gemeinde Wien mit keinem Wort davon auch nur eine Erwähnung gemacht hat, obwohl der Abgang des Wiener Spitalwesens in die Millionen geht, sind Sie von diesem Argument abgerückt. Der Herr Abg. Stangler hat vorgestern in der Ausschußsitzung wieder die Frage gerichtet, wieviele Niederösterreicher in Speising gewesen sind? Er ist offenkundig der einzige, der sich von diesem Argument noch nicht hat losmachen können. (*Abg. Stangler: Wie viele sind es?*)

Nun wird behauptet, daß es in Niederösterreich 1300 Tbc-Betten gäbe. Ich habe eine amtliche Aufstellung vom Jänner d. J., aus der hervorgeht, daß in den niederösterreichischen Krankenhäusern außerhalb Speising 233 Tbc-Betten und in Speising 190, zusammen also 423 Tbc-Betten sind. (*Zwischenruf bei der SPÖ.: Also nicht 1300!*) Die Heilstättenbetten kann man ja nicht auf die gleiche Stufe wie die Tbc-Betten in den Krankenanstalten stellen, weil Sie selber wissen, daß Heilstätten nicht denselben Charakter haben wie Krankenhäuser. Sie haben diese Einsicht auch dadurch bewiesen, daß Sie sich bemüßigt gefühlt haben, der Heilstätte Grimmenstein den Charakter eines Krankenhauses zuzuerkennen, um dort den Ersatz für Speising, wie Sie sich ihn vorstellen, schaffen zu können.

Nun, meine Herren, wenn jetzt in der ganzen Diskussion von der Österreichischen Volkspartei Grimmenstein als das Um und Auf der niederösterreichischen Tbc-Bekämpfung hingestellt wird, so muß ich Sie daran erinnern, daß man

ursprünglich gar nicht an Grimmenstein gedacht hat. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Sehr richtig!*) Landesrat Müllner hat die Sperre der Speisinger Tbc-Abteilung, beantragt, die Mehrheit in der nö. Landesregierung hat das beschlossen, und dann ist der Herr Landesrat Müllner auf Reisen gegangen. Es war Mödling sicher von Haus aus in Aussicht genommen, dort eine Tbc-Abteilung, wohl ganz kleinen Ausmaßes und auch hinsichtlich der Ausgestaltung sehr eingeschränkt, einzurichten. Aber es ist auch eine zeitlang von Klosterneuburg die Rede gewesen. Man wollte die gynäkologische Abteilung dorthin verlegen. Und dann ist die große Reise nach St. Pölten gekommen; man hat das dortige Truppenspital für eine Tbc-Abteilung des Landes in Aussicht genommen, obwohl auch ärztliche Kreise in St. Pölten selbst darauf hingewiesen haben, daß die Nähe der Glanzstofffabrik für die Errichtung einer Tbc-Abteilung nicht empfehlenswert sei.

Seitdem ich das Referat des Gesundheitswesens in Niederösterreich führe, habe ich immer Schwierigkeiten mit der Krankenanstalt Speising gehabt, weil mir bei den Vorverhandlungen fürs Budget immer wieder entgegengehalten wurde, wie hoch die Kosten in Speising seien; nicht nur die Kosten der Ausgestaltung dieser Anstalt — sie ist ja gar nicht fertig gewesen und ist heute noch nicht fertig — sondern auch die Höhe des Abganges.

Dazu muß ich eines sagen: Speising war, so wie es eingerichtet gewesen ist, eine der modernsten Krankenanstalten in Niederösterreich, wenn nicht die modernste überhaupt. Daß die Krankenanstalten durch die Entwicklung der Medizin und der neuen kostspieligeren Heilmittel ebenteurer geworden sind, glaube ich, ist eine allgemeine Erkenntnis, die ich hier nicht nachdrücklich zu vertreten brauche. Bedenken Sie aber, meine Herren, daß andere Bundesländer für ihr Gesundheitswesen viel mehr Mittel aufbringen als Niederösterreich. Das Land Steiermark, das in der Hauptsache Landesspitäler neben einigen Privatspitälern besitzt, hat im Jahre 1955 nur für den Abgang in seinen Krankenanstalten einen Aufwand von 48 Millionen Schilling gehabt. Das Land Oberösterreich baut gegenwärtig ein Landesspital für 300 Betten mit einem Kostenaufwand von 70 Millionen Schilling. Das Land Oberösterreich hat für einen Zubau im Krankenhaus Steyr 30 Millionen Schilling aufgewendet, wohl gemerkt, nur für einen Zubau! (*Abg. Hilgarth: In wie viel Jahren?*) Das war vor einigen Jahren. Wenn Sie, Herr Abg. Hilgarth, bedenken, daß das Speisinger Krankenhaus bisher 27 Millionen Schilling erfordert hat, so ist die Aufwendung bloß für einen Zubau von 30 Millionen Schilling hier wohl in Vergleich zu ziehen, und kann das Land Ober-

österreich diesen Vergleich aushalten. Es ist schon so, meine Herren, daß das Land Niederösterreich, das immer so stolz als das Kernland der Republik hingestellt wird, hinsichtlich seiner Aufwendungen für sein Wohlfahrtswesen hinter den meisten anderen Bundesländern zurücksteht. Es ist sicher keine Ehre für dieses Kernland der Republik, wenn gerade in diesem Land in der letzten Zeit, in der das Nachbarland ein großes Landeskrankenhaus baut, ein Krankenhaus aufgelassen wird. Ursprünglich war nicht an eine Verlegung von Abteilungen aus Speising gedacht, ursprünglich dachte man an eine Auflasung. Das geht doch schon aus dem Antrag Scherrer klar hervor, der jenen Betrag, den die beiden Abteilungen, nämlich die Lungenabteilung und die Gynäkologie erfordert hätten, zur Streichung beantragt hat. Die Mehrheit hat diesen Antrag angenommen. Diese 6 Millionen, die damals gestrichen wurden, waren für die Lungenabteilung und für die Gynäkologie notwendig, und rein budgetmäßig gesprochen wäre am 1. Jänner 1956 für diese beiden Abteilungen kein Schilling und kein Groschen vorhanden gewesen.

Nun komme ich zur Angelegenheit „Verlegen“. Wenn man von Haus aus daran gedacht hätte, die Abteilungen zu verlegen — auch verlegte Abteilungen kosten Geld —, dann wäre es nicht notwendig gewesen, den ganzen Betrag, den diese beiden Abteilungen erfordern, einfach aus dem Budget zu streichen. Zur Verlegung sind Sie aber erst dann gekommen, als sich in der Öffentlichkeit der große Widerstand erhoben hat. Übrigens habe ich hier den Antrag, der seinerzeit in der Landesregierung eingebracht wurde, liegen, in dem es unter dem Betreff Landeskrankenhaus Speising heißt: Auflösung der Tuberkuloseabteilung sowie der geburtshilflichen und gynäkologischen Abteilung. Da steht von einer Verlegung nichts darinnen, und es wäre auch für eine Verlegung der beiden Abteilungen kein Betrag vorhanden gewesen. Ich habe damals sowohl im Ausschuß als auch im Landtag selbst darauf hingewiesen, daß man wird vorsorgen müssen, um diese beiden Abteilungen weiterführen zu können. Ich habe damals keinen Appell an den Finanzreferenten gerichtet, in dem Bewußtsein, daß bei dem Mann, der sich für das Budget verantwortlich fühlt — Finanzreferenten müssen nicht unbedingt eine soziale Gesinnung haben —, mit einem Appell nichts ausgerichtet werden kann. (*Abg. Stangler: Meinen Sie den Resch?*) Ich habe daher meinen Appell an den Herrn Landeshauptmann und an die Herren Abgeordneten dieses Hauses gerichtet, in der Hoffnung, daß es sowohl dem Einfluß des Herrn Landeshauptmannes als auch der Herren Abgeordneten möglich sein wird, doch die notwendigen Mittel für die Weiterführung

dieser beiden Abteilungen zu erhalten. Auch habe ich angenommen, daß sich auch in einer OVP.-Mehrheit eine Anzahl von Abgeordneten finden wird, die für soziale Bedürfnisse noch etwas übrig haben. (*Abg. Stangler: Aber nicht für wirtschaftlich unvernünftige! — Abg. Staffa: Was Sie von Wirtschaft verstehen!*) Es ist aber für die Öffentlichkeit und vielleicht auch für die Abgeordneten dieses Hauses, welche die Dinge nicht ganz aus der Nähe verfolgt haben, doch interessant, die ganze Genesis des Speisinger Krankenhauses und vor allem die Entwicklung, wie sie sich im letzten Jahre abgespielt hat, kennen zu lernen.

Das Speisinger Krankenhaus wurde seinerzeit in der Absicht gegründet, dort jene Spezialabteilungen zu schaffen, die an den übrigen Krankenhäusern des Landes begreiflicherweise nicht errichtet werden können, also zusammenfassend alles das zu schaffen, was zur vollkommenen Führung des Gesundheitsdienstes notwendig ist. Meine Frauen und Herren! In der Denkschrift über die Eröffnung des Krankenhauses Speising wird gerade vom Landessanitätsdirektor in besonderem Maße auf die Konzentration des Gesundheitsdienstes für Tuberkulose hingewiesen. Wie optimistisch dieser Herr damals hinsichtlich des Ausbaues von Speising gewesen ist, beweist die Tatsache, daß er in der Denkschrift ausdrücklich erwähnte, daß diese Lungenabteilung auch noch auf 250 Betten erweitert werden könnte. Die Herren waren damals ja auch Fachleute, und wenn heute der Herr Landes-Sanitätsdirektor vom Herrn Abg. Hilgarth als grosser Mediziner gerühmt wurde, so glaube ich, war er derselbe auch im Jahre 1948. Wenn nun der große Mediziner Stremnitzer damals an eine Erweiterung der Lungenabteilung bis auf 250 Betten gedacht hat, so kann das im Jahre 1956 nicht vollkommen falsch sein. Wenn Sie nun sagen, seit dem Jahre 1948 haben sich die Dinge in der Tuberkulose wesentlich geändert — der Herr Sanitätsdirektor sagt bei jeder Gelegenheit, die Tuberkulose sei außerordentlich zurückgegangen —, dann muß ich Ihnen, meine Herren, sagen, für Niederösterreich trifft das nicht zu. Ich werde Ihnen sofort aus dem Tätigkeitsbericht, den mir das Sanitätsreferat erstattet hat, die erforderlichen Ziffern bekanntgeben. Die Zahl der Todesfälle ist zurückgegangen, es ist vielleicht auch die Zahl der Neuerkrankungen zurückgegangen. Einige Redner haben aber auch die Tatsache erwähnt, daß die Zeit der Heilung, wie sie bis jetzt in Österreich praktiziert wird, viel zu kurz ist. Die Zahl der Rückfälle ist außerordentlich groß, so daß man von einem Rückgang der Tuberkulose nicht sprechen kann. Es heißt hier im Tätigkeitsbericht (*liest*): „Neuanfälle von Tbc-Kranken im Berichtsjahre 1955. Aus beiliegender Tabelle ist ersichtlich die Zahl

der jährlichen Neuanfälle Tuberkuloseerkrankter seit dem Jahre 1948. Bis 30. November 1955 konnten bisher mit den Randgemeinden 1868 Neuanfälle, davon 525 offene Tuberkuloseformen, gezählt werden.“

Nun, meine Herren, wenn Sie vorhin gehört haben, daß es in ganz Niederösterreich einschließlich des Speisinger Krankenhauses nur 423 Tuberkulosebetten gab, und hier festgestellt wird, daß die Zahl der offenen Tbc-Fälle, die in diesem Zeitraum angefallen sind, 525 betrug, so wird jeder Einsichtige feststellen können, daß man die Zahl der Tuberkulosebetten nicht vermindern konnte; denn seit dem Jahre 1955 haben sich die Verhältnisse auf diesem Gebiet nicht so wesentlich ändern können.

Dann heißt es weiter (*liest*): „Bei den Tbc-Fürsorgestellen wurden am Ende des Jahres 1954 ohne Randgemeinden insgesamt 8027 Personen mit einer aktiven Tuberkulose in Evidenz gehalten, davon waren 1916 Erkrankte von einer ansteckenden Tuberkulose befallen.“ Ansteckende Tuberkulose! Da muß natürlich wieder das in Betracht gezogen werden, was sich in den einzelnen Krankenhäusern Niederösterreichs ergibt, wo nur kleine Tuberkuloseabteilungen mit 5, 10, 15 Betten vorhanden sind, daß nämlich diese Tuberkulosekranken geradezu als Auswürflinge betrachtet und behandelt werden und sich infolgedessen dort außerordentlich unglücklich fühlen.

Schließlich wird noch ausgeführt (*liest*): „Bis zum 30. November 1955 waren in Niederösterreich mit den Randgemeinden 8667 aktive Tbc-Fälle erfaßt, davon 1995 mit offener Tuberkulose.“ — Sie sehen also, in dem einen Jahr ein Zugang von über 500 und erfaßt insgesamt 1995. — Dann heißt es (*liest*): „Bei den Tuberkulosefürsorgestellen der Randgemeinden allein wurden 623 aktive Fälle, davon 154 offene, in Evidenz gehalten.“

Diese Ziffern, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind amtlich von der Sanitätsdirektion mir als Material für die Budgetdebatte geliefert worden; sie können auch nicht vom Sanitätsdirektor im heutigen Zeitpunkt bestritten werden.

Nun zu Speising! Ich habe schon gesagt, daß es gewisse Schwierigkeiten gab, weil man nicht einsehen wollte, daß eine moderne Krankenanstalt an sich eine kostspielige Angelegenheit ist. Aber zum erstenmal wurde uns bewußt, daß die Angelegenheit in ein akutes Stadium getreten war, als während der Parteienverhandlungen für die Regierungsbildung im Jänner 1955 der Herr Landeshauptmann Steinböck erklärte, er behalte sich „organisatorische Maßnahmen“ im Krankenhaus Speising vor. Ich war außerordentlich überrascht und konnte mir nicht vorstellen,

welche organisatorischen Maßnahmen der Herr Landeshauptmann dabei im Auge hatte. Und als ich dann Näheres wissen wollte, sagte er nichts Konkretes, sondern nur: „Es ist ganz selbstverständlich, daß ich, wenn es dazu kommen sollte, mit dir als dem zuständigen Referenten das Einvernehmen pflegen werde.“ Ich war naiv genug, mich mit dieser Antwort zufriedenzugeben, und habe gedacht, man wird, wie es in einer ordentlichen gemeinsamen Verwaltung sein soll, über die Dinge vorher sprechen und wird sich beraten können. Davon war aber nicht die Rede, sondern am 8. März 1955 kam der Herr Landesrat Müllner in die Landesregierungssitzung mit dem Antrag, die gynäkologische Abteilung von Speising in das Krankenhaus Mödling zu verlegen. Ich habe natürlich meiner Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß das ja gegen die Abrede sei und daß man schließlich doch über die Dinge vorher reden müsse. Daraufhin wurde die Angelegenheit auf die nächste Regierungssitzung vertagt. In der nächsten Regierungssitzung aber hat die ÖVP.-Mehrheit auf Antrag Müllner den Beschluß gefaßt, die Verlegung durchzuführen. Ich habe es abgelehnt, diesen Beschluß der Landesregierung durchzuführen, weil ich der Meinung war, daß es nicht angängig sei, daß das Land, wenn auch treuhändiger Verwalter des Krankenhauses Mödling, das Recht habe, einen so weitgehenden Eingriff in die Organisation dieses Krankenhauses zu unternehmen, ohne mit dem Eigentümer dieses Krankenhauses — und das sind die ehemaligen Mitglieder des Bezirksverbandes, ich glaube, es sind 15 Gemeinden — ein Übereinkommen zu treffen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß es nach der Rückkehr der Randgemeinden wünschenswert gewesen wäre, daß dieses Krankenhaus wieder vom ehemaligen Bezirksverband übernommen werde. Aber die Gemeinden konnten sich nicht einigen. Es war nicht möglich, sie dazu zu bringen. Da hat das Land eben die treuhändige Verwaltung übernommen. Ich habe zweimal in der Landesregierung den Antrag gestellt, dieses Krankenhaus als Landeskrankenhaus zu übernehmen. Das wurde auch abgelehnt. Es blieb jener sicher ungute Zustand bestehen, daß das Land die Verwaltung führt, und der Rechtsträger für diese Anstalt erst gesucht werden mußte, während gleichzeitig verhältnismäßig große Kosten durch die Führung des Krankenhauses erwachsen. Der Herr Kollege Müllner hat sich aber im Laufe der Zeit überzeugen müssen, daß es doch nicht so einfach ist, diesen Beschluß der Landesregierung durchzuführen, weil der Verfassungsdienst ihm eben erklärt hat, daß ein öffentlicher Verwalter nicht berechtigt sei, einen so weitgehenden Eingriff durchzusetzen. Es ist dann wieder ruhig geworden, und ich habe mir gedacht, die Sache sei aufs Eis gelegt. Dann sind

im Landhaus in den verschiedenen Büros Gerüchte umgegangen, daß doch mit Speising etwas geplant sei. Daraufhin habe ich zweimal in der Landesregierung an den Herrn Landeshauptmann die Frage gerichtet, was hinter diesen Redereien stehe, ohne eine konkrete Antwort zu bekommen. Der Herr Landeshauptmann hat einfach ausweichend geantwortet. Erst als der Herr Abg. Scherrer im Finanz- und Budgetausschuß den Antrag auf Streichung der erforderlichen Mittel gestellt hat, war die Lage klar. Während bisher immer nur von der Verlegung der Gynäkologie die Rede gewesen ist, war es nun klar und wurde auch zugegeben, daß man daran dachte, die Tbc-Abteilung aufzulassen oder, wie es dann späterhin hieß, zu verlegen. Ich habe schon gesagt, daß der Antrag Scherrer nicht eine Verlegung zur Folge haben konnte, sondern daß die Tatsache der Streichung des vollen Betrages von 6 Millionen ja zur Auflösung dieser Abteilungen führen mußte. Im Jänner sind dann weitere Maßnahmen erfolgt, und es hat wieder Landesrat Müllner, der ja vom Herrn Landeshauptmann mit der Durchführung beauftragt war, nachdem ich es abgelehnt habe, an der Zerstörung von Speising mitzuwirken, den Antrag gestellt, ab 1. Februar 1956 die Aufnahme von Patienten in Speising zu sperren. Dann kam jene berühmte Pressekonferenz, die der Öffentlichkeit Klarheit und Wahrheit bringen sollte. Ich habe schon erwähnt, daß bei dieser Pressekonferenz — sagen wir das milde Wort „irrig“ — Ziffern und Daten den Pressevertretern bekanntgegeben wurden, die uns veranlaßten, natürlich auch die Öffentlichkeit aufzuklären. Ich erinnere daran — der Herr Hilgarth hat heute deswegen Herrn Professor Dr. Schönbauer eine schlechte Note gegeben —, daß sich Professor Dr. Schönbauer in einer Radiosendung gegen die Auflassung von Spitälern und gegen den Abbau von Tuberkulose-Krankenbetten gewendet hat. (*Zwischenruf bei der ÖVP.: Weil er beim BSA ist!*) Ich weiß es nicht, ich bin nicht so gut über die Zugehörigkeit der Ärzte zu den einzelnen Organisationen informiert. Es ist nicht meine Art, jedem nachzuschneffeln, welcher politischen Richtung er angehört. Ich muß das Ihnen überlassen, die, wie die Daten beweisen, auf diesem Gebiete eine bessere Fertigkeit besitzen. Nun ist man auf einmal dann auf Grimmenstein gekommen. Es haben schon meine Vorredner die Qualitäten und Nachteile von Grimmenstein eingehend erörtert. Ich möchte das nicht wiederholen. Bezeichnend ist eines, das ich bei dieser Gelegenheit nicht verschweigen möchte: Es wird in den Presseaussendungen der ÖVP. behauptet, es gäbe ja noch eine Zentralstelle für die Tuberkulosebekämpfung in Speising, sie sei ja gar nicht aufgelöst worden. Man meint damit jene Abteilung,

die dem Herrn Landes-Sanitätsdirektor untersteht, eine „papierene Tuberkulosebekämpfung“, die nur den Schriftverkehr mit den Gesundheitsämtern im Lande Niederösterreich führt und in Wirklichkeit praktisch für die Tuberkulosebekämpfung bedeutungslos ist.

Abschließend möchte ich nur eines sagen: Ich habe — und ich wiederhole das — dem Herrn Finanzreferenten, Kollegen Müllner, in all meinen Ausführungen bisher nicht den geringsten Vorwurf gemacht, und zwar deswegen nicht, weil ich auf diesem Gebiete von ihm gar nichts anderes erwartet habe und auch jetzt nichts erwarte. Aber ich muß feststellen, daß die Hauptverantwortlichen für die Auflassung oder die Zerstörung des Speisinger Krankenhauses der Herr Landeshauptmann und der Landes-Sanitätsdirektor von Niederösterreich sind. Sie, meine Herren, stehen heute vor der Entscheidung, durch Ihre Zustimmung unter Umständen zum Mitschuldigen dieser beiden Hauptverantwortlichen zu werden. Ich richte deshalb noch einmal in letzter Stunde an Sie den Appell: Haben Sie mehr soziales Gefühl, haben Sie mehr Verständnis für das Gesundheitswesen unseres Landes und lehnen Sie den Antrag, den der Gesundheitsausschuß beschlossen hat, ab. Stellen Sie das Landeskrankenhaus Speising — so wie es war — wieder her, und jeder vernünftige Mensch wird deswegen, weil Sie einen Irrtum eingesehen haben, keinen Stein auf Sie werfen. Jeder wird es Ihnen geradezu als Verdienst anrechnen, daß Sie unter Hintansetzung des Prestiges der Vernunft schließlich doch zum Durchbruch verholfen haben. (*Abg. Stangler: Man muß endlich einmal den Mut zu vernünftigen Argumenten haben!*) Herr Abg. Stangler, ich glaube, so weit kennen Sie mich, daß es mir nicht darauf ankommt, aus einer Sache wie Speising irgend welche politische Töne herauszuholen. Mir geht es als dem verantwortlichen Gesundheitsreferenten darum, daß diese Institution, die vom Lande Niederösterreich mit so großen Opfern aufgebaut wurde und die sich im Lande selbst und auch weit über die Grenzen hinaus ein so großes Ansehen erworben hat, unter Umständen doch noch für die Tuberkulosekranken Niederösterreichs erhalten bleibt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Worte gelangt Herr Abg. Hainisch.

ABG. HAINISCH: Hoher Landtag! Ich erfreue mich Gott sei Dank persönlich einer halbwegs guten Gesundheit. Aber wenn ich Patient wäre, so würde für mich, wenn ich in ein Spital müßte, die Beantwortung von zwei Fragen wichtig sein: Die eine Frage ist, ob ich in diesem Spital Aufnahme finden kann, und die zweite

Frage ist die, ob ich in diesem Spital auch ordentlich ärztlich behandelt werde. Wenn ich mir diese beiden Fragen beantworten kann, meine Herren, dann ist es mir als Patient vollkommen gleichgültig, ob ich nach Speising, Grimmenstein, Zwettl, Hainburg oder in eine andere Stadt Niederösterreichs komme. Das ganze Problem Speising sinkt also auf die Beantwortung dieser beiden Fragen zusammen, und diese Fragen haben die ärztlichen Fachleute eindeutig beantwortet. Nicht nur der Landes-Sanitätsdirektor, sondern auch der Chefarzt in Grimmenstein und unser ärztlicher Fachmann, Abg. Dr. Haberzettl, haben diese Fragen bejaht. Was aber noch mehr wiegt, der ärztliche Fachmann auf Ihrer Seite hat dazu geschwiegen, und dieses Schweigen spricht mehr als laute Worte. Denn wenn er sprechen würde oder könnte, würde er wahrscheinlich den anderen Fachleuten recht geben müssen.

Meine Damen und Herren! Das Problem Speising erweist sich also, von allem Beiwerk entkleidet, als nichts anderes, als der Versuch Ihrer Partei, jetzt vor den Wahlen einen Wahlschlager zu finden. Dafür habe ich Verständnis. Uns ist ja Gott sei Dank kein Rentenklau abhanden gekommen so wie Ihnen, den Sie übrigens selbst wieder den Nationalsozialisten geklaut haben und den Sie jetzt wieder in einen Ölklaus ändern. Und uns ist auch kein „Krahveitl“ mit einem Arbeitslosen im Schnabel davongeflogen, weil es ja dank der Politik des Finanzministers Dr. Kamitz und der Bemühungen des Bundeskanzlers Ing. Raab im Lande praktisch — mit Ausnahme von einigen Notstandsgebieten — keine Arbeitslosen mehr gibt. Ich finde es also begreiflich, meine Herren, wenn Sie hier nach einem Wahlschlager Umschau halten. Ich glaube aber, daß gerade die Speisinger Angelegenheit für Sie kein Wahlschlager werden wird, und zwar deswegen nicht, weil ganz bestimmt 90, 95 oder noch mehr Prozent der Wählerschaft genau so denkt wie ich, daß nämlich nur zwei Fragen wichtig sind: Ob man in einem Spital Aufnahme findet und dort auch ärztlich gut behandelt wird. Nachdem diese beiden Fragen eindeutig beantwortet wurden, kann die Entscheidung unserer Partei nur so sein, wie sie schon von mehreren Rednern meiner Fraktion bisher vorgetragen wurde, nämlich daß wir das für gut halten, was die Landesregierung beschlossen hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Worte gelangt Herr Abg. Steingötter.

ABG. DR. STEINGÖTTER: Hoher Landtag, sehr verehrte Frauen und Herren! Wenn Sie in meiner Rede zum Budget nachschlagen, so werden Sie in dieser Rede eine Bemerkung finden,

die ich — wenn Sie mich heute schon herausfordern — wiederhole. Ich habe — lesen Sie das im Protokoll nach — in meiner Budgetrede damals gesagt, daß die Lösung der Angelegenheit des Speisinger Spitals von der ÖVP. stümperhaft vorgenommen wurde. Sie haben sich vorgenommen, eine, bzw. zwei Abteilungen — ich beschränke mich heute hauptsächlich auf die Tuberkuloseabteilung — aufzulösen und haben dann nachher erklärt, daß diese Auflösung zugleich auch eine Transferierung der Abteilung wo andershin bedeutet. Nun haben Sie diese Auflösung der Abteilung gegen alle Regeln der medizinischen Wissenschaft vorgenommen. Ich kann eine Krankenabteilung nur dann auflösen, wenn ich für den Ersatz derselben alle Vorbereitungen getroffen habe. (*Ruf bei der SPÖ.: Vorher!*) Ich selbst habe als Abteilungsvorstand einer internen Abteilung einer sogenannten Volksheilanstalt eine solche Verlegung der Abteilung mitgemacht. Das war in St. Pölten. Wir haben in den Kriegsbaracken, die leider heute noch stehen, eine Volksheilanstalt als Nachfolgerin des ehemaligen Reservespitals gehabt, und ich habe bei meiner Rückkehr vom Kriegsschauplatz am 22. November 1918 die interne Abteilung übernommen. Wir wußten, daß diese Kriegsbaracken schon für die damalige Volksheilanstalt völlig unzulänglich waren. Wir haben uns umgesehen und in der ehemaligen, inzwischen leergewordenen Militärunterrealschule das entsprechende Gebäude gefunden, um diese Anstalt dorthin zu transferieren. Meine Damen und Herren! Wir haben bei dieser Transferierung noch um 12 Uhr in den Kriegsbaracken Mittag gegessen und um 18 Uhr beim Nachtmahl war die Transferierung vollständig durchgeführt. Es wurde kein Kranker aus dieser Abteilung weggenommen und in die neue transferiert, bevor eben nicht in der ehemaligen Unterrealschule die vollkommen neue Abteilung dagestanden ist. Das ist eine Transferierung nach dem medizinischen Standpunkt. Wenn Sie das heute von mir hören wollen, dann müssen Sie zur Kenntnis nehmen, daß gegen alle Regeln der medizinischen Wissenschaft — und daß muß auch der Herr Kollege Doktor Haberzettl als Arzt bestätigen — in Speising vorgegangen wurde. (*Ruf bei der ÖVP.: Wieso, Grimmenstein!*) Sie müssen erst einen Ersatz suchen und diesen entsprechend herrichten, denn es ist nicht so einfach, eine Heilstätte sofort teilweise in ein Spital zu verwandeln. Wohl werden heute in den Heilstätten alle therapeutischen und chirurgischen Maßnahmen durchgeführt, aber unter dem Gesichtspunkt der Heilstätte, nicht unter dem Gesichtspunkt eines allgemeinen Krankenhauses. Es wird also wahrscheinlich notwendig sein, weitere ärztliche Kräfte, weiteres Pflegepersonal aufzunehmen, um den Bedingungen eines allgemeinen Krankenhauses, einer Lun-

genabteilung, nachzukommen. Auch im Mödlinger Krankenhaus ist es noch nicht möglich, die Kranken sofort aufzunehmen und ihre Behandlung genau so durchzuführen, wie das in Speising der Fall gewesen ist. Wenn Sie es vielleicht auch in anderen Spitalern, etwa im Landeskrankenhaus in Tulln, machen wollen, so fehlen dort ebenfalls alle Vorbedingungen. Wenn Sie schon den Beschluß gefaßt haben, die Krankenanstalt Speising aufzulösen, so wären im Interesse der Öffentlichkeit zuerst alle notwendigen Maßnahmen zu treffen gewesen — Bereitstellung der entsprechenden Betten, Ärzte, Pflegepersonal, kurz und gut alle Einrichtungen, die notwendig sind und in Speising vorhanden waren —, bevor Sie beabsichtigt haben, die Krankenanstalt zu transferieren.

Es ist hier leider nicht fachlich vorgegangen worden, und das ist ein großer Vorwurf, den man Ihnen machen muß. Ich wünsche nicht, und zwar im Interesse der Kranken, daß bei dieser Art der Transferierung auch nur ein Kranker geschädigt wurde, denn dann müßten Sie das auf Ihre eigene Verantwortung machen. Die medizinische Wissenschaft, die medizinische Lehre verlangt bei der Verlegung eines Spitals, daß in dem Moment, wo die Schließung einer Abteilung vorgenommen wird, schon alles in die Wege geleitet wurde, um diese Transferierung ohne Schädigung der Kranken durchzuführen. Beim Speisinger Krankenhaus hängen aber eben die Dinge, die in fachlicher Weise absolut zu wünschen übrig lassen, mit ganz anderen Dingen zusammen.

Ich komme nun auf die Verhandlungen zurück, die bei der Eröffnung der neuen Session des Landtages stattgefunden haben, als man plötzlich von der alten Übung abging und von der bewährten Einrichtung der ministeriellen Führung der Landesregierung abging und zu der sogenannten kollegialen Führung überging, bei der man den Fachreferenten nicht einmal von den Plänen in Kenntnis setzt und ganz einfach innerhalb der Landesregierung von dem Majoritätsprinzip Gebrauch macht. Man hat im Falle Speising weder in der Landesregierung, noch in den betreffenden Ausschüssen, noch im Landtag, bevor man an die Transferierung des ersten Kranken geschritten ist, das ganze Problem erörtert. Dieses Unheil, das damals angefangen hat, hat nun seinen Lauf genommen. Sie haben es uns verwehrt, das niederösterreichische Volk zum Richter über diesen gegenteiligen Standpunkt aufzurufen. Sie hätten Gelegenheit gehabt, am 13. Mai das niederösterreichische Volk über all die Dinge, die seit dem Jahre 1955 hier im Lande zu unerquicklichen Zuständen geführt haben, mitentscheiden zu lassen. Darunter leidet nun das niederösterreichische Volk. Ich hoffe nicht, daß darunter auch nur ein Kranker, ein

Tuberkulöser der aufgelösten Anstalt Speising gelitten hat.

Damit habe ich meine Ansicht geäußert. Sie haben mein Schweigen gebrochen. Ob es zu Ihrem Besten ausgefallen ist, das bezweifle ich. *(Beifall bei den Sozialisten.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Landesrat Müllner.

LANDESRAT MÜLLNER: Hoher Landtag! Es wurde von dieser Stelle aus über das Problem der Schließung, beziehungsweise Auflösung des Krankenhauses Speising oder über die Tbc-Abteilung und Gynäkologische Abteilung des Krankenhauses Speising in mehrfacher Hinsicht gesprochen. Ich erlaube mir nur ein Argument hinzuzufügen, und dieses Argument müssen Sie in Betracht ziehen, wenn Sie die einzelnen Standpunkte verschiedener Persönlichkeiten hier einer Kritik unterziehen.

Es ist richtig, daß bei Gründung des Spitäles Speising eine andere Situation vor uns lag als heute, wo wir keine Besatzungsmacht mehr in unserem Lande haben und wo die Randgemeinden wieder zu Niederösterreich zurückgekommen sind. Zu der Zeit, als die Errichtung des Krankenhauses Speising beschlossen wurde, war es eine ungeheuer schwere Frage — und ich bedaure es, daß damals eben diese Situation vor uns lag —, zu entscheiden, ob mit Hilfe des schwedischen Roten Kreuzes das Schwedenstift in Perchtoldsdorf ausgebaut oder eine andere Anstalt gegründet werden soll. Damals waren es nicht nur diese Persönlichkeiten, sondern es waren auch andere, die man zur Spendenleistung anregen oder gewinnen wollte, die aber nicht gern in die Zone von Niederösterreich gegangen sind und sich lieber in der Zone von Wien bewegt haben, wo das Krankenhaus Speising liegt. Ich will über die Vergangenheit nicht sprechen, denn wir alle müssen glücklich sein, daß diese Periode beendet ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Aber wenn Sie etwas beurteilen, so ist es unmöglich, daß Sie die Situation von damals außer Betracht lassen.

Wenn wir aber heute über diese Verhältnisse sprechen, dann muß ich Ihnen sagen: Es ist für jeden Menschen und für jeden verantwortlichen Mann jedenfalls von Vorteil, wenn er etwas als einen Irrtum erkennt, diesen Irrtum einzugestehen und ihn gutzumachen. Tadelnswert wäre es, einen Irrtum zu erkennen und dennoch in diesem Irrtum zu verharren. Gestatten Sie, daß ich mich dazu bekenne, daß ich die Errichtung des Speisinger Krankenhauses als Irrtum anerkenne, und ich glaube, ich bin es nicht allein, der es als einen Irrtum bezeichnet.

Sie sagen, es habe nicht der Finanzreferent die Verantwortung, sondern der Landeshauptmann

und der Sanitätsdirektor. Ich nehme das freudigst zur Kenntnis. Ich bin zwar darüber überrascht, weil ich vor mir die Zeichnungen in Ihrer Presse sehe, wo ich als spielender Bub mit einem Hammer gezeichnet bin und einmal die Spitäler zertrümmere und ein andermal die Hand hebe, um Schulen zu zertrümmern, und weil ich die Hundehütte sehe, in die ich hineinschaue, ob darin noch ein Platz für ein Krankenbett ist. Ich nehme mit Freuden wahr, daß das nicht so ernst gemeint ist. Ich nehme an, Sie sagen, andere sind auch schuld. Als ich die Zeichnung gesehen habe, habe ich gedacht, ich muß allein an allem schuld sein.

Es war in einer Sitzung des Gesundheitsausschusses, in der Herr Landesrat Brachmann gesagt hat, er habe nie gewußt, was eigentlich geschehen soll, er wäre nicht im Bild gewesen, daß überhaupt etwas geschehen soll, er war vielmehr ganz überrascht, als ich den Antrag stellte, die Aufnahme im Speisinger Krankenhaus zu sperren. *(Landesrat Brachmann: Ich war überrascht, als der Abg. Scherrer den Antrag gestellt hat. — Landeshauptmannstellvertreter Popp: Als in der Landesregierungssitzung der Antrag gestellt wurde, haben Sie keine Antwort gegeben!)* Nehmen Sie zur Kenntnis, daß ich es genau chronologisch feststellen will. Wenn Sie eine Frage stellen und wir antworten sollen, so hat das mit den Maßnahmen gar nichts zu tun, denn Ihre Anfragen sind ja nicht nur Fragen, sondern sie bedeuten Angriffe. *(Ruf links: Das kann schon sein!)* Und die Angriffe müssen wir parieren. Es kann eine Fragestellung ebenso ein Angriff sein, wie sonst irgendein Angriff. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Sind meine Fragen so unangenehm?)* Das ist ganz gleich, wenn sie uns unangenehm sind, steht es uns frei, sie zu beantworten oder zu ignorieren, denn man kann niemanden zwingen, daß er eine Anfrage beantwortet, die er nicht beantworten will.

Ich glaube nun feststellen zu müssen, wir haben den Fall Speising seit der letzten Landtagsitzung erledigen müssen, weil wir ihn mit der Rückgliederung der Randgemeinden als erledigungsreif angesehen haben, denn es ist unmöglich, daß das Land für alle Spitäler Niederösterreichs weniger leistet, als für das eine Landeskrankenhaus in Speising. *(Landesrat Brachmann: Das ist ja das Traurige!)* Wir sind der Meinung, daß es zweckmäßiger ist, wenn wir die Gelder den niederösterreichischen Spitälern geben. Darum haben wir uns vorgenommen, diese Frage zu regeln. Ich stelle also fest, daß wir diese Absicht gehabt haben und daß Ihre Partei genau darüber im Bilde war, was wir wollen. *(Landesrat Brachmann: Nein!)* Sie haben zwar gesagt, Sie wären naiv genug gewesen, zu glauben, daß wir mit Ihnen als zuständigen Referenten wegen Speising Fühlung nehmen werden, ich glaube aber, daß

diese Feststellung nur dazu gedient hat, vor dem ganzen Plenum zu bezeugen, daß Sie es eben nicht sind. Durch Ihren Zwischenruf würde ich bald einer anderen Meinung sein, aber ich glaube, Sie wollen es ja gar nicht so haben, sondern Sie wollen das alles nur haben, um sagen zu können, daß wir Sie nicht informiert und nicht dazu herangezogen hätten. Ich muß feststellen, daß dem nicht so ist. Ich glaube, auch nicht etwas Ungehöriges zu sagen, wenn ich darauf verweise, daß ich mit dem Herrn Landesrat Brachmann selbst eine persönliche Aussprache in seinem Büro gehabt habe, wo ich ihm gesagt habe, wir wollen als erste Maßnahme die gynäkologische Abteilung von Speising nach Mödling verlegen. Der Herr Landesrat Brachmann hat mir gesagt, er könne dazu nicht die Zustimmung geben. Bitte, es ist das kein Vorwurf, nur eines muß ich betonen, die Angelegenheit ist nicht von heute auf morgen gekommen, sondern wir arbeiten schon eineinhalb Jahre daran. Vielleicht wäre ein anderer Weg der Lösung möglich gewesen, als der jetzige. Meine sehr verehrten Herren von der sozialistischen Partei, ich will nicht untersuchen, wer an den schwierigen Verhältnissen allein die Schuld trägt; aber manchmal müssen wir eine gewisse Halsstarrigkeit der Opposition feststellen, die natürlich die Mehrheitspartei zwingt, dann härter die Verhandlungen zu führen. Ich will heute nur feststellen, daß wir uns bemüht haben, eine Verlegung der Speisinger Abteilungen nach Mödling durchzuführen. Die Antwort darauf war eine von Ihnen organisierte Eingabe der Gemeinden des Bezirkes Mödling an die Landesregierung, in der diese zum Ausdruck bringen, sich zu wehren, wenn wir irgendeine Maßnahme treffen. Ich möchte dabei feststellen, daß das Gemeindeglieder mit einem SPÖ.-Bürgermeister waren und nicht Gemeindeglieder, die von Bürgermeistern der ÖVP geleitet werden. Auf Grund dieser organisierten Eingabe haben wir die Angelegenheit dem Bundes-Verfassungsdienst übergeben. Die Antwort lautete, wenn sich diese Gemeinden als Eigentümer des Krankenhauses erklären, können wir nichts machen. Wir konnten daher diese Frage nur verschieben. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben, und ich glaube, eines dürfen Sie mir zugute halten, daß ich an einem Problem nicht einen Tag arbeite, um es den anderen Tag zu vergessen. Ich werde eine solche Frage vielleicht zurückstellen, sie aber immer wieder betreiben. Ich habe, als Herr Landesrat Brachmann gesagt hat, es hätte die Landesregierung ja gar nicht das Recht, allein über dieses Spital zu entscheiden, da muß der Landtag gefragt werden, geantwortet, daß ich nicht dieser Meinung bin, aber ich habe mir gedacht, auch das kann geschehen. Darum ist im Budget die Streichung für das Speisinger Krankenhaus erfolgt, um dem Landtag die Möglichkeit zur Zustimmung zu geben, und diese

Zustimmung habe ich bekommen. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Meine Herren, Sie haben ja für das Budget gestimmt! Wenn Sie heute über Ihre Ahnungslosigkeit lachen, kann ich nichts machen! (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Das ist jetzt fair, das ist anständig? Das sagt der Finanzreferent!*) Ich war zur Lösung der Speisinger Frage gezwungen, weil mir der Landtag nicht die erforderlichen Mittel zur Weiterführung des Spitales gab. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Das sind Roßtäuschermanieren! Genauso wie es im Finanzausschuß war, wird hier geredet!*) Ich müßte untersuchen, wer das Roß und wer der Täuscher ist, aber soweit dürfen wir uns nicht erniedrigen! Ich sage, ich habe Ihnen den Wunsch erfüllt, daß der Landtag seine Zustimmung gibt, und wenn Sie es nicht verstehen, was Sie beschließen, kann ich nichts machen. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Antrag auf Auflösung, den haben Sie nicht gestellt!*) Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp, Sie können in einer Versammlung so reden, wo die Leute nichts verstehen, aber mir dürfen Sie das nicht sagen. Ich stelle fest, daß das Budget beschlossen wurde, und das Budget ist die Grundlage und die Meinungsäußerung des Landtages. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Das haben Sie am 16. Jänner getan! Das ist die Roßtäuschermanier!*) Sehen Sie, darum brauchen wir das Kollegialsystem, denn wenn sich ein Regierungsmitglied so aufführt, kann man nichts machen, da ist eine Zusammenarbeit sehr schwer. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Da stimmen Sie halt ab. Das ist die Methode, die Sie haben!*) Was sollen wir denn machen? Sollen wir vielleicht zu Ihnen kommen und Sie darum bitten? (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Vielleicht wäre es gut!*) Wir haben genügend unter den Diktaturen eines Waldbrunner zu leiden. Sollen wir uns Ihren diktatorischen Gelüsten hier auch noch beugen? (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Wenn Sie immer drein reden, so reizen Sie mich, daß ich genauso antworte wie Sie. Ich stelle also fest: Die Verlegung haben wir angestrebt, sie war nicht möglich, und darum mußten wir einen anderen Weg gehen. Dieser Weg war vollkommen klar vorgezeichnet. Wir mußten, weil uns eine Verlegung und jede organisatorische Vorarbeit zur Lösung dieser Frage unmöglich gemacht wurde, einfach diese Maßnahme durchsetzen und vollziehen. Wenn der Herr Medizinalrat Bürgermeister Steingötter hier gesagt hat, das sei ein Fehler gewesen, er als Militärarzt hat es in einem ähnlichen Fall seinerzeit anders gemacht, und zwar wissenschaftlich, so sage ich, das war ihm möglich gewesen. Hätte aber jemand beim Militär das gemacht, was der Herr Landesrat Brachmann bei uns gemacht hat, hätte er Kasernenarrest bekommen. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Aber wir konnten es hier nicht anders machen. Wir waren gezwungen, mit dem

Widerstand der Opposition zu rechnen und diesen Widerstand auch zu brechen. (*Zwischenrufe des Abg. Staffa.*) Der Staffa reizt mich.

Ich muß sagen, ich kann den Herrn Medizinalrat Dr. Steingötter bewundern, daß er sich bei seiner Rede heute so gut aus der Schlinge gezogen hat. Er hat hier von einem wissenschaftlichen Fehler bei der Verlegung des Speisinger Krankenhauses gesprochen und er hat auch über das Kollegialsystem gesprochen. Aber eines haben Sie Herr Abg. Dr. Steingötter nicht wiederholt, auf was wir so neugierig gewesen wären, nämlich daß Sie mehrmals im Finanzausschuß erklärt haben, daß die seinerzeitige Errichtung des Landeskrankenhauses Speising ein Fehler gewesen ist. (*Zwischenruf bei der ÖVP.: Sehr richtig!*) Ich verstehe, daß Sie es schwerer haben als ich. Aber eines sage ich: Wenn man erkennt und weiß, daß für Speising weitere Millionenbeträge aufgewendet werden müßten — ich will kein schärferes Wort prägen —, und ich habe die Gelegenheit, diese Beträge anderswo für Niederösterreich zu verwenden, noch dazu, wo wir notleidende Spitäler haben, und ich durch die Landesfinanzen schwer in der Lage bin, Großes für diese niederösterreichischen Spitäler zu leisten, so muß ich mich doch entscheiden, welchen Weg ich gehe. Und dieser Weg war für uns nicht die Auflösung und nicht die Verlegung von Speising, sondern die Neuorganisation des niederösterreichischen Spitalwesens.

Ende des vorigen Jahres ist auch das Krankenanstaltengesetz zur Debatte gestanden. Es ist für den Finanzreferenten eines Landes nicht angenehm und leicht, wenn er seine Zustimmung zu einem solchen Gesetz, das dem Lande einige Millionen kosten wird, geben soll. Ich habe sie gegeben, ich bin für dieses Krankenanstaltengesetz eingetreten, weil die Not der niederösterreichischen Spitäler nicht mehr anders zu lösen ist. Auch das ist ein Teil der Neuorganisation des niederösterreichischen Spitalwesens. Daß dieses Krankenanstaltengesetz nicht beschlossen wurde, ist leider nicht unsere Sache, sondern ist die Sache Ihrer Partei. (*Abg. Gerhartl: Weil wir die Diktatur nicht schlucken wollen!*) Was Tatsache ist, muß ich doch nicht erhärten! Ich erinnere mich des Tages, als ich ins Parlament als Vertreter des Landes gerufen wurde, um festzustellen, daß alles, was schon abgesprochen war — nur mehr der Finanzausschuß des Nationalrates hätte dem Gesetz zustimmen sollen, um es im Haus behandeln zu können —, umgeworfen wurde. Aber nicht durch uns! Das Krankenanstaltengesetz ist aber ein Teil der Spitalsfrage, und deshalb haben wir uns entschlossen, auf der einen Seite zu trachten, eine große Not zu lindern und auf der anderen Seite Ersparnisse dort durchzuführen, wo es möglich gewesen ist.

Jetzt komme ich auf eine Frage zu sprechen, die hier oft erwähnt wurde. Es ist gesagt worden, daß durch die Lösung der Speisinger Frage Tbc-Betten wegfallen. Ich möchte hiezu vor allem anderen sagen, daß es merkwürdig ist, daß zur selben Zeit, als so viel über die Bettenanzahl debattiert wird, jetzt auf der Baumgartnerhöhe 80 Betten gesperrt werden, weil Investitionen durchgeführt werden. Schauen Sie, dort ist niemand, der das anklagt; es ist niemand, der Artikel darüber schreibt, dort ist es eine Selbstverständlichkeit. (*Abg. Staffa: Das war nur zum Zwecke der Durchführung einer Reparatur der Fall, jedoch keine dauernde Stilllegung!*) Ich sage Ihnen, wie die Dinge liegen. Sie sagen, die Tuberkulose nimmt immer zu und begründen das so und so. Sie wissen, daß wir jetzt 100 Betten in Grimmenstein haben und 40 Betten in Mödling. (*Abg. Staffa: Noch nicht! — Landesrat Brachmann: Wo, am Boden vielleicht?*) Herr Landesrat, das soll ein für das Krankenhauswesen zuständiger Referent nicht sagen, denn wenn er der Referent ist, dann müßte er doch wissen, daß der Pavillon . . . (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Es ist doch nicht verboten, daß ein Referent hinausfährt. (*Landesrat Brachmann: Ich weiß genau, wie es dort aussieht!*) In jedes Zimmer ist eine Waschmischel eingebaut worden. (*Abg. Staffa: Dort legt man doch die Tbc-Kranken nicht hinein!*) Wenn es auf Sie angekommen wäre, dann hätten Sie das alles nicht modernisiert. Wir haben den leerstehenden Pavillon mit allen Mitteln ausgebaut und auch fachlich richtig in Ordnung gebracht. Dieser Pavillon steht also vor der Vollendung. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Ach so!*) Die Patienten können nächste Woche den Pavillon schon beziehen. Am notwendigsten ist es, daß die 100 Betten zur Verfügung stehen. In Grimmenstein sind 75 Betten frei. Ich sage Ihnen, nicht das ist die Sorge, daß genügend Betten vorhanden sind, sondern daß sie auch belegt werden können. (*Zwischenrufe des Abg. Wondrak und des Abg. Stangler.*) Herr Präsident Wondrak, als Spitalserhalter müßten Sie doch auch das Interesse haben, die Spitalbetten belegt zu haben. (*Abg. Wondrak: Ich habe alles notiert, was Sie uns versprochen haben und was wir bekommen sollen!*) Sie werden doch von mir nichts annehmen! (*Neuerliche Zwischenrufe des Abg. Wondrak. — Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ich muß also noch einmal sagen, daß die Betten vorhanden sind. Ich habe in den Zeitungen gelesen, daß nicht hundert, sondern tausend Betten notwendig wären. Ich sage Ihnen, wenn das notwendig wäre, dann könnte man sie ja ohneweiters zur Verfügung stellen; was machen wir aber mit den Betten, wenn sie nicht belegt werden? Nichts ist schwieriger und eine größere Katastrophe für ein Krankenhaus, als leerstehende Betten. Ich glaube, daß wir in der Zukunft mehr Sorge um den Belag der vor-

handenen Betten haben werden, als um das Nichtvorhandensein von Betten.

Als heute gesagt wurde, daß im Tullner Krankenhaus ein Tuberkulosekranker über den Gang ging und alle vor ihm flüchteten, habe ich sofort gesagt: Bitte telefonisch anrufen, ich möchte genaue Nachricht haben, was für ein Tuberkulosekranker hinausgekommen ist. Ich habe gehört, daß schon immer einige Kranke mit offener Tuberkulose draußen sind. Es ist ein ganzes Zimmer, ein ganzer Saal für diese Kranken reserviert, und zu diesen sind zwei dazugekommen, weil sie nicht nach Grimmenstein gehen wollten. Im ganzen waren es vier Kranke, die nach Tulln verlegt werden wollten, weil sie dort leichter zu besuchen sind. Von einer Gefahr der Ansteckung oder von dem, daß die anderen Patienten sagten, daß etwas eingetreten ist, was nicht schon immer dort war, ist keine Spur. Ich glaube daher, solche Sachen soll man mir nicht erzählen.

Ich habe Wert darauf gelegt, den Sprecher unserer Partei zu ersuchen, daß er sagt: die Zentralstelle der Tuberkulosebekämpfung in Niederösterreich bleibt ja in Speising, sie wird ja gar nicht aufgelöst. Der Herr Referent, Landesrat Brachmann, hat sie als papierene Tuberkulosebekämpfung bezeichnet. Sehen Sie, das ist aber die primäre Aufgabe, das bringt den Erfolg in der Tbc-Bekämpfung. Wir haben glänzende Spitäler und hervorragende Ärzte, ob sie nun so oder so heißen. Ich glaube, die niederösterreichische Ärzteschaft ist in ihrer Gesamtheit als vorzüglich zu bezeichnen. Die Schwierigkeit liegt aber darin, daß so viele Leute herumlaufen und nicht einmal wissen, daß sie Tuberkulose haben. Diese Leute in großer Zahl vor den Röntgenschild zu bringen, sie zu erfassen, diese papierene Tuberkulosebekämpfung ist die primäre Aufgabe unseres Gesundheitswesens. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe volles Verständnis für die Not der Gemeindespitäler und insbesondere für die Not des St. Pöltner Krankenhauses, weil ich weiß, wie unhaltbar dort die Zustände sind. Dort, wo man Kleinkinder zusammenlegen muß wie Wäschebündel, dort, wo es gegen Infektionen keinen Schutz gibt, dort, wo in der gynäkologischen Abteilung die Frauen auf dem Gang liegen, dort ist es wirklich notwendig, Abhilfe zu schaffen. Ich wollte nicht die Zustände im St. Pöltner Krankenhaus photographieren und neben diese bekannte Hundehütte als Gegenstück hinstellen, sondern ich bin in der Erkenntnis, dort Abhilfe zu schaffen, nach St. Pölten gefahren. Ich habe dem Herrn Bürgermeister den Vorschlag gemacht, daß er sich bei der Neuordnung des Spitalswesens anstrengen soll, um als Erster zum Zuge zu kommen. Er hat mir bisher noch keine Antwort gegeben, sondern ich habe in der Zeitung nur von meiner Reise auf der angeblichen Suche nach

einem neuen Spital als Ersatz für Speising gelesen. Ich habe das aber gar nicht notwendig gehabt, denn ich habe gewußt, daß wir als Ersatz ein niederösterreichisches Spital in Grimmenstein haben. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp und Landesrat Brachmann: Damals noch nicht!)* Wieso wissen Sie meine geheimsten Gedanken? Sie haben gerade vorhin gesagt, ich beantworte Ihnen nicht alle Ihre Fragen. Im Ausschuß haben zwei Herren feststellen lassen, daß Sie es nicht gewußt haben. Das war der zuständige Referent, Landesrat Brachmann, und der Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Sie irren sich!)* Wir haben genau gewußt, was wir machen. Aber eines weiß ich auch, nämlich daß wir unsere Maßnahmen streng geheim halten mußten *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*, denn es wäre sonst nicht möglich gewesen, sie durchzuführen. *(Anhaltende Zwischenrufe.)* Ob Sie aus Parteiverpflichtung Opposition machen müssen oder nicht, weiß ich nicht, aber ich weiß, daß Ihre Gegenargumente, aber auch Ihre Gegenmaßnahmen sehr empfindlich sind. Und das darf ich Ihnen doch sagen, daß Sie als Oppositionspartei jedenfalls zu bewundern sind, weil Sie Maßnahmen setzen oder Maßnahmen der anderen durchkreuzen können, daß ich mir wünschen möchte, daß jede Oppositionsgruppe meiner Partei so tüchtig wäre wie Sie! *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Danke!)* Wir mußten daher sehr vorsichtig sein, denn ich glaube, wenn Sie rechtzeitig von der Umwandlung eines Teiles der Heilanstalt in ein Krankenhaus gewußt hätten, ich zweifle, ob wir es durchgebracht hätten. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Also haben Sie es doch geheim gehalten!)* Da mache ich gar kein Geheimnis daraus! Glauben Sie, wir hätten die Erfolge, wenn wir Ihnen alles sagen möchten? Unmöglich — denn Sie entwickeln eine ungeheure Tätigkeit, unsere Arbeit zu untergraben. Das ist als Oppositionspartei Ihnen zuzugestehen, aber uns müssen Sie auch zugestehen, daß wir, ohne Sie zu befragen, unsere Maßnahmen durchführen müssen. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Wie der Metternich!)* Wer von uns zwei der Metternich ist, wird sich erst zeigen, denn letzten Endes entscheidet der Erfolg, Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp, und über den Erfolg können wir erst sprechen, bis wir ihn in Sicherheit gebracht haben.

Ich muß feststellen, daß die Lage der niederösterreichischen Spitäler und insbesondere der Privatspitäler ungeheuer ernst ist. Bei den Verhandlungen über das Krankenanstaltengesetz habe ich selbst die Möglichkeit gehabt, für die Privatspitäler einzutreten, und hier gestatte ich mir zu sagen, daß wir in Niederösterreich kein Privatspital hatten, bis vor einem Jahr die Evangelische Gemeinde in Purkersdorf ein Spital errichtet hat. Wir haben dieser Evangelischen Gemeinde einen

zinsenlosen Kredit zum Ausbau und zur Renovierung dieses Spitals gegeben.

Ein Spital geistlicher Schwestern haben wir in Niederösterreich nicht. Aber wir haben ein Spital der Missionsgesellschaft der Dienerinnen des Heiligen Geistes in Stockerau, die in Wien ein Spital betreiben, und zwar das Spital für orthopädisch Kranke. Ich muß daher feststellen, daß ein Zusammenhang zwischen dem Land Niederösterreich und diesem Orthopädischen Spital besteht. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Das ist auf Wiener Boden! Sie wollen ja deswegen von Wien weg!*) Ich muß also feststellen, der Zusammenhang besteht. (*Landesrat Brachmann: Wie man es macht, ist es falsch!*) Wir sind Metternich, Herr Landesrat, der muß nicht auf jeden Einwurf Antwort geben!

Wenn es uns möglich war, im Rahmen unserer Kräfte als Landesdiplomaten dieser Missionsgesellschaft der Dienerinnen des Heiligen Geistes, die seit dem zweiten Weltkrieg ohne Heim sind, zu helfen, so waren wir dazu bereit. Schon lange, bevor noch diese Schlacht, wenn ich so sagen kann, um Speising entbrannt ist, ist der verstorbene Kardinal Innitzer zum Herrn Landeshauptmann und zu mir gekommen — oder war ich dazumal beim Herrn Landeshauptmann drüben, das weiß ich nicht mehr —, und hat gebeten, diesen Orden, weil er seinen Sitz in Niederösterreich hat, zu unterstützen. Es ist natürlich nicht möglich, daß man eine solche Unterstützung von einem Tag auf den anderen oder von einem Monat zum anderen gewähren kann, aber es wurde ad notam genommen. Und nun habe ich selbst einmal das orthopädische Spital besucht, und dazu erlaube ich mir einiges zu sagen: Die Burg als das Erinnerungszeichen an eine große Vergangenheit, an die alte österreichisch-ungarische Monarchie flößt einem, wenn man sie betritt, immer eine gewisse Ehrfurcht ein. Der Bau erinnert uns an eine jedenfalls glücklichere und größere Zeit. (*Abg. Fuchs: Für wen glücklicher?*) Für alle Leute. Damals ist es den Beschäftigten auch besser gegangen, denn damals hat man die Ringstraße gebaut. (*Abg. Fuchs: Kein Sozialrecht, kein Arbeitsrecht, kein Kollektivvertrag, bessere Zeiten, „herrliche Zeiten“!*) Ich warte, bis Sie sich beruhigt haben, weil ich unvorsichtigerweise an die österreichisch-ungarische Monarchie erinnert habe. Das sollte kein Angriff sein, das ist historisch. Für Sie ist es ein Grund, nervös zu werden, für uns nicht, aber ich stelle fest, diese Burg erinnert doch an eine historische Zeit. Neben der Burg ist der Burggarten. In diesem Burggarten werden die Burggartenkonzerte abgehalten. Es kommen die Vertreter und Gäste aus aller Herren Länder, die die österreichische Kultur und die Träger dieser Kultur, die Künstler bewundern. Auf der anderen Seite der Burg steht das Sozialministerium, die oberste Behörde der sozialen Verwaltung

und auch der Gesundheitsverwaltung. Ich habe mir die Frage vorgelegt, wie leicht, wie kurz wäre der Weg von der obersten Stelle des Bundes, vom Sozialministerium herüber durch den Garten in die Aula dieser Burg. Da kommt man in ein Spital, in dem in der Aula selbst ein kleiner Kobel gebaut ist, der als Ambulanz dient, in dem eine Stiege als Gipszimmer umgebaut ist und wo es Krankenzimmer gibt, in denen über 60 Kranke liegen. Wenn da einer in der Nacht nicht schlafen kann und stöhnt, können 59 nicht schlafen. Sehen Sie, über diese Zustände war ich entsetzt. Und als ich in die Kinderabteilung gekommen bin und gesehen habe, wie die untergebracht sind, da habe ich mir gedacht: Eigentlich ist es verwunderlich, daß die Volksmeinung und die Öffentlichkeit einfach vor einer solchen Kulturschande vorübergehen und gar keine Kenntnis davon nehmen. (*Abg. Stangler: Das ist ja in Wien!*) Wenn ich dagegen unser ganz vorzügliches Tuberkulose-Krankenhaus in Grimmenstein betrachte und dagegen Ihr Bestreben sehe, die Volksseele zum Kochen zu bringen, da verstehe ich die Zeit nicht. Sehen Sie, sowohl aus Verantwortungsgefühl, als auch aus der Überzeugung heraus, der Allgemeinheit zu dienen, sind wir entschlossen, Ihren Wunsch zu erfüllen, daß wir über diese Frage auch vor der Wahl im öffentlichen Landtag diskutieren. Wir scheuen uns nicht, unsere Maßnahmen vor aller Öffentlichkeit aufzuzeigen, und wir sind ohne weiteres bereit, die Öffentlichkeit darüber das Urteil sprechen zu lassen. (*Zwischenrufe des Abg. Staffa.*) Wer von uns zwei der Metternich ist, glaube ich, ist schon entschieden.

Lassen Sie mich noch auf etwas anderes zurückkommen. Es hat ein Vorredner gesagt, daß wir mit dem Orden der Dienerinnen des Heiligen Geistes einen Vertrag abgeschlossen haben. Ich stelle ausdrücklich richtig: Dieser Vertrag liegt hier bereit und wird die Unterschrift des Herrn Landeshauptmannes und meiner Wenigkeit tragen, und zwar nach der Abstimmung im öffentlichen Haus. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wir werden diesen Vertrag unterzeichnen und die Räume der ehemaligen Tuberkulose-Abteilung in Speising und der ehemaligen gynäkologischen Abteilung an diesen Orden verpachten, und zwar mit der Auflage, daß dieser Orden einen Teil der seinerzeitigen Investitionen bezahlt. (*Zwischenruf bei der SPÖ.: Wieviel?*) Haben Sie doch Geduld! So neugierig sind nicht einmal meine Leute. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Dieser Vertrag war natürlich deshalb eine sehr schwere Angelegenheit, weil wir den Schwestern erklären mußten, daß wir — auch wenn wir schenken wollten — ja mit einer sehr kritischen Opposition zu rechnen haben. Wir wollen unser Eigentum so verwalten, daß wir es nicht nur vor der Opposition, sondern vor der ganzen Bevölkerung des niederösterreichischen Landes verantworten können. Darum habe ich

die Schwestern gebeten, eine Ablöse im Betrage von 11½ Millionen Schilling zu bezahlen. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Gegen Investitionskosten von 27 Millionen!*) Ist es Ihnen zu wenig, Herr Landeshauptmannstellvertreter? Ich habe Ihnen in der Sitzung der Landesregierung schon gesagt, wenn Sie vielleicht die Gemeinde Wien dazu bringen, daß sie uns 28 Millionen zahlt, so geben wir es der Gemeinde Wien. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Das glaube ich!*) Sie müssen bedenken, daß diese 11½ Millionen Schilling nur für einen Teil der Anstalt berechnet sind, der Betrag von 28 Millionen Schilling wurde aber für die ganze Anstalt aufgewendet. (*Abg. Staffa: Aber damals und nicht heute!*) Sie werden doch nicht der Vertreter für eine Wertsicherungsklausel sein? Das würde ich ganz überraschend finden. (*Zwischenruf bei der SPÖ.: Warum nicht?*) Diese 11½ Millionen Schilling sollen nun — und das ist das Entscheidende — zum Großteil auf die niederösterreichischen Spitäler aufgeteilt werden. Ich kann nun die Frage des Herrn Landesrates Brachmann sofort beantworten: Wir wollen mindestens um 2 Millionen mehr verteilen, als er beantragt hat, und zwar deshalb, weil wir der Meinung sind, daß es besser ist, wenn wir unsere Gelder in Niederösterreich verwenden, denn wir sind als Landtag von Niederösterreich und als Landesregierung dem niederösterreichischen Volk und dem Lande Niederösterreich in erster Linie verantwortlich. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Landesrat B r a c h m a n n.

LANDESRAT BRACHMANN: Hohes Haus! Der Herr Landesrat Müllner kümmert sich um vieles, und so ist es zu erklären, daß ihm die Dinge mitunter etwas durcheinander kommen. Ich fühle mich daher bemüßigt, seine chronologische Darstellung etwas richtigzustellen. Ich erkläre noch einmal, daß ich von der Absicht, nicht nur die gynäkologische Abteilung, sondern auch die Lungenabteilung des Speisinger Krankenhauses zu verlegen und aufzulassen, erst durch den Antrag des Abg. Scherrer im Finanzausschuß erfahren habe. Vom 8. März 1955 an habe ich von der Absicht gewußt, die gynäkologische Abteilung nach Mödling zu verlegen. Die Aussprache zwischen mir und Landesrat Müllner hat nach diesem 8. März in meinem Büro stattgefunden. Ich habe damals Herrn Landesrat Müllner ersucht, mit Rücksicht darauf, daß die Bürgermeister des Bezirkes Mödling, die alle provisorisch eingesetzt waren und wegen der baldigen Gemeinderatswahlen keine so weitgehenden Beschlüsse mehr treffen wollten, bis nach den Gemeinderatswahlen zu warten und dann nochmals mit ihnen zu reden. Der Herr Kollege Müllner hat mein Büro mit einem

Hohngelächter verlassen und seitdem ist nie wieder darüber geredet worden. Auf die Gerüchte hin habe ich zweimal in der Regierungssitzung den Herrn Landeshauptmann gefragt. Von der Verlegung oder Auflassung der Lungenabteilung ist keine Rede gewesen; erst im Finanzausschuß, bei den Budgetberatungen, ist zugegeben worden, daß man auch die Lungenabteilung verlegen will.

Herr Landesrat Müllner hat in seiner Rede auch Herrn Kardinal Dr. Innitzer erwähnt. Nun möchte ich mitteilen, daß ich da ein Gedächtnisprotokoll einer Abordnung von Patienten der Krankenanstalt Speising zur Verfügung habe, in dem es heißt (*liest*): „Die Delegation hat dem Herrn Kardinal die Verhältnisse geschildert, vor allem die Verhältnisse in Speising. Diese Tatsachen wurden von Seiner Exzellenz mit Bedauern zur Kenntnis genommen und festgestellt, daß diese Angelegenheit bereits zu einem Politikum geworden ist und ein Eingreifen bei der Landesregierung sehr wenig Erfolg haben wird.“ — Er kennt nämlich seine Pappenheimer. — Es heißt dann weiter (*liest*): „Trotzdem versprach Dr. Jachym, bei dieser Stelle seinen Einfluß geltend zu machen. Die Bitte der Abordnung, dem geistlichen Orden nahezulegen, seine Ansprüche auf das Gebäude zugunsten der Tuberkulosekranken aufzugeben, wurde von seiner Exzellenz nicht zurückgewiesen. In diesem Zusammenhang gab uns Dr. Jachym bekannt, daß sein Ansuchen um Auflassung dieses Gebäudes erst dann erfolgte, als die Landesregierung die Auflassung dieser Anstalt der Öffentlichkeit mitteilte. Gesprächsweise wurde auf eine Intervention hingewiesen, die der verstorbene Kirchenfürst Dr. Innitzer in einer ähnlichen Situation derselben Anstalt äußerte, einer Auflösung derselben niemals zustimmen zu wollen. Dr. Jachym bestätigte, diesen Brief knapp vor unserer Intervention gelesen zu haben.“

Ich stelle fest, daß am heutigen Tage das Land Niederösterreich folgende Einrichtungen hat: In Mödling einen Pavillon, wo kein Patient aufgenommen werden kann, weil er erst im Mai, wie mir gesagt wurde, fertig werden wird, also null Patienten. In Grimmenstein sind, wohl nicht in einem Spital des Landes Niederösterreich, sondern im Krankenhaus des Roten Kreuzes, hundert Betten zur Verfügung; dort befinden sich 25 Patienten. In Tulln ist die Möglichkeit, 19 Patienten unterzubringen; dort befinden sich 14 Patienten. Tulln ist die einzige Landesanstalt, in der gegenwärtig Tuberkulosekranke aufgenommen sind, aber es ist dort keine Tuberkulosenabteilung, weil es dort keinen Lungenfacharzt gibt, sondern eine Abteilung, die innerhalb der internen Abteilung geführt wird.

Ich stelle also noch einmal fest: Am 31. Jänner in Speising im Landesspital eine Tuberku-

losabteilung mit 190 Betten und 198 Patienten, heute 14 Patienten in Tulln, in Mödling 0. Und in einem Privatkrankenhaus 25 Patienten. Das ist der Ersatz, den die ÖVP.-Landesregierung für die Krankenabteilung in Speising geschaffen hat. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter ABG. MARWAN - SCHLOSSER *(Schlußwort)*: Ich verzichte.

PRÄSIDENT SASSMANN *(nach Abstimmung über den Antrag des Gesundheitsausschusses)*: A n-

g e n o m m e n. *(Abg. Staffa: Statt Auflösung des Landtages Auflösung von Krankenhäusern! — Zahlreiche Zwischenrufe bei der ÖVP. — Allgemeine Unruhe.)*

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Es wird der Finanzausschuß sogleich nach dem Plenum die Nominierung des Berichterstatters vornehmen. Der Finanzausschuß tagt am 24. April 1956 um 11 Uhr im Herrensaal

Die nächste Sitzung findet am 24. April 1956 um 14 Uhr statt.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 20 Uhr 4 Min.)